

Editorial



Ausgabe 02/2013

Liebe Leserinnen und Leser,

in der aktuellen Debatte um die sogenannte Armutseinwanderung aus Osteuropa nach Deutschland wird meist übersehen, dass sich das Migrationsgeschehen in Deutschland in den vergangenen Jahren in mancherlei Hinsicht merklich verändert hat. So wird bereits von einer „neuen Generation von Migranten“ gesprochen, die – bestens ausgebildet und qualifiziert – in Deutschland ihr berufliches Glück sucht. Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen, dass seit 2004 immer mehr Akademiker/innen aus dem Ausland nach Deutschland kommen und gleichzeitig immer weniger Zuwanderer ohne beruflichen Abschluss und mit abgeschlossener Berufsausbildung den Weg in die Bundesrepublik suchen. Auch im Falle der Zuwanderung aus Osteuropa zeigen aktuelle Analysen, dass ein großer Teil dieser Migranten eine gute bis sehr gute Ausbildung hat und der Anteil der tatsächlichen Armutsmigranten deutlich niedriger liegt als vielfach unterstellt.

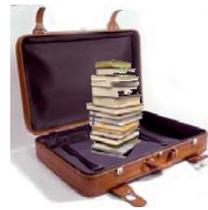
Andreas Ete und Lenore Sauer et al. betonen deshalb in ihrem Beitrag, dass das alte Bild der Migration aufgrund immer besser ausgebildeter Migranten und Migrantinnen der Erneuerung bedarf.

Die Motive, warum Menschen letztlich ihr Heimatland verlassen, sind vielfältig und keineswegs rein ökonomisch begründet, wie die aktuelle Diskussion nahelegen könnte. Ein Hauptgrund für die Migration nach Deutschland (und in wesentlichem Maße auch in die EU) ist nämlich die Liebe. Die Entstehung binationaler Partnerschaften ist dabei ebenso ein verbreitetes Wandermotiv wie die Heiratsmigration, bei der ein Partner aus dem Herkunftsland infolge der Heirat ebenfalls migriert, wie Can Aybek analysiert.

Prof. Norbert F. Schneider, Direktor des BiB

Ein neues Bild der Migration: Sozioökonomische Struktur und Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern aus Drittstaaten in Deutschland

Mit der Einführung der „Blauen Karte EU“ im Jahr 2012 und zahlreichen weiteren umfassenden Reformen der deutschen Arbeitsmigrationspolitik in der letzten Dekade wurden Steuerungsinstrumente für die Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte geschaffen, die zur Erhöhung des Erwerbspersonenpotenzials und der Fachkräftesicherung beitragen sollten. Inwieweit diese Reformen zu einer Ausweitung beigetragen haben, ist umstritten. Vor diesem Hintergrund untersucht der Beitrag auf der Basis von Daten des Mikrozensus, wie sich die Folgen dieser Reformen auf die sozioökonomische Struktur von Neuzuwanderern aus Drittstaaten und für ihre Arbeitsmarktintegration ausgewirkt haben. Die Ergebnisse zeigen, dass bisherige Erkenntnisse der Migrations- und Integrationsforschung, die sich mit dem Schicksal klassischer Arbeitsmigranten beschäftigt haben, hinterfragt werden müssen: Es bedarf eines neuen Bildes der Migration, da sich die sozioökonomische Struktur heutiger Zuwanderer grundlegend geändert hat. (Seite 2)



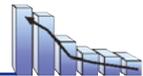
Heiratsmigration in die EU und nach Deutschland – ein Überblick

Der mit Abstand wichtigste Grund für eine Einwanderung von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland ist die Heiratsmigration. Aber auch in der gesamten EU ist die Einwanderung stark von Migrationen geprägt, die auf einer Heirat oder sonstigen familiären Gründen basieren, wie eine Auswertung der amtlichen Statistiken der EU-Mitgliedsstaaten aus dem Jahr 2009 zeigt. Der Beitrag analysiert zum einen die aktuellen Regelungen zum Familiennachzug in Deutschland und aus international vergleichender Perspektive und zum anderen den Umfang sowie die Konstellationen von Heiratsmigration in Deutschland. Es zeigt sich, dass Partnerschaften und Heiraten über nationalstaatliche Grenzen hinweg hohe gesellschaftliche Relevanz besitzen. (Seite 12)

Die Auswirkung wanderungsbezogener und sozioökonomischer Aspekte auf das generative Verhalten türkischer Migrantinnen in Deutschland

Wie wirken sich wanderungsbezogene Aspekte im Zusammenhang mit sozioökonomischen Merkmalen (wie die Bildung) auf die Elternschaft, die Zahl der geborenen Kinder und das Alter bei der Familiengründung von türkischen Migrantinnen aus? Dieser Frage geht der Beitrag auf der Grundlage zweier Surveys nach. Dazu untersucht er auch das Fertilitätsverhalten türkischer Frauen in Deutschland. Die Analysen deuten unter anderem darauf hin, dass das generative Verhalten von Migrantinnen in Deutschland von Anpassungsprozessen an die Normen und Werte des „Niedrig-Fertilitäts-Landes“ Deutschland geprägt ist. Was den zeitlichen Prozess der Familienbildung angeht, so zeigen türkische Frauen noch immer die Präferenz, die Eheschließung vor die Geburt des ersten Kindes zu legen. (Seite 23)





Andreas Ette (BiB), Rabea Mundil-Schwarz (Statistisches Bundesamt), Lenore Sauer (BiB), Harun Sulak (BiB)

Ein neues Bild der Migration:

Sozioökonomische Struktur und Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern aus Drittstaaten in Deutschland

Am 1. August 2012 trat das „Gesetz zur Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie der Europäischen Union“ in Kraft, welches mit der Einführung der ‚Blauen Karte EU‘ einen vorläufigen Abschluss eines Jahrzehnts kontinuierlicher und umfassender Reformen der deutschen Arbeitsmigrationspolitik markierte. Ausgangspunkt dieser Reformdekade war die Ankündigung der ‚Green Card‘ für ausländische Fachkräfte der Informations- und Kommunikationstechnologie im Jahr 2000, in deren Folge es zu weitreichenden Gesetzesinitiativen kam, die sich in ihrer Gesamtheit insbesondere an der Öffnung des Arbeitsmarktes für hochqualifizierte Zuwanderer aus Drittstaaten orientierten. Dazu zählte das Anfang 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz, das neue Zuwanderungs- und Aufenthaltstatbestände für Hochqualifizierte, Selbständige und Hochschulabsolventen deutscher Universitäten schaffte sowie zu einer Vereinfachung des zuvor äußerst bürokratischen Zulassungsverfahrens beitrug. Es folgten weitere Reformen, die sowohl zur Einführung ergänzender Steuerungsinstrumente als auch zur Justierung bereits bestehender Stellschrauben genutzt wurden. Dazu zählt beispielsweise die Umsetzung der ‚EU-Forscherrichtlinie‘ aus dem Jahr 2007 wie auch das zwei Jahre später in Kraft getretene Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz. Sie ermöglichten einen vereinfachten Zugang für Wissenschaftler, eine weitgehende Liberalisierung des Arbeitsmarktzugangs von Akademikern aus Drittstaaten, eine Stärkung der Rechte der Familienangehörigen von zuwandernden Hochqualifizierten und ermöglichten qualifizierten Geduldeten Zugang zu einer Aufenthaltserlaubnis. Im Jahr 2012 folgten dann das Anerkennungsgesetz, das einen Rechtsanspruch auf ein Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen einführte und die bereits erwähnte Blaue Karte, die zu einer deutlichen Absenkung bestehender Voraussetzungen für Einreise und Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit führte (siehe OECD 2013 für einen Überblick über den institutionellen Kontext der Arbeitsmigrationspolitik).

Der Beitrag dieser Reformen zur Erhöhung des Erwerbspersonenpotenzials und der Fachkräftesicherung in Deutschland ist umstritten. Auf der einen Seite stehen aktuelle Studien, die belegen, dass die Zuwanderung Hochqualifizierter seit Ende der 1990er Jahre zugenommen hat (Ette et al. 2012), die Zahl der jüngeren ausländischen Erwerbstätigen mit tertiärem Bildungsabschluss gestiegen ist (BMAS 2013) und es im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts zu einem Anstieg des Qualifikationsniveaus von Neuzuwanderern gekommen ist (Geis 2012). Diese Ergebnisse stehen im Widerspruch zur bisherigen öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte. Diese ist meist durch ein Bild des Scheiterns geprägt und beklagt die schrittweise Entwicklung dieses Politikfelds, welche nicht als „Ergebnis strategischer Planung, sondern jahrzehntelanger Ad-hoc-Reaktionen auf aktuelle Gegebenheiten“ (Angenendt 2008) wahrgenommen wird. Auch Seibert und Wapler (2012) kommen in ihrer aktuellen Studie zu einer überwiegend skeptischen Einschätzung. Zwar konstatieren auch sie ein steigendes Bildungsniveau von Neuzuwanderern, versprechen sich aber angesichts seiner Größenordnung nur einen marginalen Effekt für die Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials in Deutschland und die Verbesserung der Arbeitsmarktintegration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Der Zuwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte wird für die internationale Wettbewerbsfähigkeit heutiger Wissensgesellschaften eine hohe Bedeutung zugeschrieben. Angesichts dessen und der bestehenden Unsicherheiten über die aktuelle Entwicklung des Migrationsgeschehens in Deutschland war es das Ziel des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung und des Statistischen Bundesamts, in einem gemeinsamen Forschungsprojekt mit Hilfe des Mikrozensus eine belastbare Datenbasis zur Analyse der sozioökonomischen Struktur von Neuzuwanderern und ihrer Arbeitsmarktintegration zu schaffen. Die politische Debatte zur Gestaltung der Migrationspolitik konzentrierte sich im vergangenen Jahrzehnt insbesondere auf die Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen, da die inner-europäische Migration durch die bestehenden Bestimmungen zur Personenfreizügigkeit politischen Regulierungen weitgehend entzogen ist. Der vorliegende Beitrag verfolgt daher das Ziel, auf Grundlage dieser Datenbasis die



Folgen dieser Reformen für die sozioökonomische Struktur von Neuzuwanderern aus Drittstaaten sowie für ihre Arbeitsmarktintegration zu präsentieren.¹ Die Ergebnisse zeigen, dass bisherige Erkenntnisse der Migrations- und Integrationsforschung zu hinterfragen sind, die sich meist mit dem Schicksal klassischer Arbeitsmigranten aus früheren Anwerbeländern beschäftigt haben (Kalter 2005: 326). Während die damalige Zuwanderung im Hinblick auf die Bildungsqualifikationen durch eine stark negative Selektion gekennzeichnet war, bedarf es heute eines neuen Bildes der Migration, da sich die sozioökonomische Struktur heutiger Zuwanderer grundlegend geändert hat. Daneben beleuchtet der Beitrag erstmals auch die daraus resultierenden und sich wandelnden Ungleichheitsstrukturen zwischen Neuzuwanderern und der deutschen Bevölkerung, die neue Herausforderungen für die Integrationsforschung darstellen.

Daten und Methoden

Angesichts eines fehlenden Neuzuwandererpanels, wie es zwischenzeitlich in wichtigen Einwanderungsländern existiert, sind sozialwissenschaftliche Untersuchungen zu internationalen Wanderungen in Deutschland regelmäßig mit dem Problem fehlender oder unzureichender Datengrundlagen konfrontiert. Auf der einen Seite stehen verschiedene administrative Quellen, die zur Analyse der internationalen Migration genutzt werden können (z.B. Wanderungsstatistik, Ausländerzentralregister, Statistik über Arbeitsgenehmigungen und Zustimmungen etc.), denen aber nötige sozialwissenschaftliche Kontextinformationen fehlen. Auf der anderen Seite existieren diverse allgemeine Bevölkerungsumfragen (z.B. die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften oder das Sozio-oekonomische Panel), die aber aufgrund der zu geringen Stichprobengröße nicht in der Lage sind, ein vergleichsweise seltenes Phänomen wie die internationale Migration valide zu erfassen. Sozialwissenschaftliche Analysen auf Grundlage dieser Bevölkerungsumfragen konzentrierten sich daher meist auf die Zuwandererbevölkerung als Ganzes und somit überwiegend auf Personen, die

bereits über einen längeren Zeitraum in Deutschland leben. Für die Analyse der neuzugewanderten Bevölkerung wurde in den vergangenen Jahren der Mikrozensus als alternative Datenquelle entdeckt, der als allgemeine Bevölkerungsumfrage Daten zum aktuellen Migrationsgeschehen zur Verfügung stellen kann (vgl. Diehl und Grobecker 2006; Ette et al. 2008; Kogan 2011). Im Rahmen dieses Projektes wurden, analog zu Bemühungen, den Mikrozensus zur Untersuchung längerfristigen sozialen Wandels zu nutzen (Lengerer et al. 2010), die Datensätze der Jahre 1996 bis 2011 harmonisiert, um die Besonderheiten der Zuwanderung während dieses Zeitraums angemessen beschreiben und untersuchen zu können.

Der Mikrozensus ist eine Bevölkerungsumfrage, die seit 1957 gemeinsam durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder durchgeführt wird. Mit einer Auswahlgesamtheit von 1 % der Wohnbevölkerung werden mit Hilfe des Mikrozensus jedes Jahr repräsentative statistische Informationen über die soziale und ökonomische Situation in Deutschland erhoben. Bereits in den 1980er Jahren begann der Mikrozensus in Erfüllung seiner Funktion innerhalb der Europäischen Arbeitskräfteerhebung zusätzlich Informationen über den Wohnort zwölf Monate vor der aktuellen Befragung zu erheben. Auf dieser Basis wird internationale Migration als Wechsel des Wohnorts über Staatsgrenzen hinweg innerhalb eines Jahres konzeptionalisiert.² Der Datensatz beinhaltet pro Befragungsjahr zwischen 525 und 1.215 Neuzuwanderer mit ausländischer Staatsbürgerschaft, wobei sich die folgenden Analysen jeweils nur auf Personen aus Drittstaaten konzentrieren und die Zuwanderung aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ausgeschlossen wird (vgl. Tab. 1). Trotz der großen Stichprobe des Mikrozensus sind die verbleibenden Fallzahlen vergleichsweise klein, weshalb zur Erhöhung der Reliabilität der Ergebnisse Analysen nur auf Basis von 2- oder 4-Jahres-Perioden durchgeführt werden. Weiterhin konzentrieren sich alle Analysen auf die Altersgruppe der 18- bis 64-Jährigen, also potenzielle Erwerbspersonen (hier definiert als Personen im erwerbsfähigen

¹ Als Drittstaatsangehörige werden im Folgenden Personen aus Staaten bezeichnet, die nicht der EU bzw. dem Europäischen Wirtschaftsraum angehören. Zwischen 1996 und 2011 – dem Untersuchungszeitraum dieser Studie – hat sich die Gruppe der Drittstaatsangehörigen insbesondere durch die Osterweiterung der EU mehrmals verändert. Um einen Zeitvergleich der Zuwanderung ab 1996 zu ermöglichen, wird die Zuwanderung aus sämtlichen EU 27-Staaten sowie von Staatsangehörigen aus Norwegen, Liechtenstein, Island (gemäß Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum werden EWR-Bürger nicht als Drittstaatsangehörige definiert) und der Schweiz (aufgrund des Freizügigkeitsabkommens) aus den späteren Analysen ausgeschlossen.

² Die Teilnahme am Mikrozensus ist gesetzlich geregelt und somit verpflichtend. Die Frage zur Wohnsituation vor einem Jahr ist hingegen eine freiwillige Frage, weshalb mit 4,3 % der Anteil von Antwortverweigerungen etwas höher ist als bei anderen Fragen der Erhebung und es zu einer Unterschätzung räumlicher Mobilität im Mikrozensus kommt.



Tab. 1: Anzahl der Befragten im Mikrozensus, die angeben, zwölf Monate vor der Befragung im Ausland gelebt zu haben, nach Staatsangehörigkeitsgruppen, 1996-2011 (gerundet auf 5)*

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Fallzahlen (N)								
Deutsche	664.745	663.720	661.460	660.090	655.080	656.635	656.695	654.990
Ausländische Neuzuwanderer	540	640	540	590	615	525	525	550
darunter Drittstaaten	315	385	325	365	395	320	315	315
Hochgerechnet (in 1.000)								
Deutsche	73.857	74.006	73.974	74.120	74.248	74.376	74.572	74.583
Ausländische Neuzuwanderer	185	218	175	198	203	186	179	187
darunter Drittstaaten	105	127	101	118	126	110	108	108
	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Fallzahlen (N)								
Deutsche	651.040	620.035	645.035	630.620	630.320	635.780	634.810	630.165
Ausländische Neuzuwanderer	435	1.195	1.030	955	1.000	990	975	1.215
darunter Drittstaaten	235	730	560	460	525	465	465	565
Hochgerechnet (in 1.000)								
Deutsche	74.559	74.285	74.260	74.145	74.053	73.824	73.681	73.638
Ausländische Neuzuwanderer	155	214	179	172	176	170	162	196
darunter Drittstaaten	83	129	96	79	90	76	76	90
* Fragen über den Wohnort zwölf Monate vor der aktuellen Befragung wurden bis einschließlich im Jahr 2004 nur an 0,45 % der Wohnbevölkerung in Deutschland gestellt und erst ab dem Jahr 2005 an die gesamte 1%-Stichprobe des Mikrozensus, wodurch sich die Differenz bei den Fallzahlen in den entsprechenden Jahren erklären lässt.								
Quelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 1996-2011, eigene Berechnungen.								

Die Entwicklung der sozioökonomischen Struktur der Neuzuwanderer

Deutschlands Selbstbeschreibung als Nicht-Einwanderungsland wurde spätestens ab Ende der 1980er Jahre in Frage gestellt, als es zu hohen Wanderungsgewinnen gerade durch die Zuwanderung gekommen ist. Anders sah die Entwicklung während des hier im Mittelpunkt stehenden Betrachtungszeitraums aus, der durch ein deutlich geringeres Wandervolumen geprägt war. So ist bereits auf Basis der Wanderungsstatistik bekannt, dass die Zuwanderung von Personen im erwerbsfähigen Alter mit Staatsangehörigkeit eines Drittstaates zwischen 1996 und 2011 deutlich schwankte – mit einem Höchststand im Jahr 2001 von ca. 326.000 Zuwanderern und einem Tiefststand von ca. 194.000 im Jahr 2007. Insgesamt kam es während dieses Zeitraums von 16 Jahren zu einem Wanderungsgewinn von ca. 760.000 Personen, der angesichts des demografisch bedingten Zuwanderungsbedarfs eher bescheiden wirkt. Gerade aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist hingegen weniger die Gesamtzahl als vielmehr die sozioökonomische Struktur und ihre Integration in den Arbeitsmarkt von Bedeutung, die im Folgenden im Mittelpunkt der Betrachtungen steht.

Hinsichtlich der demografischen Merkmale unterscheiden sich Neu-

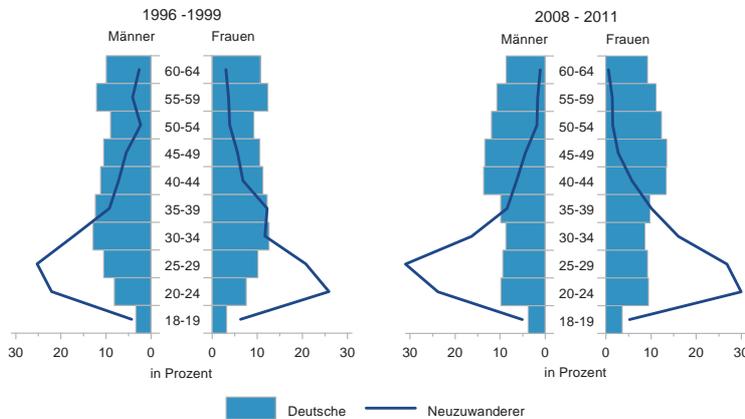
zuwanderer aus Drittstaaten und die deutsche Bevölkerung deutlich voneinander. Während das Geschlechterverhältnis bei Neuzuwanderern nahezu ausgeglichen ist und weitgehend dem der deutschen Bevölkerung entspricht, unterscheidet sich die Altersstruktur stark. Lediglich 13 % der

gen Alter), die im Mittelpunkt der politischen Diskussionen der vergangenen Jahre standen. Insgesamt entsteht somit ein Datensatz, der erstmals in der Lage ist, über einen vergleichsweise langen Zeitraum von 16 Jahren Neuzuwanderer in Deutschland zu analysieren.³

³ Der Datensatz basiert auf dem Original-Mikrozensus und nicht auf den Scientific-Use-Files, mit denen der Wissenschaft anonymisierte 70 %-Unterstichproben des Originaldatenbestands angeboten werden. Gerade hinsichtlich der Differenzierung verschiedener Herkunftsregionen ermöglicht dieses Vorgehen deutlich differenziertere Analysen.



Abb. 1: Alters- und Geschlechtsstruktur der Neuzuwanderer aus Drittstaaten im erwerbsfähigen Alter im Vergleich zur deutschen Bevölkerung, 1996-1999 und 2008-2011, (in Prozent)



Datenquelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 1996-2011, eigene Berechnungen

© BiB 2013

deutschen Männer waren im betrachteten Zeitraum unter 25 Jahren, bei den männlichen Neuzuwanderern ist dieser Anteil mehr als doppelt so hoch. Ähnliches zeigt sich für die Gruppe der 25- bis 39-Jährigen: 32 % der deutschen Männer im Alter von 18 bis 64 Jahren gehören zu dieser Altersgruppe, aber mehr als 50 % der männlichen Neuzuwanderer, wobei hier im Zeitverlauf sogar eine leichte Zunahme von 52 % (1996-99) auf 56 % (2008-11) zu verzeichnen ist. Die meisten weiblichen Neuzuwanderer gehören der Gruppe der 20- bis 24-Jährigen an. Demzufolge ist der Unterschied zwischen 18- bis 24-jährigen Deutschen und Neuzuwanderern bei den Frauen noch ausgeprägter als bei den Männern: 12 % der weiblichen Deutschen gehören dieser Altersgruppe an im Vergleich zu über 30 % der Neuzuwandererinnen (vgl. Abb. 1). Auch in der Gruppe der 25- bis 39-jährigen Frauen zeigt sich, dass Neuzuwanderer deutlich jünger sind: 31 % der deutschen Frauen im Alter von 18 bis 64 Jahren gehören zu dieser Altersgruppe, aber mehr als 45 % der weiblichen Neuzuwanderer, wobei hier im Zeitverlauf eine Zunahme von 45 % (1996-99) auf 53 % (2008-11) zu verzeichnen war. Auch am oberen Ende des hier betrachteten Altersspektrums gibt es große Unterschiede zwischen den Gruppen: Nur 3-7 % der männlichen und weiblichen Neuzuwanderer sind zwischen 55 und 64 Jahren, aber gut 20 % der Deutschen.

Bei den 1,3 Mio. Personen, die in den Mikrozensus von 1996 bis 2011 als Neuzuwanderer identifiziert wurden, fand eine starke regionale Konzentration auf wenige Bundesländer statt: 53 % dieser Neuzuwanderer wanderten nach

Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg zu und weitere 31 % nach Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Berlin. Die fünf neuen Bundesländer spielten als Zielregionen der Neuzuwanderer eine untergeordnete Rolle. Bezogen auf die in den jeweiligen Bundesländern lebende deutsche Bevölkerung verändert sich dieses Bild leicht: Im Zeitraum von 1996-99 zogen insbesondere die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen viele Neuzuwanderer an: In den ersten beiden Städten kamen mehr als vier Neuzuwanderer auf 1.000 deutsche Einwohner und in Bremen waren es 2,75 auf 1.000. Darüber hinaus verbuchten auch Rheinland-Pfalz (3,2 auf 1.000), Baden-Württemberg sowie Hessen (jeweils ca. 2,3 auf 1.000) eine hohe Zuwanderung,

während die neuen Bundesländer mit unter 1 auf 1.000 Einwohner (Ausnahme Sachsen-Anhalt) kaum profitierten konnten (vgl. Abb. 2). Diese regionale Konzentration hat sich im Zeitverlauf nur leicht geändert. Noch immer ziehen Berlin und Bremen bezogen auf die dort lebende deutsche Bevölkerung die meisten Neuzuwanderer an, gefolgt von Baden-Württemberg und Hessen. Weiterhin hat die Zahl der in den neuen Bundesländern und dem Saarland lebenden Neuzuwanderer leicht zugenommen, bei einer gleichzeitig spürbaren Abnahme des Zuzugs in Rheinland-Pfalz, Hamburg und Schleswig-Holstein.

Während es bei den bisher betrachteten sozioökonomischen Merkmalen von Neuzuwanderern durch die institutionellen Reformen des vergangenen Jahrzehnts nur zu vergleichsweise geringen Veränderungen gekommen ist, zeigen sich deutlichere Entwicklungen bei den Herkunftsregionen (vgl. Abb. 3). So kamen Ende der 1990er Jahre mit 55 % die Mehrheit der Neuzuwanderer aus Drittstaaten im erwerbsfähigen Alter aus der ehemaligen Sowjetunion, dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei während im Zeitraum von 2008-2011 dieser Anteil auf nur noch 32 % deutlich geschrumpft ist. Im Gegenzug hat die Zuwanderung von Personen aus Amerika und Asien deutlich zugenommen. So betrug der Anteil der Personen mit einer amerikanischen Staatsangehörigkeit im Zeitraum 1996-99 11 % und stieg seitdem auf 19 % spürbar an, wobei hier US-Amerikaner die quantitativ bedeutendste Gruppe darstellen. Die asiatischen Staaten zeigen eine vergleichbare Entwicklung mit Werten von 15 % Ende der 1990er Jahre und einem Anstieg von fast 15 Pro-

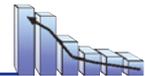
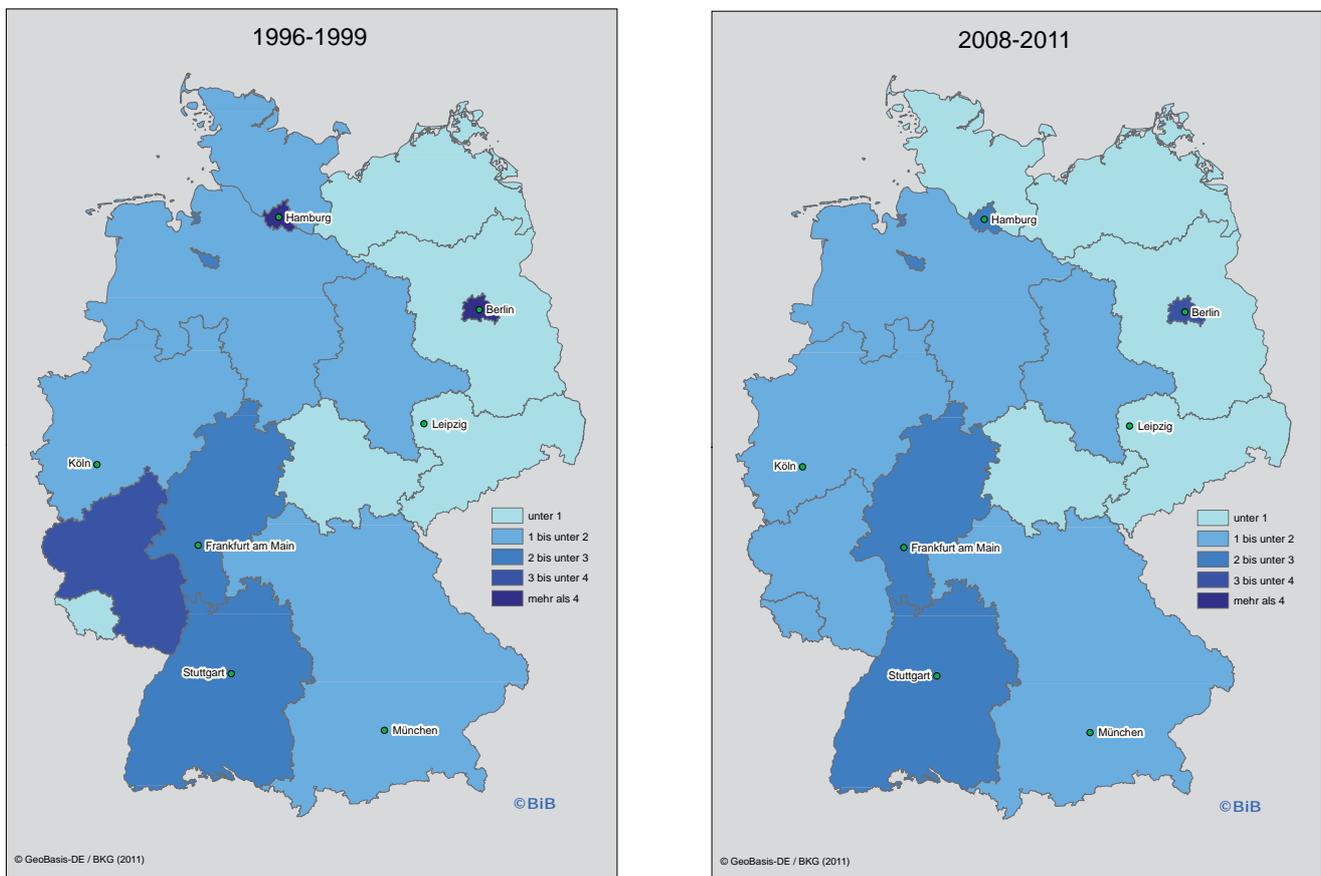


Abb. 2: Neuzuwanderer aus Drittstaaten im erwerbsfähigen Alter nach Bundesländern in Proportion zur deutschen Bevölkerung, 1996-1999 und 2008-2011, (in Promille)



Quelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 1996-2011, eigene Berechnungen.

zentpunkten, wobei gerade die Zuzüge aus China und Indien besonders hervorzuheben sind.

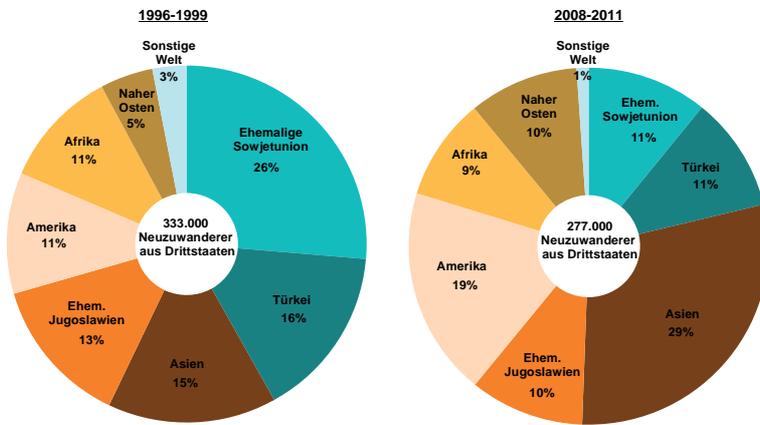
Noch deutlicher als bei der Analyse der Herkunftsregionen zeigt sich der Einfluss der institutionellen Reformen des vergangenen Jahrzehnts beim Bildungs- und Qualifikationsniveau der Neuzuwanderer. Dieses lässt sich am anschaulichsten auf Basis der International Standard Classification of Education (ISCED) beschreiben, welche einen einheitlichen Rahmen zum Vergleich von Schul- und Berufsabschlüssen ermöglicht. Die Zahl von Neuzuwanderern mit tertiären, meist akademischen Bildungsabschlüssen (ISCED 5-6)⁴ hat sich im Verlauf der letzten 16 Jahre trotz insgesamt abnehmender Zuwanderung nahezu verdoppelt. Wanderten in den Jahren 1996/97 insgesamt 31.400 Akademiker aus Drittstaaten zu, lag der Wert für die Jahre 2010/11 bereits bei 57.700 Personen. Noch deutlicher zeigen sich die Verände-

rungen in der Bildungsstruktur von Neuzuwanderern beim Vergleich mit der deutschen Bevölkerung (vgl. Abb. 4). Während es bei der deutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter während der betrachteten 16 Jahre zu einem leichten Anstieg des Anteils von Personen mit tertiärem Bildungsabschluss von 21,0 % auf 24,8 % Prozent gekommen ist, zeigen die Neuzuwanderer eine deutlich dynamischere Entwicklung mit einem Anstieg von 21,0 Prozentpunkten in den Jahren 1996/97 auf 41,0 % in den Jahren 2010/2011, so dass heute bereits zwei von fünf Neuzuwanderern einen tertiären Abschluss vorweisen. Analog dazu ist unter den 18- bis 64-jährigen Neuzuwanderern der Anteil derjenigen, die maximal über einen Abschluss des Sekundarbereichs I (ISCED 0-2) – also einen dem Realschulabschluss äquivalenten Schulabschluss – verfügen ebenso deutlich gesunken. Der Wert von 40,4 % der Neuzuwanderer, die in den Jahren 1998/99 ma-

⁴ Tertiäre Bildungsabschlüsse entsprechen den drei ISCED-Stufen 5a, 5b und 6 und umfassen neben universitären Hochschulabschlüssen und Promotionen auch Pädagogische Hochschulen, Fachhochschulen sowie Berufsakademien und Verwaltungsfachschulen.



Abb. 3: Vergleich der Herkunftsregionen von Neuzuwanderern aus Drittstaaten im erwerbsfähigen Alter, 1996-1999 und 2008-2011, (in Prozent)



Datenquelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 1996-2011, eigene Berechnungen

© BiB 2013

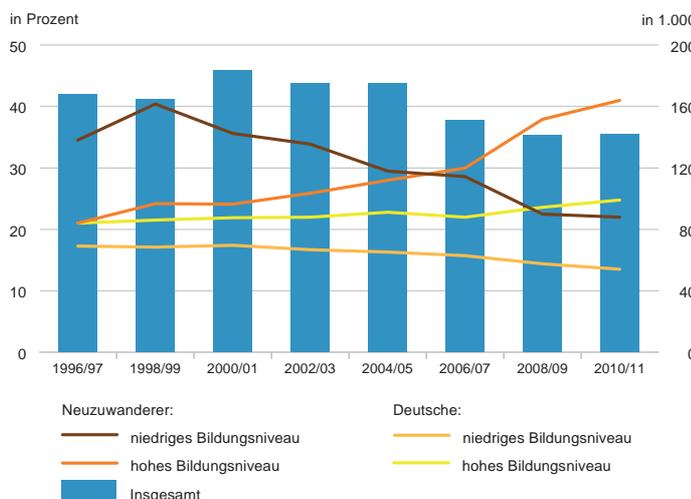
ximal einen Realschulabschluss besaßen, sank in den folgenden Jahren deutlich, wenn er auch mit 22,0 % noch immer über dem vergleichbaren Wert der deutschen Bevölkerung liegt.

Angesichts der Bedeutung formaler Bildungsabschlüsse für die Integration in Deutschland gilt es, die bisherigen bivariaten Analysen noch für einzelne Gruppen zu differenzieren. So zeigt sich beispielsweise ein deutlicher Zusammenhang zwischen Bildungsabschluss und Herkunftsregion, denn Zuwanderer mit tertiärer Bildung stammen heute

überproportional aus den Regionen Amerika und Asien. Weiterhin wird das insgesamt hohe durchschnittliche Bildungsniveau der Neuzuwanderer durch den Einbezug der Altersstruktur der Neuzuwanderer und der Bevölkerung in Deutschland bestätigt. Die Analyse der 25- bis 39-Jährigen zeigt bei der deutschen Bevölkerung einen Anstieg der Personen mit hoher formaler Bildung, der von 23,3 % in den Jahren 1996/97 auf immerhin 28,3 % in den Jahren 2010/11 deutlicher ausfällt als bei Betrachtung aller deutschen Personen im erwerbsfähigen Alter. Allerdings lässt sich das wesentlich höhere durchschnittliche Bildungsniveau der Neuzuwanderer kaum auf einen Altersstruktureffekt reduzieren, denn auch hier zeigt sich bei der jüngeren Altersgruppe eine

deutlich dynamischere Entwicklung von 28,1 % auf erstaunliche 48,9 % in den Jahren 2010/11. Abschließend werden die bisherigen Ergebnisse noch durch Einbeziehung der Geschlechterunterschiede qualifiziert, die gerade für die folgenden Analysen der Arbeitsmarktintegration von größter Bedeutung sind. Bei Betrachtung der deutschen Bevölkerung ist der Anstieg des durchschnittlichen Bildungsniveaus in erster Linie ein weibliches Phänomen. Während der Anteil der Männer mit tertiärem Bildungsabschluss nahezu gleich blieb und von 26,2 % in den Jahren 1996/97 nur um 1,2 Prozent-

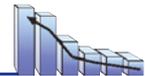
Abb. 4: Neuzuwanderer aus Drittstaaten im erwerbsfähigen Alter mit niedriger (ISCED 0-2) und hoher (ISCED 5-6) formaler Bildung im Vergleich zur deutschen Bevölkerung, 1996-2011, 2-Jahres-Gruppen



Datenquelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 1996-2011, eigene Berechnungen

© BiB 2013

punkte in den folgenden eineinhalb Jahrzehnten anstieg, nahm der Anteil von Frauen mit formalem hohem Abschluss im gleichen Zeitraum um über 6 Prozentpunkte zu (1996/97: 15,6 %; 2010/11: 22,1 %), liegt damit aber nach wie vor unter dem Niveau der deutschen Männer. Die Situation bei den Neuzuwanderern aus Drittstaaten unterscheidet sich stark, denn hier ist der Anteil von Frauen und Männern mit tertiärem Bildungsabschluss über den gesamten Zeitraum von 16 Jahren weitgehend vergleichbar und beträgt im Durchschnitt 28,8 % für Frauen und 28,6 % für Männer. Auch die zeitliche Entwicklung verlief weitgehend parallel: so stieg der Anteil von Männern mit tertiärem Abschluss von 22,6 % in den Jahren 1996/97 auf 39,6 % in den vergangenen zwei Jahren, während der Anstieg des vergleichbaren Anteils von Frauen auf einem etwas niedrigeren Niveau von 19,6 % begann und dafür etwas stärker auf 42,4 % in 2010/11 stieg.



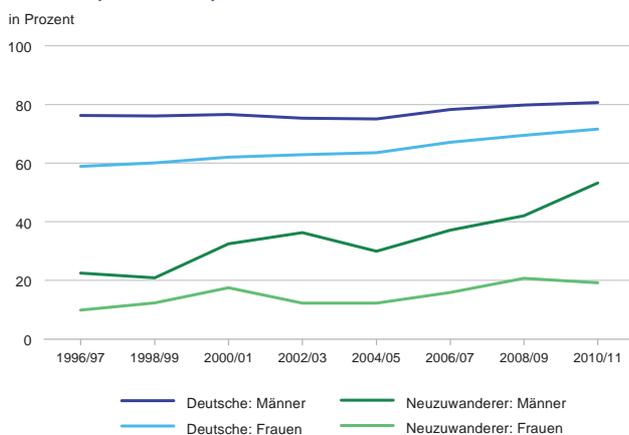
Entwicklung der Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern

Die bisherigen Analysen haben gezeigt, dass sich im Verlauf der vergangenen 16 Jahre und im Kontext der Reformen der deutschen Migrationspolitik die Struktur der Zuwanderer deutlich gewandelt hat. Offen blieb bisher aber, ob die günstigere sozioökonomische Struktur der Neuzuwanderer und die zwischenzeitlich liberaleren institutionellen Rahmenbedingungen zu einer besseren Integration dieser neuen Bevölkerungsgruppe beitragen. In einem zweiten Schritt wird daher die Veränderung der ökonomischen Integration von Neuzuwanderern untersucht. Die Beteiligung am Erwerbsleben stellt eine zentrale Voraussetzung für weitere Dimensionen der Integration dar und hat somit einen unmittelbaren Einfluss auf Einkommen, gesellschaftlichen Status und Einbindung in soziale Netzwerke. Dass Personen, die seit maximal zwölf Monaten in Deutschland leben, zu einem geringeren Maße in den Arbeitsmarkt integriert sein werden als die deutsche Bevölkerung dürfte kaum überraschen, und dass die meisten Zuwanderergruppen in Deutschland eine nach wie vor schlechtere Position auf dem Arbeitsmarkt einnehmen als Einheimische, ist aus vielfältigen empirischen Studien hinreichend bekannt (z.B. Beauftragte 2011; Granato 2003; Kalter 2005; Kogan 2011). Von besonderem Interesse ist daher, wie sich die Arbeitsmarktintegration über die letzten eineinhalb Jahrzehnte entwickelt hat und welche Un-

terschiede sich hier zwischen einzelnen Zuwanderergruppen zeigen.

Grundlegender Indikator zur Messung der Arbeitsmarktintegration ist die Erwerbstätigenquote, die im Sinne der Definition der International Labour Organisation (ILO) dem Anteil der Erwerbstätigen an der gesamten Wohnbevölkerung im erwerbsfähigen Alter entspricht. Neben Erwerbstätigen werden somit auch erwerbslose Personen sowie Nichterwerbspersonen berücksichtigt, wozu u.a. Rentner, Schüler und Hausfrauen zählen, aber auch all diejenigen Personen, die sich wegen geringer Chancen oder fehlendem formalem Zugang zurückziehen und dem Arbeitsmarkt somit nicht zur Verfügung stehen.⁵ Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass es Neuzuwanderern schwer fällt, innerhalb der ersten zwölf Monate nach ihrer Zuwanderung Zugang zum Arbeitsmarkt zu erhalten. Sprachschwierigkeiten, die formelle Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse sowie fehlendes Wissen über die Funktionsmechanismen des deutschen Arbeitsmarktes sind hier bedeutende Ursachen (Chiswick et al. 2005; Friedberg 2000). Daneben bestehen aber auch vielfältige aufenthaltsrechtliche Restriktionen, die einen Zugang zum formellen Arbeitsmarkt von Neuzuwanderern aus Drittstaaten verhindern. Hier ist zum einen die Vorrangprüfung zu nennen, die für die meisten Drittstaatsangehörigen prüft, ob statt ihrer Deutsche oder EU-Staatsangehörige zur Besetzung der betreffenden Stelle zur Verfügung stehen. Dazu gehören aber auch weitergehende Regelungen, die beispielsweise Asylbewerbern und Flüchtlingen frühestens nach zwölf Monaten die Möglichkeit einräumen, sich um eine Arbeitserlaubnis zu bewerben. Gleiches gilt auch für mitziehende Familienangehörige, denen oftmals der Zugang zum Arbeitsmarkt für einen gewissen Zeitraum verwehrt wird. Daher überrascht es nicht, dass der Anteil der erwerbstätigen neuzugewanderten Männer in der Altersgruppe der 18- bis 64-Jährigen in den Jahren 1996/97 mit 22,4 % gerade mal bei einem Drittel des Wertes von deutschen Männern (76,3 %) lag. Auch die Erwerbstätigenquoten der Frauen kommen zu vergleichbaren Ergebnissen, allerdings auf einem noch niedrigeren Niveau. Während 58,9 % der deutschen Frauen erwerbstätig waren, fand nur jede zehnte neuzugewanderte Frau aus Drittstaaten Zugang zum Arbeitsmarkt (vgl. Abb. 5).

Abb. 5: Entwicklung der Erwerbstätigenquote der Neuzuwanderer aus Drittstaaten im erwerbsfähigen Alter im Vergleich zur deutschen Bevölkerung nach Geschlecht, 1996-2011, 2-Jahres-Gruppen, (in Prozent)



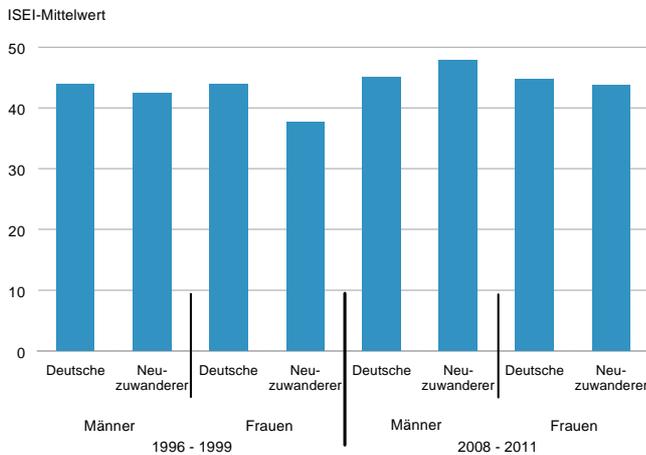
Datenquelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 1996-2011, eigene Berechnungen © BiB 2013

Neben konjunkturellen Schwankungen haben die institutionellen Reformen der vergangenen 16 Jahre zu weitreichen-

⁵ Als Erwerbstätige gelten in Übereinstimmung mit der Definition der ILO alle Personen, die einer bezahlten Erwerbstätigkeit von mindestens einer Stunde pro Woche nachgehen.



Abb. 6: Vergleich des durchschnittlichen beruflichen Status der Neuzuwanderer aus Drittstaaten im erwerbsfähigen Alter nach Geschlecht im Vergleich zur deutschen Bevölkerung, 1996-1999 und 2008-2011



Datenquelle: Forschungsdatenzentrum der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 1996-2011, eigene Berechnungen

© BiB 2013

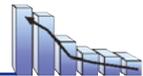
den Veränderungen der Erwerbstätigenquoten geführt. Während es bei den deutschen Männern nur zu einer geringen Steigerung um 4,3 Prozentpunkte kam, verlief die Entwicklung bei neuzugewanderten Männern deutlich dynamischer. Ihre Erwerbstätigenquote ist in den Jahren 2010/11 zwischenzeitlich auf 53,2 % gestiegen (siehe auch Geis 2012). Weitgehend konträr dazu hat sich die Situation für Frauen entwickelt. Hier hat sich die Erwerbstätigenquote deutscher Frauen auf 71,6 % deutlich erhöht. Die neuzugewanderten Frauen konnten von diesen geschlechtsspezifischen Veränderungen am deutschen Arbeitsmarkt bisher kaum profitieren. Obwohl sich auch ihr Anteil nahezu verdoppelt hat, war ihr Wachstum im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen unterdurchschnittlich, ihre Erwerbstätigenquote lag in den Jahren 2010/11 nach wie vor bei nur etwa 20 Prozent. Seibert und Wapler (2012) machen stärker ausgeprägte traditionelle Familienmuster für die großen Geschlechtsunterschiede in den Erwerbstätigenquoten verantwortlich. Nicht weniger relevant erscheinen aber die institutionellen Rahmenbedingungen, die es gerade mitwandernden Familienangehörigen nach wie vor erschweren, in gleichem Maße Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu erhalten.

Altersspezifische Erwerbstätigenquoten verweisen auf eine weitere Besonderheit der Gruppe der Neuzuwande-

rer. So ist der Unterschied in den Erwerbstätigenquoten bei den jüngeren Altersgruppen der 18- bis 29-Jährigen aufgrund des hohen Anteils von Studierenden unter den Neuzuwanderern besonders hoch (Erwerbstätigenquote von 90,4 % bei den deutschen Männern im Vergleich zu 61,2 % bei den neuzugewanderten Männern). Schließlich zeigen sich bei den Neuzuwanderern – analog zur deutschen Bevölkerung – unterschiedliche bildungsspezifische Erwerbstätigenquoten. Insbesondere Neuzuwanderer mit tertiären Bildungsabschlüssen, deren Erwerbstätigenquote sich im Laufe der 16 Jahre verdoppelt hat, haben von den verbesserten Zugangsmöglichkeiten zum deutschen Arbeitsmarkt profitiert (Frauen: von 14,1 % auf 30,1 %; Männer: von 32,4 % auf 64,0 %). Für Migranten mit geringerem formalem Bildungsniveau – und hier vor allem für Frauen – bestehen hingegen nach wie vor deutlich höhere Hürden des Arbeitsmarktzugangs.

Die Erwerbstätigenquote kann nur Aussagen darüber ermöglichen, ob es Neuzuwanderern gelingt einen Erwerb zu finden, sie kann aber keine Aussagen über die Qualität der Arbeitsmarktintegration treffen. Daher wurde in der überwiegenden Anzahl jüngerer Studien zur Arbeitsmarktintegration dazu übergegangen, zusätzlich zur Partizipation am Erwerbsleben den beruflichen Status oder die Stellung im Beruf zu berücksichtigen (z.B. Akresh 2008; Bernardi et al. 2011). Zur Analyse der Stellung von Neuzuwanderern auf dem Arbeitsmarkt wird der in sozialwissenschaftlichen Untersuchungen häufig genutzte „Internationale Sozioökonomische Index des beruflichen Status (ISEI)“ herangezogen. Bei diesem wird davon ausgegangen, dass jede berufliche Tätigkeit ein bestimmtes Bildungsniveau erfordert und mit einem bestimmten Einkommen einhergeht, so dass eine hierarchische Skalierung des Erfolges auf dem Arbeitsmarkt möglich ist (mit einem Minimum von 16 im Fall von Hilfskräften und Reinigungspersonal und einem Maximum von 85 für Mediziner und Juristen). Abbildung 6 zeigt, dass der Mittelwert von ISEI für deutsche Männer und Frauen relativ konstant ist mit 44 im Zeitraum von 1996-99 und 45 im Zeitraum 2008-11. Der ISEI-Mittelwert⁶ für männliche Neuzuwanderer ist mit 42 im Zeitraum 1996-99 minimal geringer, steigt aber im Zeitraum 2008-11 auf 48 an. Wenn also neuzugewanderte Männer aus Drittstaaten erwerbstätig sind, dann üben sie gegenwärtig auf

⁶ Im Zeitraum von 1996-99 ist nur ein geringer Anteil der neuzuwandernden Männer und Frauen erwerbstätig (ca. 38.000 Männer und 17.000 Frauen). Für den Zeitraum 2008-11 liegen diese Zahlen mit 65.000 erwerbstätigen Männern und 30.000 erwerbstätigen Frauen etwas höher. Dennoch ist bei der Interpretation zu berücksichtigen, dass der errechnete ISEI-Mittelwert auf einer vergleichsweise geringen Fallzahl basiert.



dem Arbeitsmarkt Berufe mit einem leicht höheren beruflichen Status als deutsche Männer aus. Der ISEI-Mittelwert für neuzugewanderte Frauen liegt dagegen mit 38 im Zeitraum 1996-99 deutlich unter dem deutscher Frauen. Für diesen Zeitraum lässt sich also festhalten, dass neuzugewanderte Frauen zum einen seltener erwerbstätig waren und wenn dies der Fall war, dann in Berufen mit einem geringeren beruflichen Status als deutsche Frauen. Allerdings zeigt sich bei den neuzugewanderten Frauen ähnlich wie bei den neuzugewanderten Männern eine Verbesserung des beruflichen Status auf einen ISEI-Mittelwert von 44 im Zeitraum von 2008-11.

Eine zusätzliche Differenzierung des beruflichen Status nach Bildungsniveau zeigt für männliche und weibliche Neuzuwanderer mit niedrigem und mittlerem Bildungsniveau im Vergleich zur deutschen Bevölkerung einen niedrigeren beruflichen Status. Bei Personen mit hoher Qualifikation ergibt sich allerdings ein deutlicher Unterschied: Während deutsche Männer über den betrachteten Zeitraum von 16 Jahren mit einem hohen beruflichen Status einen ISEI-Mittelwert von 57-58 und deutsche Frauen von 56-57 aufweisen, liegt der berufliche Status von hochgebildeten neuzugewanderten Männern mit einem ISEI-Mittelwert von 57 (1996-99) bzw. 62 (2008-11) deutlich höher und der von Frauen mit 52 bis 55 (im gesamten Zeitraum) niedriger. Hochqualifizierte neuzugewanderte Männer scheinen also eher als hochqualifizierte neuzugewanderte Frauen in der Lage zu sein, ihre Qualifikation in einen Beruf mit sehr hohem beruflichen Status zu überführen und schneiden dabei sogar besser ab als deutsche Männer.

Schlussfolgerungen

Ziel des Beitrags war es, die Entwicklung der sozioökonomischen Struktur sowie die Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern aus Drittstaaten im Kontext der migrationspolitischen Reformen des vergangenen Jahrzehnts in Deutschland darzustellen. Die Untersuchungen kommen zu zwei zentralen Ergebnissen: Erstens hat sich die sozioökonomische Struktur der Neuzuwanderer nach Deutschland im Laufe der untersuchten 16 Jahre grundlegend gewandelt. Bisherige Bilder der Migration sind nur noch bedingt auf die heutige Situation übertragbar. Dies zeigt sich einerseits an der veränderten Altersstruktur sowie bei den Verschiebungen zwischen den Herkunftsregionen der Neuzuwanderer. Die größte Veränderung betrifft sicherlich den Anstieg des formalen Bildungsniveaus. Danach besitzen 41 % der Neu-

zuwanderer einen tertiären Abschluss und sind damit heute im Durchschnitt deutlich höher qualifiziert als die deutsche Bevölkerung. Von einem Scheitern der deutschen Arbeitsmigrationspolitik kann angesichts dieser Ergebnisse keine Rede sein, denn diese Entwicklungen der Struktur der Zuwanderung nach Deutschland sind wesentlich durch die Reformen des vergangenen Jahrzehnts beeinflusst. Offen bleibt hingegen die Frage des Umfangs der Zuwanderung, denn trotz einer auch absolut steigenden Zahl von hochqualifizierten Neuzuwanderern waren die durchschnittlichen Wanderungsgewinne aus Drittstaaten während der vergangenen 16 Jahre vergleichsweise gering. Auch die letzten zwei Jahre haben an diesem grundsätzlichen Befund kaum etwas geändert, denn die aktuellen Wanderungsgewinne sind in erster Linie auf inner-europäische Migration zurückzuführen, während die Zuwanderung aus Drittstaaten nur unterdurchschnittlich gestiegen ist. Ein zweites Ergebnis betrifft die Entwicklung der Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern. Die grundsätzlich stärkere Orientierung an arbeitsmarktbezogener Zuwanderung des vergangenen Jahrzehnts und die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Hochqualifizierte haben hier zu einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsmarktintegration geführt – allerdings auf einem nach wie vor niedrigen Niveau. Während nach Deutschland zuwandernde Männer und Frauen ein nahezu identisches durchschnittliches Bildungsniveau mitbringen, zeigt sich dennoch eine grundlegend unterschiedliche Erwerbsbeteiligung zwischen den Geschlechtern. Bei den neuzugewanderten Männern stieg die Erwerbstätigenquote entsprechend deutlich an, während Frauen trotz gleicher formaler Qualifikationen ihre Erwerbsbeteiligung nur unterdurchschnittlich steigern konnten. Angesichts der aktuellen Debatte über mögliche Potenziale zur Sicherung der Fachkräftebasis stellt die Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern und insbesondere von Neuzuwanderinnen ein lohnenswertes Ziel dar.

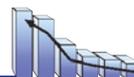
Diese Ergebnisse stellen weiterhin neue Herausforderungen an die Migrations- und Integrationsforschung. Ein erster Aspekt betrifft die veränderten sozioökonomischen Strukturen der Zuwanderer und die sich daraus ergebenden veränderten Integrationsprozesse. Bestehende Theorien der Arbeitsmarktintegration müssen zukünftig auf ihre Anwendbarkeit für diese neue Welle der Arbeitsmigration überprüft werden. Der auf dem Mikrozensus basierende Datensatz bietet hier eine gute Grundlage, um erste weitergehende Analysen zu den sich verändernden frühen Integrationsprozessen



durchzuführen, wobei insbesondere auch die in dieser Studie bisher ausgeblendete Haushaltssituation stärker berücksichtigt werden kann. Dennoch sind die Möglichkeiten des Mikrozensus für die Analyse der Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern begrenzt. Dies betrifft zum einen die Fallzahl von Neuzuwanderern, mehr aber noch die grundlegenden konzeptionellen Beschränkungen einer Querschnittserhebung. Die gesellschaftliche und ökonomische Bedeutung des heutigen Migrationsgeschehens in Deutschland macht zusätzliche Anstrengungen der Datenerhebungen unter Neuzuwanderern unumgänglich. Erste Vorarbeiten wurden in Deutschland durch eine Neuzuwandererpilotstudie am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung bereits gemacht. Hier gilt es mit einem umfassenderen Integrationspanel unter Neuzuwanderern anzuschließen, um die längerfristigen Integrationsprozesse heutiger Zuwanderer angemessen erfassen und bestehende Theorien der Integrationsforschung auf ihre Anwendbarkeit überprüfen zu können.

Literatur

- Akresh, Ilana Redstone (2008): Occupational Trajectories of Legal US Immigrants: Downgrading and Recovery. In: *Population and Development Review* 34(3): 435-456.
- Angenendt, Steffen (2008): Die Steuerung der Arbeitsmigration in Deutschland. Reformbedarf und Handlungsmöglichkeiten, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Beauftragte (2011): Zweiter Integrationsindikatorenbericht, erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.
- Bernardi, Fabrizio et al. (2011): The Recent Fast Upsurge of Immigrants in Spain and Their Employment Patterns and Occupational Attainment. In: *International Migration* 49(1): 148-187.
- BMAS (2013): Fortschrittsbericht 2012 zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung, Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- Chiswick, Barry R. et al. (2005): A Longitudinal Analysis of Immigrant Occupational Mobility: A Test of the Immigrant Assimilation Hypothesis. In: *International Migration Review* 39(2): 332-353.
- Diehl, Claudia und Grobecker, Claire (2006): Neuzuwanderer in Deutschland, Ergebnisse des Mikrozensus 2000 bis 2003. In: *Wirtschaft und Statistik* 11: 1-12.
- Ette, Andreas et al. (2012): Die Entwicklung der Zuwanderung hochqualifizierter Drittstaatsangehöriger nach Deutschland. In: *Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik* 21(1-2): 14-20.
- Ette, Andreas et al. (2008): Measuring spatial mobility with the German Microcensus: The case of German return migrants. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 33(3-4): 409-431.
- Friedberg, Rachel M. (2000): You can't take it with you? Immigrant assimilation and the portability of human capital. In: *Journal of Labor Economics* 18(2): 221-251.
- Geis, Wido (2012): Der Beitrag der Zuwanderung zur Fachkräftesicherung. In: *IW-Trends* 39(2): 85-98.
- Granato, Nadia (2003): Ethnische Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt, Wiesbaden: Leske + Budrich.
- Kalter, Frank (2005): Ethnische Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt. In: Abraham, Martin und Hinz, Thomas (Hrsg.): *Arbeitsmarktsoziologie*, Opladen: VS, S. 303-332.
- Kogan, Irena (2011): New Immigrants – Old Disadvantage Patterns? Labour Market Integration of Recent Immigrants into Germany. In: *International Migration* 49(1): 91-117.
- Lengerer, Andrea et al. (2010): Datenhandbuch GESIS-Mikrozensus-Trendfile. Harmonisierung der Mikrozensus 1962 bis 2006, GESIS-Technical Reports 2010/12, Mannheim: GESIS.
- OECD (2013): Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte: Deutschland, Paris: Organisation for Economic Cooperation and Development.
- Seibert, Holger und Wapler, Rüdiger (2012): Aus dem Ausland kommen immer mehr Akademiker. In: *IAB-Kurzbericht* 21, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.



Can M. Aybek (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung),
Christian Babka von Gostomski, Stefan Rühl (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge),
Gaby Straßburger (Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin)¹

Heiratsmigration in die EU und nach Deutschland – ein Überblick

Heiratsmigration ist der mit Abstand wichtigste Grund für eine Einwanderung von Drittstaatsangehörigen nach Deutschland. Doch auch die Einwanderung in die gesamte EU ist stark von Migrationen geprägt, die auf einer Heirat oder sonstigen familiären Gründen beruhen. Das zeigt eine Auswertung der amtlichen Statistiken der EU-Mitgliedstaaten aus dem Jahr 2009. An der Spitze der Gründe, aus denen Drittstaatsangehörigen erstmals eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, stehen familiäre Gründe. Sie umfassen 28,2 % der rund 2,3 Millionen neu ausgestellten Aufenthaltserlaubnisse. Auf Platz zwei und drei folgen Beschäftigung und Studium. 22,5 % der Aufenthaltserlaubnisse wurden aus Beschäftigungsgründen, 21,0 % zu Studienzwecken und 23,5 % aus anderweitigen Gründen erteilt. Bei diesen amtlichen Statistiken ist jedoch zu beachten, dass lediglich Personen Beachtung finden, die Staatsangehörige eines Nicht-EU-Landes sind, die Binnenwanderungen von EU-Bürgerinnen und -Bürgern also unberücksichtigt bleiben.

In Deutschland ist die Bedeutung der Heiratsmigration und anderweitigen familiär bedingten Migration deutlich höher als im Durchschnitt der EU-Staaten. 2009 wurden 44,4 % der neuen Aufenthaltserlaubnisse aus familiären Gründen erteilt. Dieser Wert liegt 16,2 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. In absoluten Zahlen bezieht sich dies auf 54.139 von 121.954 erstmals erteilten Aufenthaltserlaubnissen an Bürgerinnen und Bürger eines Nicht-EU-Lands (Scaricchia 2011: 1–2). Wie die weiteren Ausführungen zeigen, ist davon auszugehen, dass die Heiratsmigration den größten Anteil dieser familienbezogenen Migration ausmacht.

Bevor im Einzelnen darauf eingegangen wird, wie die aktuelle Rechtslage aussieht und welchen Umfang Heiratsmigration nach Deutschland derzeit hat, werden unterschiedliche Konstellationen betrachtet, die zu einer Heiratsmigration führen können. Zunächst aber soll die Begrifflichkeit geklärt werden. Hierzu erfolgt ein Blick auf die internationale Forschungsliteratur, die zeigt, dass die Thematik keineswegs

nur unter dem eng gefassten Begriff der Heiratsmigration und dem weiter gefassten Begriff der familiären Migration diskutiert und entsprechend statistisch erfasst wird. Daneben wird das Phänomen international mit zahlreichen weiteren Termini belegt, wie Williams (2010: 8-10) mit Bezug auf diverse Autoren aufzeigt, die sich mit grenzüberschreitender Heirat und damit verbundener Migration befassen haben. Die Begriffe basieren auf unterschiedlichen Forschungsinteressen, betrachten unterschiedliche Teilausschnitte des Gesamtphänomens, rücken jeweils andere Aspekte in den Vordergrund oder verweisen auf spezifische Kontexte, die als Erklärungshintergrund darin mitschwingen.

Die Begriffe ‚family-related migration‘, ‚spouse migration‘ und ‚family-forming migration‘ beziehen sich vornehmlich auf Migrationsprozesse, -anlässe und -folgen (Williams 2010). Hingegen zielen andere Begriffe stärker darauf ab, die Heirat und deren besondere Begleitumstände zu beschreiben. Den Terminus ‚transnational marriage‘ verwenden einige Autoren, um auf die Transnationalität der Eheschließung im Sinne der Zwischenstaatlichkeit und der damit verbundenen rechtlichen Folgen hinzuweisen. Andere Autoren nutzen zwar ebenfalls den Begriff ‚transnational marriage‘, zielen damit aber vor allem darauf, grenzüberschreitende Heiraten und damit verbundene Migrationen im Kontext transnationaler Aktivitäten ethnischer, kultureller oder religiöser communities zu verorten. Sie beziehen sich damit nur auf grenzüberschreitende Ehen, die zwischen Personen geschlossen werden, die zwar in unterschiedlichen Staaten leben, aber einer gemeinsamen – jeweils unterschiedlich definierten – community angehören. Im Gegensatz dazu befassen sich andere Forschungen in erster Linie mit der grenzüberschreitenden Heirat von Personen, deren kultureller, ethnischer oder religiöser Hintergrund unterschiedlich ist. Hier werden Begriffe wie ‚intermarriages‘, ‚cross-cultural marriages‘ und ‚mixed marriages‘ verwendet. Sie rücken bestimmte Unterschiede in den Vordergrund der Betrachtung und weisen diesen damit – zumindest implizit – einen zentralen Stellenwert zu.

¹ Der Artikel gibt die persönliche Ansicht der Autoren wieder.



Williams (2010: 10) selbst favorisiert den vergleichsweise neutralen Terminus ‚cross-border marriages‘, also grenzüberschreitende Heiraten, um das Phänomen der Heiratsmigration in seinen diversen Ausprägungen angemessen zu diskutieren. Die Verwendung dieses Begriffs hat nicht zuletzt den Vorteil, dass damit demografische, familien- und migrationssoziologische Forschungstraditionen mit ihrem je unterschiedlichen Aufmerksamkeitsfokus zusammengeführt werden können. Der Terminus ist insofern neutral, als er alle oben genannten Paarkonstellationen umfasst, ohne jedoch bestimmte Charakteristika der Paarkonstellationen als bedeutsam oder gar ausschlaggebend für die Eheschließung zu benennen. Ganz allgemein lässt sich damit die Zuschreibung bestimmter Absichten oder Ursachenkonstellationen vermeiden.

Unterschiedliche Konstellationen und Erklärungsperspektiven für eine Heiratsmigration

Wie bereits in der Diskussion über die angemessene Terminologie anklingt, gibt es ganz unterschiedliche Konstellationen, auf denen eine Heiratsmigration nach Deutschland basieren kann. In juristischer Hinsicht wird nach dem jeweiligen Rechtsstatus der Ehepartner unterschieden. Familiensoziologisch betrachtet kann der Ausgangspunkt sowohl eine interethnische als auch eine intraethnische Eheschließung zwischen einer in Deutschland und einer im Ausland ansässigen Person sein.

Von einer grenzüberschreitenden intraethnischen Heirat wird bei Eheschließungen zwischen einer in Deutschland ansässigen Person mit Migrationshintergrund und einer Person mit gleichem ethnisch-kulturellen Hintergrund, die in der Herkunftsregion ansässig ist, gesprochen. Damit verbundene Heiratsmigrationen werden häufig als Bestandteil einer Kettenmigration interpretiert. Allerdings steht dem eine andere Sichtweise gegenüber, die solche Heiratsmigrationsprozesse als Produkt transnationalisierter sozialer Räume betrachtet, in denen Personen in vielfältiger Hinsicht grenzüberschreitend agieren. Entsprechend kann es auch zu grenzüberschreitenden Eheschließungen kommen.

Eine weitere Perspektive (Beck/Beck-Gernsheim 2011) zieht in Betracht, dass sich im Zuge der fortschreitenden Globalisierung auch Heiratsmärkte zunehmend internationalisieren und grenzüberschreitende Ehen eines der Ergebnisse

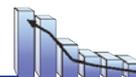
davon sind. Die Globalisierungsthese kann als weitreichendster Erklärungsansatz angesehen werden, da sie sowohl inter- als auch intra-ethnische Prozesse grenzüberschreitender Heirats- und Migrationsprozesse erfassen kann.

Berechnungen auf der Basis des Labour Force Survey und des Survey on Income and Living Conditions (SILC) haben ergeben, dass jede zwölfte verheiratete Person, die im Zeitraum 2008-2010 in einem der untersuchten 30 europäischen Länder² lebt, eine Ehe mit einem im Ausland geborenen Partner führt (Lanzieri 2012). Die Auswertungen zeigen zudem, dass der Anteil dieser Partnerschaften an der Gesamtzahl der Ehen von Land zu Land erheblich variiert. Während er in der Schweiz mit 21,0 % am höchsten und in Rumänien mit 0,1 % am niedrigsten war, lag der Durchschnittswert für alle 30 Staaten bei 8,4 %. Generell lässt sich beobachten, dass in Ländern mit einem größeren Anteil an zugewanderten Personen in der Bevölkerung auch der Anteil von Ehen zwischen Personen mit unterschiedlichem Geburtsland höher ist.

In Deutschland betrug der Anteil von Ehen, in denen der Geburtsort eines Ehepartners in Deutschland und der des anderen im Ausland liegt, im Zeitraum 2008-2010 11,2 % (Lanzieri 2012: 2; Tabelle 1). Dabei lebten 6,8 % der in Deutschland geborenen verheirateten Männer und Frauen in einer solchen Partnerschaft. Weit höher ist der Anteil aber bei den im Ausland geborenen Personen: von ihnen sind nahezu 28 % mit einem in Deutschland geborenen Partner verheiratet (siehe auch: Grünheid 2011: 9–13).

In der historischen Betrachtung der deutschen Einwanderungsgeschichte wird deutlich, dass der Prozess der Heiratsmigration bzw. des Ehegattennachzugs zeitlich nicht unmittelbar mit einer Eheschließung im Zusammenhang stehen muss. Denn von den 1960er Jahren bis in die 1980er Jahre hinein dürfte es sich bei Ehegattennachzügen und Familienzusammenführungen in erster Linie um Zusammenführungen von bereits bestehenden Ehepaaren und Familien gehandelt haben. Eine Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels (Wellen 1984-2000) hat ergeben, dass bei 44,5 % der ehemaligen Gastarbeiter, die zwischen 1960 und 1973 eingewandert waren, die Ehefrauen erst nach einem Zeitraum von mindestens einem Jahr zugezogen sind (González-Ferrer 2007: 19). Erst in den 1990er und 2000er Jahren ist davon auszugehen, dass Ehepartnerinnen und Ehepartner vorwiegend zur Etablierung eines gemeinsamen Haushalts

² Einbezogen wurden in die Analysen neben den EU-27-Staaten auch Island, Norwegen und die Schweiz. Zu beachten ist bei diesen Analysen, dass die Unterscheidung nach ‚einheimischen‘ (‚native-born‘) und im Ausland geborenen Personen (‚foreign-born‘) nicht auf der Staatsangehörigkeit, sondern auf dem Geburtsland dieser Personen beruht.



nach Deutschland gekommen sind. So zeigt eine Analyse des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration auf der Grundlage der Mikrozensus-Daten, dass etwa 44 % aller Zuwanderer, die 2008 in Deutschland lebten, aus familiären Gründen nach Deutschland zugewandert sind. Ein Drittel gibt an, zum Zweck einer Familiengründung, also z. B. im Zuge einer Heirat, gekommen zu sein (SVR 2011: 97).

Regelungen des Ehegattennachzugs nach Deutschland³

Die Einreise und der Aufenthalt ausländischer Ehegatten ist seit dem 1. Januar 2005 in den §§ 27-31 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) geregelt. Der Ehegattennachzug wird aufgrund von Art. 6 Abs. 1 des Grundgesetzes zum Schutz von Ehe und Familie gewährt (§ 27 Abs. 1 AufenthG). Die Regelungen des Aufenthaltsgesetzes zum Ehegattennachzug finden Anwendung auf Ausländer, die weder Unionsbürger noch Familienangehörige von Unionsbürgern sind. Sie gelten ferner für den Nachzug von Drittstaatsangehörigen zu Deutschen. Grundsätzlich wird zwischen dem Nachzug zu Deutschen und Ausländern unterschieden.

In der Regel muss der Lebensunterhalt desjenigen, zu dem der Nachzug stattfindet, ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel gesichert sein (§ 27 Abs. 3 AufenthG; § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG). Zusätzliche Voraussetzungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an den nachziehenden Ehegatten sind, dass beide Ehegatten das 18. Lebensjahr vollendet haben (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 AufenthG) und der nachziehende Ehegatte sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen kann (§ 30 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG) (zu Regelungen, wann ein Sprachnachweis erforderlich ist: Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012: 110).⁴

Nach § 28 Abs.1 Nr. 1 AufenthG ist eine Aufenthaltserlaubnis dem ausländischen Ehegatten eines Deutschen zu erteilen, wenn der Deutsche seinen gewöhnlichen Aufent-

halt im Bundesgebiet hat. Dem Ehegatten eines Deutschen soll die Aufenthaltserlaubnis in der Regel abweichend von § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG erteilt werden. Die Aufenthaltserlaubnis berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit (§ 28 Abs. 5 AufenthG).

Voraussetzung für den Familiennachzug zu einem Drittstaatsangehörigen ist, dass der bereits hier lebende Ausländer eine Niederlassungserlaubnis, eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG oder eine Aufenthaltserlaubnis besitzt und ausreichender Wohnraum zur Verfügung steht (§ 29 Abs. 1 AufenthG). Bei Asylberechtigten und anerkannten GFK-Flüchtlingen (Konventionsflüchtlingen) kann vom Nachweis ausreichenden Wohnraums und eigenständiger Unterhaltssicherung abgesehen werden (§ 29 Abs. 2 AufenthG).

Am 16. November 2010 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass ein Anspruch auf Familiennachzug in der Regel voraussetzt, dass jedenfalls der Lebensunterhalt der familiären Bedarfsgemeinschaft ohne Inanspruchnahme öffentlicher Sozialleistungen gesichert sein muss. Der Familiennachzug zu nicht-deutschen Unionsbürgern richtet sich ausschließlich nach dem Freizügigkeitsgesetz/EU.

Zahlen zum Ehegattennachzug für Deutschland⁵

Eine wichtige Grundlage für die Erfassung des Ehegattennachzugs ist die Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Sie weist diejenigen Fälle aus, in denen in einer deutschen Vertretung im Ausland ein Visum auf Nachzug eines Ehegatten erteilt worden ist.

Seit dem Jahr 2005 kann neben der Visastatistik des Auswärtigen Amtes auch das Ausländerzentralregister (AZR) als Datenquelle für den Ehegatten- und Familiennachzug genutzt werden. Dies wurde möglich durch die Speicherung der Aufenthaltswerte nach dem zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Aufenthaltsgesetz.

Im Regelfall ist es erforderlich, dass vor der Einreise von der deutschen Auslandsvertretung nach Zustimmung der örtlichen Ausländerbehörde ein Visum zum Zwecke der Fa-

³ Dieser Abschnitt ist eine stark gekürzte Darstellung der entsprechenden Ausführungen im Migrationsbericht 2010 (Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012: 109ff.), wobei im Folgenden der Fokus auf dem Ehegattennachzug, nicht aber auf den ebenfalls im Migrationsbericht 2010 dargestellten Regelungen zum Nachzug von weiteren Familienangehörigen (etwa Kindern) liegt.

⁴ Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. März 2010 ist das Erfordernis einfacher Deutschkenntnisse beim Ehegattennachzug mit dem besonderen Schutz zu vereinbaren, den Ehe und Familie nach dem Grundgesetz und nach dem Gemeinschaftsrecht genießen (BVerwG, Urteil vom 30. März 2010 (1 C 8.09)). Eine Verfassungsbeschwerde gegen den geforderten Nachweis von Kenntnissen der deutschen Sprache wurde vom Bundesverfassungsgericht in einem Beschluss vom 25. März 2011 nicht zur Entscheidung angenommen (BVerfG, 2 BvR 1413/10 vom 25. März 2011). Danach verstößt die nach § 30 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AufenthG für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis erforderliche Verpflichtung des Ehegatten eines in Deutschland lebenden Ausländers, sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen zu können, nicht gegen das Grundgesetz und europäisches Recht.

⁵ Auch hier ist die gekürzte Darstellung wieder an den entsprechenden Ausführungen im Migrationsbericht 2010 (Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012: 111ff.) angelehnt.



milienzusammenführung erteilt wird (zu Ausnahmen: Bundesministerium des Innern / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012: 111). Staatsangehörige von EU-Staaten genießen grundsätzlich Freizügigkeit. Ausländer können auch eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen erhalten, etwa aufgrund einer Heirat im Inland, obwohl sie zu einem anderen Zweck (Erwerbstätigkeit, Ausbildung) nach Deutschland eingereist sind. Diese Fälle der Familienzusammenführung gehen nicht in die Statistik des Auswärtigen Amtes ein. Insofern bildet die Visastatistik des Auswärtigen Amtes den Ehegattennachzug nicht vollständig ab.

Ein umfassenderes Bild liefert das AZR. Zum einen erfasst das AZR auch die Fälle, in denen der Ausländer einen Aufenthaltstitel aus familiären Gründen erst im Inland erhalten hat. Im Folgenden wird zunächst die Entwicklung des Ehegattennachzugs anhand der Visastatistik des Auswärtigen Amtes nachgezeichnet. Im Anschluss daran wird der Ehegattennachzug für die Jahre von 2006 bis 2010 auf der Basis des AZR dargestellt.

Ehegattennachzug nach der Visastatistik des Auswärtigen Amtes

Nach einem kontinuierlichen Rückgang der erteilten Visa zum Zweck des Ehegattennachzugs von 2002 bis 2008 wurde 2009 mit 33.194 erteilten Visa wieder ein leichter Anstieg im Vergleich zum Vorjahr registriert (vgl. Tabelle 1). Im Jahr 2010 wurde erneut ein leichter Rückgang auf 31.649 ver-

zeichnet. Insgesamt hat sich die Zahl der erteilten Visa zum Zweck des Ehegattennachzugs im Vergleich zum Höchststand im Jahr 2002 (64.021) mehr als halbiert.

Zum Teil ist der Rückgang der erteilten Visa zum Zweck des Ehegattennachzugs auf den Beitritt der neuen EU-Staaten in den Jahren 2004 (Beitritt der EU-10) und 2007 (Beitritt der EU-2) zurückzuführen, da Staatsangehörige aus diesen Ländern aufgrund der Freizügigkeitsregelungen innerhalb der EU kein Visum mehr benötigen (dazu: Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012: 42ff). Dennoch ist der Ehegattennachzug nach wie vor eine wichtige Zuwanderungsform. Bei Zuwanderern, die im Rahmen des Ehegattennachzugs nach Deutschland einreisen, ist in der Regel von einer längerfristigen bzw. dauerhaften Bleibeabsicht im Bundesgebiet auszugehen.

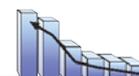
Nachdem die Nachzugszahlen von Ehegatten zu deutschen Staatsangehörigen zwischen 1998 (21.136) und 2002 (34.248) kontinuierlich angestiegen waren, sank diese Zahl in den Folgejahren und lag im Jahr 2010 bei 16.908 Personen. Ebenfalls zurück ging die Zahl der Zuzüge von Ehegatten zu ausländischen Staatsangehörigen (von 29.773 im Jahr 2002 auf 14.741 Personen im Jahr 2010, vgl. Tabelle 1). Dabei übersteigt die absolute Zahl der Zuwanderung zu deutschen Ehegatten seit dem Jahr 2000 diejenige der Zuwanderung zu ausländischen Personen.

Die stärkste Gruppe im Rahmen des Ehegattennachzugs bildete im Jahr 2010 mit 37,6 % der Nachzug von Ehefrau-

Tab. 1: Erteilte Visa zum Zwecke des Ehegattennachzugs nach Deutschland von 1998 bis 2010

Zuzug von...	Ehefrauen zu ausländischen Ehemännern	in %	Ehemännern zu ausländischen Ehefrauen	in %	Ehefrauen zu deutschen Ehemännern	in %	Ehemännern zu deutschen Ehefrauen	in %	Gesamt
1998	19.275	39,8	7.990	16,5	13.098	27,1	8.038	16,6	48.401
1999	20.036	37,2	7.711	14,3	16.246	30,2	9.865	18,3	53.858
2000	19.893	34,2	7.686	13,2	18.863	32,4	11.747	20,2	58.189
2001	21.491	34,1	7.780	12,3	20.766	32,9	13.041	20,7	63.078
2002	21.609	33,8	8.164	12,8	20.325	31,7	13.923	21,7	64.021
2003	18.412	31,7	6.535	11,2	20.539	35,3	12.683	21,8	58.169
2004	14.692	28,5	5.439	10,6	20.455	39,7	10.966	21,3	51.552
2005	13.085	32,0	4.068	9,9	14.969	36,6	8.811	21,5	40.933
2006	13.176	33,3	3.712	9,4	14.075	35,6	8.622	21,8	39.585
2007	11.177	34,4	3.012	9,3	11.592	35,7	6.685	20,6	32.466
2008	11.167	36,3	2.939	9,6	10.791	35,1	5.870	19,1	30.767
2009	12.859	38,7	2.902	8,7	11.603	35,0	5.830	17,6	33.194
2010	11.894	37,6	2.847	9,0	11.259	35,6	5.649	17,8	31.649

Datenquelle: Visastatistik des Auswärtigen Amtes, übernommen aus Migrationsbericht 2010 (Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012: 252), eigene Zusammenstellung



Tab. 2: Erteilte Visa zum Zweck des Ehegattennachzugs nach Deutschland nach Herkunftsländern im Jahr 2010

Zuzug von...	Ehefrauen zu ausländischen Ehemännern	in %	Ehemännern zu ausländischen Ehefrauen	in %	Ehefrauen zu deutschen Ehemännern	in %	Ehemännern zu deutschen Ehefrauen	in %	Gesamt
Türkei	2.372	36,6	959	14,8	1.297	20,0	1.859	28,7	6.487
Kosovo	1.358	51,7	438	16,7	427	16,2	406	15,4	2.629
Russische Föderation	331	15,3	25	1,2	1.526	70,5	283	13,1	2.165
Indien	1.579	86,3	53	2,9	125	6,8	72	3,9	1.829
Syrien	1.308	78,6	68	4,1	210	12,6	79	4,7	1.665
Marokko	253	18,0	52	3,7	694	49,5	403	28,7	1.402
Thailand	55	4,1	13	1,0	1.278	94,7	3	0,2	1.349
China	483	44,6	71	6,6	495	45,7	34	3,1	1.083
Ukraine	174	18,6	34	3,6	655	69,8	75	8,0	938
Tunesien	126	15,8	30	3,8	241	30,2	402	50,3	799
Pakistan	208	31,3	17	2,6	278	41,8	162	24,4	665
Bosnien-Herzegowina	338	51,6	151	23,1	79	12,1	87	13,3	655
Vietnam	210	34,3	101	16,5	285	46,6	16	2,6	612
Iran	258	42,6	36	5,9	254	41,9	58	9,6	606
Serbien einschl. Montenegro	261	46,5	140	25,0	74	13,2	86	15,3	561
Summe Top 15	9.314	39,7	2.188	9,3	7.918	33,8	4.025	17,2	23.445
Übrige Länder	2.580	31,4	659	8,0	3.341	40,7	1.624	19,8	8.204
Gesamt	11.894	37,6	2.847	9,0	11.259	35,6	5.649	17,8	31.649

Datenquelle: Visastatistik des Auswärtigen Amtes, übernommen aus Migrationsbericht 2010 (Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012: 254), eigene Zusammenstellung

en zu ausländischen Ehemännern, nachdem von 2003 bis 2007 der Nachzug von Ehefrauen zu Deutschen dominierte. Im Jahr 2010 betrug der Anteil der Ehefrauen, die zu einem deutschen Mann nachzogen, 35,6 % (vgl. Tabelle 1). Insgesamt zogen im Jahr 2010 23.153 Ehefrauen zu in Deutschland lebenden Ehegatten (73,2 %) und 8.496 Ehemänner zu in Deutschland lebenden Ehegatten (26,8 %).

Nach wie vor ist die Türkei das quantitativ stärkste Herkunftsland mit 6.487 von 31.649 erteilten Visa zum Ehegattennachzug im Jahr 2010 (20,5 %) (zu Hintergründen: Haug 2010: 46). Die zweitgrößte Gruppe im Jahr 2010 bildeten mit 8,3 % Personen aus Kosovo. In der Russischen Föderation wurden 2010 6,8 %, in Indien 5,8 %, in Syrien 5,3 %, in Marokko 4,4 % und in Thailand 4,3 % der Visa für den Ehegattennachzug erteilt. Der Anstieg im Falle Syriens von 671 erteilten Visa zum Zwecke des Ehegattennachzugs im Jahr

2008 (siehe dazu: Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010: 302) auf 1.665 Visa 2010 (vgl. Tabelle 2) ist darauf zurückzuführen, dass verstärkt irakische Staatsangehörige in der Botschaft in Damaskus ein Visum zum Zweck des Ehegattennachzugs beantragt haben. Grund hierfür ist, dass die Botschaft in Damaskus im Jahr 2010 einen Teil der Visumsanträge aus dem Irak bearbeitet hat.

Ehegattennachzug nach dem AZR

Auf Basis des AZR kann der tatsächlich erfolgte Ehegattennachzug nach Nationalität differenziert werden. Aufgrund der unterschiedlichen Datenbasis sind die Zahlen aus der Visastatistik und aus dem AZR nur eingeschränkt miteinander vergleichbar. Insgesamt wurden 37.897 Aufenthaltserlaubnisse nach § 28, Satz 1, Absatz 1, Nr. 1 AufenthG (in


Tab. 3: Ehegattennachzug zu Deutschen und zu Ausländern 2006 bis 2010 nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten auf Grundlage des Ausländerzentralregisters

	2006	2007	2008	2009	2010	2006 bis 2010
Türkei	8.489	7.794	6.785	6.168	6.579	35.815
Serbien, Montenegro	4.037	3.538	1.713	820	935	11.043
Kosovo	0	422	1.216	2.068	2.233	5.939
Bosnien-Herzegowina	1.034	916	831	182	605	3.568
Russische Föderation	3.798	3.275	2.651	2.258	2.656	14.638
Ukraine	1.287	1.188	1.112	1.010	1.139	5.736
Indien	1.127	1.396	1.605	1.531	1.720	7.379
Thailand	1.436	1.455	1.177	1.112	1.249	6.429
Pakistan	481	471	510	613	629	2.704
Marokko	1.245	1.188	1.165	1.152	1.317	6.067
Gesamt	43.159	40.978	37.052	33.733	37.897	192.819

Datenquelle: Ausländerzentralregister, Zahlen zusammengestellt anhand der Migrationsberichte 2006 bis 2010 (Bundesministerium des Innern/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2007:272f.; 2008: 260f.; 2009: 304f.; 2011: 286f ; 2012: 256f.), eigene Zusammenstellung

Kurzform: Nachzug eines ausländischen Ehegatten zu einem Deutschen) und nach § 30 AufenthG (in Kurzform: Nachzug eines ausländischen Ehegatten zu einem Ausländer) an Personen erteilt, die im Jahr 2010 eingereist sind (vgl. Tabelle 3). Diese Zahl liegt höher als die Zahl der erteilten Visa in der Statistik des Auswärtigen Amtes (31.649 Visa zum Zweck des Ehegattennachzugs nach Deutschland im Jahr 2010). Dies liegt unter anderem daran, dass die oben angeführten Aufenthaltserlaubnisse auch an Personen erteilt werden können, die zunächst zu einem anderen Zweck eingereist sind, zum anderen daran, dass im AZR auch der Nachzug sonstiger Familienangehöriger und der Nachzug von Staatsangehörigen, die visumfrei in das Bundesgebiet einreisen können, erfasst wird. Im Gegensatz zum Rückgang der Zahl der erteilten Visa zum Zweck des Familiennachzugs (vgl. Tabelle 1) stieg die Zahl der Aufenthaltserlaubnisse nach § 28, Satz 1, Absatz 1, Nr. 1 AufenthG und nach § 30 AufenthG, die an im Jahr 2010 eingereiste Personen erteilt wurden, an (vgl. Tabelle 3).

In Tabelle 3 sind zehn ausgewählte Länder und deren Entwicklung von 2006 bis 2010 anhand der AZR-Zahlen dargestellt. In der Entwicklung erkennt man eine Abnahme entsprechender erteilter Titel von 2006 bis 2009, um dann 2010 wieder anzusteigen.

In Bezug auf die Struktur des Ehegattennachzugs aus den einzelnen Herkunftsländern bestätigen die Daten aus dem AZR die Ergebnisse der Visastatistik des Auswärtigen Amtes. Auf einige ausgewählte Zahlen soll stichwortartig eingegangen werden.

Kumuliert man die erteilten Titel 2006 bis 2010, dann sind 192.819 Aufenthaltserlaubnisse nach den oben angesprochenen Paragraphen erteilt worden. Dabei erfolgte in 61,0 % der Nachzug eines ausländischen Ehegatten zu einem Deutschen (117.700) und bei 39,0 % war es ein Nachzug eines ausländischen Ehegatten zu einem Ausländer (75.119). Die Dominanz weniger Länder, die einen Großteil des Ehegattennachzugs ausmachen, zeigt sich auch am Beispiel mittels der AZR-Zahlen von 2010. In diesem Jahr entfielen von den 37.897 Aufenthaltserlaubnissen nach den beiden Paragraphen 17,4 % auf die Türkei (6.579), 11,2 % auf ausgewählte Länder des ehemaligen Jugoslawien (hier: Kosovo, Serbien, Montenegro, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien zusammen: 4.250), 10,0 % auf ausgewählte Länder der ehemaligen Sowjetunion (hier: Russland und Ukraine zusammen: 3.795), 9,5 % auf ausgewählte Länder Asiens (hier Indien, Thailand und Pakistan zusammen: 3.598) und 3,5 % auf Marokko (1.317) als stärkstes Land aus Afrika.

Dass Heiratsmigration „weiblich“ ist, zeigt sich daran, dass von den 192.819 Aufenthaltserlaubnissen nach den beiden Paragraphen 2006 bis 2010 135.617 an Frauen gingen (70,3 %). Aber der Anteil der Frauen variiert beträchtlich, wie der Blick auf die AZR-Zahlen für 2010: Türkei 55,2 %, ausgewählte Länder des ehemaligen Jugoslawiens 63,9 %, Russland und Ukraine zusammen 84,5 %, Indien, Thailand und Pakistan zusammen 89,1 % sowie Marokko 63,7 %.

Schaut man sich abschließend an, ob der Ehegattennachzug zu einem Deutschen oder einem Ausländer erfolgte, dann

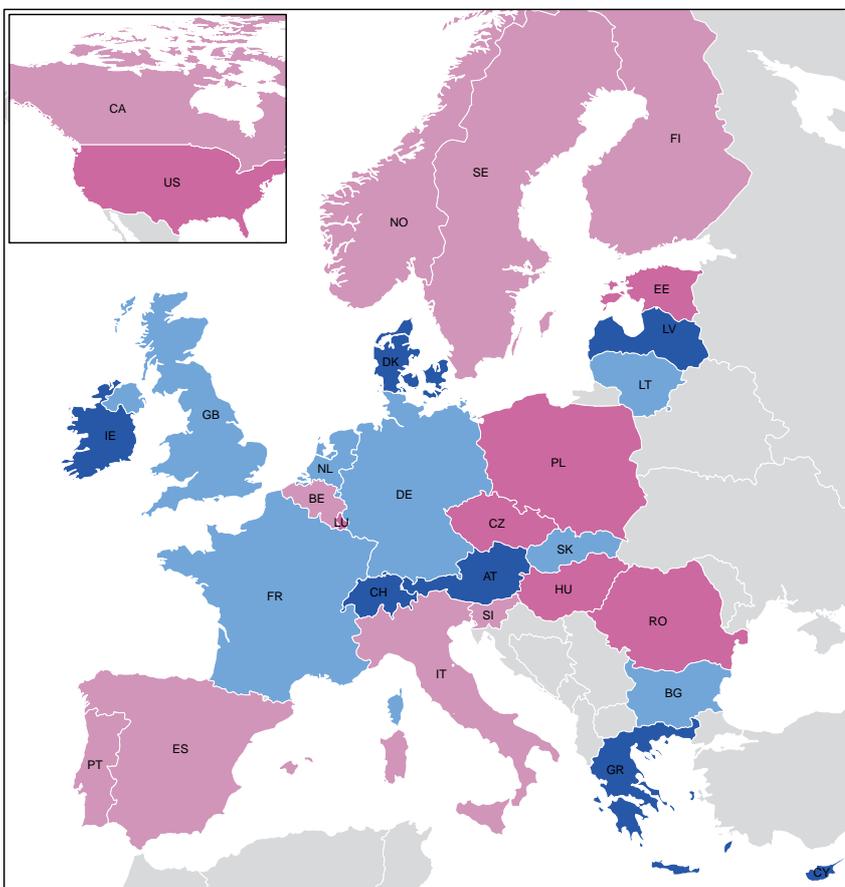


ergibt sich für 2010 für die ausgewählten Länder wiederum ein heterogenes Bild: Anteil des Nachzugs zu Deutschen für Türkei 52,7 %, Kosovo 36,1 %, Serbien und Montenegro 38,4 %, Bosnien-Herzegowina 31,4 %, Mazedonien 40,0 %, Russland 85,1 %, Ukraine 84,6 %, Indien 15,0 %, Thailand 97,4 %, Pakistan 62,5 %, Marokko 80,9 %. Es muss aber betont werden, dass dies nur wenig über inter- oder intraethnische Ehen aussagt, da lediglich die Staatsangehörigkeit im AZR registriert ist, nicht aber der Migrationshintergrund.

Die Regelungen zum Ehegattennachzug in Deutschland aus international vergleichender Perspektive

Wie sind die deutschen Regelungen zum Ehegattennachzug aus international vergleichender Perspektive zu beurteilen? Der MIPEX (Migrant Integration Policy Index), ein wissenschaftlich anerkanntes Instrument für den Vergleich von Migrations- und Integrationspolitiken, kann hierüber Auskunft geben. Der MIPEX basiert auf 148 Indikatoren zu Regelungen in unterschiedlichen Bereichen der Migration und Integration. Die Daten wurden 2006 und 2010 in 29 europäischen Staaten sowie den USA und Kanada erhoben. Auf dieser Basis wurden in den jeweiligen Bereichen Punkte an die Staaten vergeben (Huddleston/Niessen 2011: 6). In Bezug auf den Familien- und Ehegattennachzug (vgl. Abbildung 1) zählt Deutschland zur Gruppe der Länder mit eher ungünstigen Bedingungen. Gründe für die relativ negative Bewertung sind einerseits die Einführung der Sprachnachweispflicht und andererseits die lange Zeit, die vergeht, bis ein Nachzugsvisum ausgestellt wird. Positiv bewertet wird hingegen, dass den nachziehenden Ehegatten, wenn sie die harten Anspruchskriterien erst einmal erfüllt haben, nach ihrer Ankunft in Deutschland ein

Abb. 1: Regelungen zum Familien- und Ehegattennachzug aus international vergleichender Perspektive (MIPEX 2010) ⁶



Familien- und Ehegattennachzug (allgemeiner Durchschnitt)

- 0 bis 49: ungünstig
- 50 bis 60: eher ungünstig
- 61 bis 67: eher günstig
- 68 bis 100: günstig

Entwurf: Aybek Can, BiB © 2012
 Kartografie: Najeeb Ahmed
 Datengrundlage: Migrant Integration Policy Index, 2010
 Kartengrundlage: ESRI, generalisiert

relativ sicherer Aufenthaltsstatus gewährt wird (Huddleston/Niessen 2011: 46).

Eine weitere Einschätzung des internationalen Stellenwerts der deutschen Politik ermöglicht die Studie von Koopmans et al. (2012). Sie vergleicht zehn europäische Länder hinsichtlich ihrer Bestimmungen in verschiedenen migrations- und integrationsbezogenen Politikfeldern. Für den Bereich Heiratsmigration zeigen die Analysen, dass in den letz-

⁶ In der vorliegenden Grafik wurden – abweichend vom offiziellen MIPEX-Bewertungsschema – die Intervalle so gesetzt, dass sie – entsprechend der vier Bewertungskategorien – die Quartile in der Verteilung abbilden. Deutschland liegt dabei mit 60 Punkten (MIPEX 2010) weit am oberen Ende des zweiten Intervalls und erreicht somit fast den Wert des Medians (61 Punkte) in der Gesamtverteilung. Zudem ist an dieser Stelle kritisch anzumerken, dass Beurteilungen auf Basis der MIPEX-Indikatoren nur Momentaufnahmen darstellen und daher laufend durch weitere Analysen ergänzt und aktualisiert werden müssen.



ten drei Jahrzehnten die Regelungen in den untersuchten Ländern kontinuierlich restriktiver wurden (Koopmans et al. 2012: 1223). Dies äußert sich u. a. darin, dass in einzelnen Ländern das Mindestalter für nachziehende Ehepartner angehoben wurde, dass die Standards erhöht wurden, die bestimmen, welchen Wohnraum und welches Einkommen die ansässigen Ehegatten nachweisen müssen, und dass von nachziehenden Ehepartnern Vorkenntnisse der Sprache des Zuzugslands verlangt werden. So gesehen scheinen die Regelungen in Deutschland einen Trend auf gesamteuropäischer Ebene widerzuspiegeln.

Zwei der oben genannten Kritikpunkte (Sprachnachweis und Wartezeit) lassen sich mithilfe einer vom Goethe-Institut in Auftrag gegebenen Studie näher beleuchten.

Der Nachweis deutscher Sprachkenntnisse im Ausland

Als gültiger Nachweis über die notwendigen Sprachkenntnisse für den nachziehenden Ehegatten wird von den deutschen Auslandsvertretungen ausschließlich das Zertifikat über die bestandene „Start Deutsch 1“-Prüfung anerkannt (Schneider 2009: 81). Da diese Prüfung entweder von den Goethe-Instituten im Ausland oder deren lizenzierten Partnern durchgeführt wird, erhebt das Goethe-Institut seit 2008 Daten über die Anzahl der Prüfungsteilnehmenden in verschiedenen Ländern und deren Erfolgsquote. Diese aggregierten Daten erlauben zwar keine Analysen zum Zusammenhang zwischen den persönlichen Merkmalen der Prüfungsteilnehmenden und ihrem Prüfungserfolg, aber sie

Tab. 4: Prüfungsteilnehmende (PTN) an der Start Deutsch 1-Prüfung in ausgewählten Herkunftsstaaten

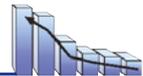
	absolute Anzahl PTN				Erfolgsquote (in % der PTN)			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Bosnien-Herzegowina	809	824	550	493	99	71	77	58
China	646	1.223	686	400	77	78	82	84
Indien	1.721	993	950	1.068	73	73	80	75
Iran	1.043	813	804	844	68	73	64	67
Kasachstan	2.009	926	519	158	49	71	70	84
Kosovo ¹	4.988	4.571	4.135	4.088	47	51	51	53
Marokko	2.321	1.878	1.681	1.601	74	82	73	81
Mazedonien ²	4.467	2.862	968	690	31	33	52	60
Russland	2.707	987	1.936	1.192	72	82	81	82
Serbien	1.190	865	867	816	66	57	65	67
Thailand	3.161	3.219	2.556	2.191	56	69	69	70
Türkei	15.531	10.775	11.082	9.488	60	68	65	67
Tunesien	1.226	1.232	1.266	1.193	69	64	73	77
Ukraine	2.395	1.060	1.092	1.252	60	79	74	84
Vietnam	2.353	2.174	1.174	1.203	65	69	70	74
Gesamt³	60.111	45.242	41.776	39.772	59	64	66	68

Quelle: Goethe-Institut; eigene Berechnungen

¹ Im Kosovo existiert kein Goethe-Institut. Die Durchführung der Start Deutsch 1-Prüfung wird durch Mitarbeiter des Goethe-Instituts Thessaloniki organisiert und überwacht. Die schriftlichen und mündlichen Prüfungsteile werden durch anreisende Mitarbeiter des Goethe-Instituts Thessaloniki beaufsichtigt. Da das Goethe-Institut im Kosovo keine Sprachkurse anbietet, gibt es keine ‚internen Teilnehmenden‘.

² In Mazedonien werden die Sprachkurse und Prüfungen von den Prüfungspartnern des Goethe-Instituts Fremdsprachenzentrum Skopje und Lingualink durchgeführt. Aus erhebungstechnischen Gründen beruhen die Zahlen von 2011 auf einer Hochrechnung.

³ Entspricht der Aufsummierung der PTN in allen Herkunftsstaaten.



geben Auskunft darüber, wie sich die Anzahl der Prüfungsteilnehmenden und die Erfolgsquote in der Prüfung seit 2008 in verschiedenen Ländern entwickelt haben.

Ein Blick auf Tabelle 4 zeigt, dass die Zahl der Prüfungsteilnehmenden insgesamt sinkt. Allerdings bleibt unklar, worauf der erhebliche Rückgang, der in einigen Ländern zwischen 2008 und 2009 zu beobachten war, zurückzuführen ist. Möglicherweise gab es einen ‚Rückstau‘ von Personen, die aufgrund der neuen Gesetzgebung 2007 zunächst einmal abgewartet haben und erst 2008 an der Prüfung teilnahmen, so dass die Zahl der Teilnehmenden in diesem Jahr außergewöhnlich hoch ausfiel (vgl. auch die Erklärung zum Rückgang der erteilten Visa in: Deutscher Bundestag 2010: 31). Für die anschließende Zeitperiode von 2009 bis 2011 ist in vielen Ländern ein Rückgang der Anzahl der Prüfungsteilnehmenden zu verzeichnen. Zudem fällt auf, dass über diesen Zeitraum der Anteil derjenigen, die die Prüfung erfolgreich abgelegt haben, in den meisten Ländern leicht gestiegen ist.

Bedenklich stimmen hingegen die Ergebnisse der im Auftrag des Goethe-Instituts von Rambøll Management Consulting im Jahr 2011 durchgeführten Studie. Sie zeigt, dass 74 % der Befragten, die im Herkunftsland die „Start Deutsch 1“-Prüfung mit Erfolg abgelegt haben, im Rahmen der in Deutschland angebotenen Integrationskurse (s.u.) erneut in das Modul 1 (Personen ohne Vorkenntnisse) des Sprachunterrichts eingestuft wurden (Goethe-Institut 2011: 16). Über eine mögliche Ursache gibt die Studie ebenfalls Auskunft: zwischen der Teilnahme an der Sprachprüfung und dem Beginn des Integrationskurses liegen im Durchschnitt etwa 11 Monate. Es erscheint plausibel anzunehmen, dass die Wartezeit auf das Visum für den Ehegattennachzug zum Verlernen der erworbenen Sprachkenntnisse beiträgt. Ergänzend hierzu lassen sich Ergebnisse der qualitativen Längsschnittstudie von Aybek et al. (2011; 2013 [i.E.]) anführen, die darauf hindeuten, dass lange bzw. unklare Wartezeiten auf das Visum erhebliche Planungsunsicherheit zur Folge haben und einen Stressfaktor für die betroffenen Ehepaare darstellen.

Die Integration der nachgezogenen Ehegatten: Teilnahme an Integrationskursen

Die seit Beginn 2005 bundesweit angebotenen Integrationskurse bieten den Teilnehmenden die Möglichkeit, Grundkenntnisse der deutschen Sprache bis zur Erreichung des Sprachniveaus B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen zu erlernen. Darüber hinaus ermöglichen sie den Teilnehmenden im Rahmen des integrierten Orientierungskurses, Einblicke in die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte Deutschlands zu bekommen. Da in der Integrationskursstatistik (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012) nicht ausgewiesen wird, ob die Integrationskursteilnehmenden im Rahmen des Familiennachzugs kamen, ist man auf wissenschaftliche Studien zu diesem Personenkreis angewiesen. Beim sogenannten Integrationspanel wurden Kursteilnehmende im Jahr 2007 zu Beginn der Teilnahme am Integrationskurs sowie am Ende des Kurses im Jahr 2007 und ein drittes Mal 2009, also etwa ein Jahr nach Ende des Besuchs des Integrationskurses, befragt (Rother 2008, 2009). In der dritten Befragung wurden retrospektiv die Gründe für die Zuwanderung nach Deutschland erhoben (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge/Marplan 2009: 9). 48,9 % der Panelteilnehmenden mit Kursteilnahme 2007 gaben an, im Rahmen der Familienzusammenführung als Ehepartner/in zugewandert zu sein (Schuller et al. 2011: 69). Die im Rahmen des Ehegattennachzugs gekommenen Kursteilnehmenden hatten 2007 hinsichtlich der deutschen Sprachkenntnisse ein unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und konnten dieses bis zum Ende des Kurses deutlicher steigern als im Rahmen des Ehegattennachzugs gekommene Personen einer Kontrollgruppe ohne Integrationskursbesuch (Schuller et al. 2011: 164f.). Dies legt die Annahme nahe, dass im Rahmen des Ehegattennachzugs gekommene Kursteilnehmende im besonderen Maße von der Teilnahme an einem Integrationskurs hinsichtlich der Verbesserung der Kenntnisse der deutschen Sprache profitieren.

renzrahmens für Sprachen zu erlernen. Darüber hinaus ermöglichen sie den Teilnehmenden im Rahmen des integrierten Orientierungskurses, Einblicke in die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte Deutschlands zu bekommen. Da in der Integrationskursstatistik (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012) nicht ausgewiesen wird, ob die Integrationskursteilnehmenden im Rahmen des Familiennachzugs kamen, ist man auf wissenschaftliche Studien zu diesem Personenkreis angewiesen. Beim sogenannten Integrationspanel wurden Kursteilnehmende im Jahr 2007 zu Beginn der Teilnahme am Integrationskurs sowie am Ende des Kurses im Jahr 2007 und ein drittes Mal 2009, also etwa ein Jahr nach Ende des Besuchs des Integrationskurses, befragt (Rother 2008, 2009). In der dritten Befragung wurden retrospektiv die Gründe für die Zuwanderung nach Deutschland erhoben (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge/Marplan 2009: 9). 48,9 % der Panelteilnehmenden mit Kursteilnahme 2007 gaben an, im Rahmen der Familienzusammenführung als Ehepartner/in zugewandert zu sein (Schuller et al. 2011: 69). Die im Rahmen des Ehegattennachzugs gekommenen Kursteilnehmenden hatten 2007 hinsichtlich der deutschen Sprachkenntnisse ein unterdurchschnittliches Ausgangsniveau und konnten dieses bis zum Ende des Kurses deutlicher steigern als im Rahmen des Ehegattennachzugs gekommene Personen einer Kontrollgruppe ohne Integrationskursbesuch (Schuller et al. 2011: 164f.). Dies legt die Annahme nahe, dass im Rahmen des Ehegattennachzugs gekommene Kursteilnehmende im besonderen Maße von der Teilnahme an einem Integrationskurs hinsichtlich der Verbesserung der Kenntnisse der deutschen Sprache profitieren.

Fazit

Die Ausführungen verdeutlichen, dass Partnerschaften und Heiraten über nationalstaatliche Grenzen hinweg hohe gesellschaftliche Relevanz besitzen. Der Zuzug von Menschen zu ihren in Deutschland lebenden Ehepartnerinnen und -partnern ist damit nicht nur normaler Bestandteil des hiesigen Migrationsgeschehens sondern auch der familiären Lebensgestaltung.

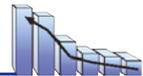
Aus der individuellen Perspektive transnationaler Ehepaare sind die Etablierung der ehelichen Gemeinschaft und die Familiengründung überlagert von Anforderungen der Migration, den Regelungen zum Ehegattennachzug und der Integration in die neue Umgebung. Aus der Perspektive der Aufnahmegesellschaft sind rechtlich-politische Vorgaben zu definieren und effektive Integrationsmaßnahmen bereitzuhalten.



Die aktuellen Regelungen zum Familiennachzug in Deutschland spiegeln einen Trend auf gesamteuropäischer Ebene wider. Wie andere EU-Mitgliedsstaaten setzt die deutsche Politik einerseits auf Bedingungen, die vor dem Zuzug zu erfüllen sind, wie z. B. die Sprachnachweispflicht für zuziehende Ehegatten, andererseits unterbreitet sie nach der Ankunft weitere verpflichtende Angebote für den Erwerb deutscher Sprachkenntnisse im Rahmen von Integrationskursen. Neben der Notwendigkeit, fortwährend die Effektivität und Angemessenheit dieser Maßnahmen zu überprüfen, gilt es auch über weitere Instrumente nachzudenken, die darauf abzielen, bessere Startbedingungen für transnationale Ehepaare zu schaffen (z. B. eine der Migration vorgeschaltete Berufsberatung). Eine wichtige Zukunftsaufgabe besteht darin, die interkulturelle Öffnung zentraler Gesellschaftsbereiche weiterzuentwickeln (zur „Willkommens- und Anerkennungskultur“ etwa: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2011). So sind etwa unterstützende Angebote so zu gestalten, dass sie auch auf die Bedürfnisse, Potenziale und Ressourcen von nachziehenden Ehegatten, transnationalen Ehepaaren und ihren Kindern adäquat reagieren.

Literaturverzeichnis

- Aybek, Can; Koç, İsmet; Straßburger, Gaby; Yüksel-Kaptanoğlu, İlknur (Hg.) 2011: Marriage Migration from Turkey to Germany – a Qualitative Longitudinal and Dyadic Perspective. (unveröffentlichter Projektbericht). Siegen: Universität Siegen.
- Aybek, Can; Straßburger, Gaby; Yüksel-Kaptanoğlu, İlknur 2013 [i.E.]: Marriage Migration from Turkey to Germany: Risks and Coping Strategies of Transnational Couples. In: Aybek, Can; Huinink, Johannes; Muttarak, Raya (Hg.): Spatial Mobility, Family Lives and Living Arrangements. Dordrecht: Springer.
- Beck, Ulrich; Beck-Gernsheim, Elisabeth 2011: Fernliebe: Lebensformen im globalen Zeitalter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2011: „Wir brauchen eine Willkommens- und Anerkennungskultur“. Nürnberger Tage für Integration analysieren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (<http://www.bamf.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2011/110519-0014-pressemitteilung-ntfi.html> vom 20.12.2012).
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012: Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2011. Abfragestand: 31.03.2012. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Marplan 2009: Fragebogen. Integrationspanel. Folgebefragung 2009. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bundesministerium des Innern; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2007: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2006. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bundesministerium des Innern; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2008: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2007. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bundesministerium des Innern; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2008. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bundesministerium des Innern; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2011: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2009. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bundesministerium des Innern; Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2012: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2010. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Deutscher Bundestag 2010: Unterrichtung durch die Bundesregierung. Bericht über die Evaluierung des Nachweises einfacher Deutschkenntnisse beim Ehegattennachzug nach dem Aufenthaltsgesetz – Sprachlern- und Sprachtestangebote, Visumverfahren. Drucksache 17/3090 // Deutscher Bundestag. 17. Wahlperiode; Berlin. (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/030/1703090.pdf> vom 15.07.2012).
- Goethe-Institut (Hg.) 2011: Der Übergang von der vorintegrativen Sprachförderung zum Integrationskurs - Analyse und Handlungsempfehlungen. Augsburg: Schroff Druck.
- González-Ferrer, Amparo 2007: The Process of Family Reunification among Original Guest-Workers in Germany. In: Zeitschrift für Familienforschung – Journal of Family Research 19,1: 10–33.



- Grünheid, Evelyn 2011: Wandel und Kontinuität in der Partnerwahl in Deutschland. Analysen zur Homogamie von Paaren. BIB Working Paper 2011/1. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Haug, Sonja 2010: Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland. Working Paper 33. Aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 7. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Huddleston, Thomas; Niessen, Jan 2011: Index Integration and Migration III. (Unter Mitarbeit von Eadaoin Ni Chaoimh und Emilie White.) Hg. v. British Council and Migration Policy Group. London. [http://www.mipex.eu/sites/default/files/downloads/mipex_iii_de.pdf vom 25.07.2012].
- Koopmans, Ruud; Michalowski, Ines; Waibel, Stine 2012: Citizenship Rights for Immigrants: National Political Processes and Cross-National Convergence in Western Europe, 1980–2008. In: *American Journal of Sociology* 117,4: 1202–1245.
- Lanzieri, Giampaolo 2012: Merging Populations: A Look at Marriages with Foreign-Born Persons in European Countries (*Statistics in Focus*, 29). Eurostat: Luxembourg. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-12-029/EN/KS-SF-12-029-EN.PDF vom 20.07.2012].
- Rother, Nina 2008: Das Integrationspanel – Ergebnisse zur Integration von Teilnehmern zu Beginn ihres Integrationskurses. Working Paper 19. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Rother, Nina 2009: Das Integrationspanel – Entwicklung von alltagsrelevanten Sprachfertigkeiten und Sprachkompetenzen der Integrationskursteilnehmer während des Kurses. Working Paper 23 Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Scarnicchia, Lucilla 2011: Residence Permits Issued to Non-EU Citizens in 2009 for Family Reunification, Employment and Education (*Statistics in Focus*, 43). Eurostat: Luxembourg. (http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-11-043/EN/KS-SF-11-043-EN.PDF vom 25.09.2012).
- Schneider, Jan 2009: Die Organisation der Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Working Paper 25. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Nationale-Studien-WorkingPaper/emn-wp25-organisation-de.pdf?__blob=publicationFile vom 26.07.2012].
- Schuller, Karin; Lochner, Susanne; Rother, Nina (2011): Das Integrationspanel – Ergebnisse einer Längsschnittstudie zur Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Integrationskursen. Forschungsbericht 11. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hg.) 2011: Migrationsland 2011: Jahresgutachten 2011 mit Migrationsbarometer. Berlin: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration.
- Williams, Lucy 2010: *Global Marriage. Cross-Border Marriage Migration in Global Context*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.



Martin Kohls (BAMF), Robert Naderi (BiB), Susanne Schmid (Hanns-Seidel-Stiftung)

Die Auswirkung wanderungsbezogener und sozioökonomischer Aspekte auf das generative Verhalten türkischer Migrantinnen in Deutschland

In der vorliegenden Analyse wird das generative Verhalten von türkischen Migrantinnen in Deutschland mit Hilfe der „Repräsentativbefragung ausgewählter Migrantengruppen in Deutschland“ (RAM 2006/2007) und des „Generations and Gender Survey“ (GGS) untersucht. Dabei wird den Fragen nachgegangen, wie sich wanderungsbezogene Aspekte im Zusammenhang mit sozioökonomischen Merkmalen auf Elternschaft, Zahl der geborenen Kinder und auf das Alter bei Familiengründung bzw. -erweiterung auswirken. Es zeigt sich, dass das generative Verhalten von türkischstämmigen Migrantinnen einerseits erheblich von den Sozialisationserfahrungen im Herkunftsland geprägt ist. Andererseits sind Migrantinnen in Deutschland von Anpassungsprozessen an die Normen und Werte des „Niedrig-Fertilitäts-Landes“ Deutschland beeinflusst.

Einleitung

Frauen migrieren zumeist im reproduktiven Alter, so dass sie sich im Zielland der Migration häufig mit den dortigen Normen, Werten und Einstellungen hinsichtlich des generativen Verhaltens auseinandersetzen müssen. Es stellt sich zum einen die Frage, ob und in welchem Umfang die Geburten zugewanderter Frauen die Bevölkerung bzw. die Altersstruktur des Aufnahmelandes beeinflussen (vgl. Dinkel 1990, Kohls 2007, 2008, Sobotka 2008). Zum anderen ist von besonderem Interesse, ob und in welchem Ausmaß der Wandervorgang selbst das generative Verhalten der Migrantinnen beeinflusst.

In Deutschland ist die absolute Zahl sowie der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung seit 1961 nahezu kontinuierlich gestiegen. Zum Jahresende 2011 waren ca. 6,93 Millionen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland gemeldet, was einem Anteil von ca. 8,5 % an der Gesamtbevölkerung entspricht (Statistisches Bundesamt 2012a). Ausländische Personen machen aktuell allerdings kaum mehr 50 % der gesamten Migrantinnen und Migranten Deutschlands aus (BAMF 2012).

Die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund¹ stellt mit ca. 16,0 Millionen im Jahr 2011 bereits 19,5 % der Gesamtbevölkerung, davon 7,9 Mio. Frauen (Statistisches Bundesamt 2012b). Dieser Anteil wird zukünftig weiter steigen (Kohls 2012).

Generatives Verhalten von Migrantinnen – Erklärungsansätze und Studien

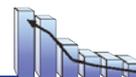
In der gemeinsamen Betrachtung der demografischen Parameter Fertilität und Migration ist von besonderem Interesse, ob und in welchem Ausmaß der Wandervorgang selbst das generative Verhalten der Migrantinnen beeinflusst, ob es von Traditionen und Normen des Herkunftslandes abweicht, ob diese Abweichungen vorübergehend oder dauerhaft sind und ob sie eine Angleichung an die Normen des Aufnahmelandes zeigen oder ein Beibehalten der im Herkunftsland üblichen Kinderzahl vorliegt. In der Lebenslaufperspektive haben Ereignisse, wie die Zeitpunkte von Geburten, Eheschließung und Zuwanderung hierbei eine besondere Bedeutung.

Diese Fragen wurden in theoretischer Hinsicht bereits vielfach diskutiert, woraus die fünf am häufigsten verwendeten Erklärungsansätze zum generativen Verhalten von Migrantinnen abgeleitet wurden: Sozialisation, Selektion, Aufschub bzw. Stress, Familiengründung bzw. Interrelation und Anpassung (als Überblick vgl. Schmid/Kohls 2011).

Die größte Einzelgruppe innerhalb der Migrantenbevölkerung stellen türkischstämmige Frauen dar, weshalb deren generatives Verhalten bereits öfter im Fokus stand. Türkische Frauen weisen innerhalb der Migrantinnengruppen eine vergleichsweise hohe Fertilität auf, wobei deren TFR ebenfalls kontinuierlich zurückgeht und auch deutlich unter dem Geburtenniveau im Herkunftsland liegt (vgl. Schwarz 1996, Nauck 1987, Höhn et. al 1990, Haug 2002, Milewski 2007, 2010, Schmid/Kohls 2008, 2009, 2010, Statistisches Bundesamt 2009, BZGA 2010, Dorbritz 2011).

Die abnehmende Fertilität türkischer Frauen wird dabei nicht nur als Angleichung an hiesige Verhältnisse gesehen, sondern steht vermutlich auch in Verbindung mit der gleich-

¹ Dazu zählen „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2012b: 6).



zeitig stattfindenden Modernisierung und Urbanisierung im Herkunftsland (vgl. Nauck 1987, Schwarz 1996, Milewski 2010). Im Zuge dieser Entwicklung ist auch die zusammengefasste Geburtenziffer in der Türkei von ca. 6 Kinder je Frau in den Jahren 1960 bis 1965 auf 2,2 Kinder in den Jahren 2000 bis 2005 zurückgegangen (vgl. Yavuz 2009, Schmid/Kohls 2011).

Bisherige Studien orientierten sich überwiegend an den Daten der amtlichen Bevölkerungsstatistik, die aber gerade bei Geburten und Beständen von Migrantinnen systematische Fehler aufweisen (Schmid/Kohls 2009). Daneben gibt es weitere Datensätze aus sozialwissenschaftlichen Erhebungen, die Analysen des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland zulassen, wie z.B. das SOEP (vgl. Mayer/Riphahn 2000, Milewski 2010). Zwar besitzen diese oft eine geringe Fallzahl, sie erheben aber zumeist eine Vielzahl von Merkmalen, die Aufschlüsse über die Einflussfaktoren des generativen Verhaltens geben können.

Zur Analyse der Einflussfaktoren des generativen Verhaltens von türkischstämmigen Migrantinnen in Deutschland eignen sich ebenfalls die Repräsentativbefragung „Ausgewählter Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM) und der „Generation and Gender Survey“ (GGS), weil darin umfassende Merkmale explizit für ausgewählte Migrantengruppen erhoben wurden.

Daten, Methoden

• RAM 2006/2007

Die „Repräsentativbefragung ausgewählter Migrantengruppen in Deutschland“ (RAM 2006/2007) wurde im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in den Jahren 2006 und 2007 durchgeführt (Babka von Gostomski 2008, 2010). In den folgenden Analysen wird zunächst die endgültige Kinderzahl (CFR)² der türkischen Frauen betrachtet, wofür die generative Phase (weitestgehend) abgeschlossen sein sollte. Diese werden zur Einordnung anderen Migrantinnengruppen gegenübergestellt.³ Durch die (Alters-)Selektion, in der Frauen der Geburtsjahrgänge 1966 und jünger von der Analyse ausgeschlossen wurden, weil sie einen (Groß-)Teil ihrer Geburten noch realisieren können, reduziert sich die Zahl der in die Analysen einbezogenen Migrantinnen auf 810 (286 Türiinnen, 524 andere).

² Auch als Kohortenfertilität bezeichnet, engl.: Completed Fertility Rate (CFR).

³ Dabei handelt es sich um zugewanderte Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien, Italien und Griechenland, die aufgrund der ähnlichen Migrationsgeschichte als Vergleichsgrundlage dienen. Die ebenfalls in RAM enthaltene Gruppe der Polinnen stellt dagegen eine vollkommen andere Migrantinnengruppe dar, die im Durchschnitt eine wesentlich geringere Aufenthaltsdauer aufweist (Babka von Gostomski 2010) und daher in den weiteren Analysen nicht berücksichtigt wird.

• Generation and Gender Survey (GGS)

Zur Analyse des lebenslaufbezogenen generativen Verhaltens von Migrantinnen bietet sich die Zusatzerhebung türkischer Staatsbürger des Generations and Gender Survey (GGS) aus dem Jahr 2006 an. Der GGS ist eine international vergleichende Längsschnittuntersuchung mit maximal drei Wellen im Abstand von jeweils drei Jahren. Der GGS ist eine repräsentative Befragung von 4.045 türkischen Personen im Alter zwischen 18 und 79 Jahren, die zum Zeitpunkt der Befragung in Deutschland ansässig waren (Ette et al. 2007). Um Selektionseffekte nach dem Sprachvermögen auszuschließen, kamen in 32,8 % der Fälle Übersetzungshilfen zum Einsatz. Das Erhebungsinstrument entspricht dem der Hauptbefragung aus dem Jahr 2005 mit 10.017 interviewten Personen (Ruckdeschel et al. 2006).

Der GGS bietet sich für Analysen von biographischen Ereignissen zum einen durch sein Paneldesign und zum anderen durch retrospektiv erhobene Fragen an. Insgesamt sind in der GGS-Zusatzerhebung türkischer Migrantinnen und Migranten 1.916 Frauen enthalten. Die Analysen werden wie die RAM-Daten auf die Altersgruppe der über 40-jährigen Frauen beschränkt – hierdurch stehen noch 681 Fälle zur Verfügung. Damit wird die Reihenfolge der Ereignisse für Türiinnen, die in der Regel ihre fertile Phase abgeschlossen haben, analysiert.

Ergebnisse

• RAM 2006/2007

In deskriptiven Analysen von RAM wird deutlich, dass Türiinnen, die ihre reproduktive Phase bereits abgeschlossen haben, mit durchschnittlich ca. 3,5 Geburten je Frau die höchste Geburtenhäufigkeit aufweisen (Tab. 1). Allerdings haben türkische Frauen eine deutliche Reduzierung der endgültigen Kinderzahl erfahren. So haben Türiinnen, die vor 1940 geboren wurden, noch eine durchschnittliche Kinderzahl von 4,2, während Türiinnen der Jahrgänge 1961 bis 1965 mit durchschnittlich 2,9 realisierten Geburten deutlich geringere Werte aufweisen. Dies stellt einen Rückgang von ca. 30 % dar und spiegelt in etwa die Entwicklung innerhalb der Geburtsjahrgänge in der Türkei wider (vgl. Yavuz 2009). Im Vergleich dazu hatten deutsche Frauen für die Geburtsjahrgänge von 1934 bis 1944 ca. 2,0 Geburten je Frau rea-



Tab. 1: Endgültige Kinderzahl (CFR) nach Herkunftsland und ausgewählten Einflussfaktoren, je Frau, RAM

Migrantengruppe	Türkei	andere Migrantinnengruppen
CFR, je Frau	3,47	2,14
Fallzahl (ungewichtet)	286	524
Nach Geburtsjahrgang (n=810)		
1940 und älter	4,22	2,51
1941-1950	3,70	2,15
1951-1960	3,17	2,12
1961-1965	2,92	1,84
Davon im Herkunftsland geboren (n=810)		
1940 und älter	3,23	1,67
1941-1950	2,27	0,99
1951-1960	1,08	0,73
1961-1965	0,49	0,74
Eigene Nationalität und Nationalität des Partners (n=639)		
Nicht-deutsch, deutsch (Anteil)	3,07 (6,1%)	1,59 (16,8%)
Nicht-deutsch, nicht-deutsch (Anteil)	3,48 (93,9%)	2,30 (83,2%)
Jahre des Schulbesuchs (n=755)		
Weniger als 9 Jahre	3,36	2,29
9 bis 12 Jahre	2,71	1,72
Mehr als 12 Jahre	/	1,67
Berufsabschluss (n=797)		
Keinen Abschluss	3,51	2,27
Abgeschlossene Lehre	2,94	1,68
Andere/höhere Abschlüsse	/	1,64
Verbundenheitsgefühl mit dem Herkunftsland (n=810)		
Sehr stark	3,50	2,10
Stark	3,81	2,08
Teils / teils	2,99	2,19
Wenig bis gar nicht	3,58	2,22
Verbundenheitsgefühl mit Deutschland (n=813)		
Sehr stark	2,75	1,93
Stark	3,07	1,96
Teils / teils	3,12	1,93
Wenig bis gar nicht	3,72	1,60
Sprachkenntnisse des Herkunftslandes (n=810)		
Sehr gut	3,23	2,05
Gut	3,28	2,40
Mittelmäßig bis gar nicht	4,33	2,05
Deutsche Sprachkenntnisse (n=810)		
Sehr gut	2,39	1,57
Gut	3,13	2,12
Mittelmäßig bis gar nicht	3,66	2,41

Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der RAM 2006/07. Fallzahl jeweils ungewichtet.

liert (Kreyenfeld/Mika 2006, Statistisches Bundesamt 2008).

Bei einer Differenzierung nach Geburten im Herkunfts- bzw. Aufnahmeland ist erkennbar, dass vor allem ältere Geburtsjahrgänge einen Großteil ihrer Kinder im Herkunftsland geboren haben. So wurden bei den Jahrgängen 1940 und älter 75 % der Geburten von Türkinnen im Herkunftsland realisiert. Bis zu den Jahrgängen 1961 bis 1965 sinkt dieser Anteil auf 17 %.

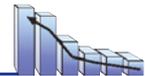
Bei einer Partnerschaft mit einem Deutschen sind aufgrund des häufigeren Kontakts zu Einheimischen verstärkte Adaptionsprozesse, d.h. eine wachsende Angleichung an die (generativen) Normen und Einstellungen des Aufnahmelandes, zu erwarten (Milewski 2010). Dieser Zusammenhang ist bei Türkinnen und auch bei anderen Migrantinnengruppen festzustellen (Tab. 1). Türkische Frauen haben jedoch meist einen Partner gleicher Nationalität, lediglich 6 % der Frauen sind mit einem Deutschen liiert.⁴ Hier ist zu vermuten, dass dies vor allem bereits eingebürgerte türkische Staatsangehörige sind, weshalb der (fertilitätssenkende) Einfluss eines deutschen Partners auch vergleichsweise gering ist.

Weitere sozio-ökonomische Aspekte, wie Bildung und die in der Regel damit im Zusammenhang stehenden Einkommensverhältnisse, können sich ebenfalls auf die endgültige Kinderzahl von Migrantinnen auswirken. So weisen Migrantinnen mit weniger als 9 Jahren Schulbesuch höhere endgültige Kinderzahlen als Migrantinnen mit mehr als 9 Schuljahren auf, wobei Türkinnen wiederum höhere Geburtenhäufigkeiten als andere Migrantinnengruppen besitzen (Tab. 1).

Das Ausmaß der identifikatorischen Integration⁵ kann mittels RAM mit Hilfe der Fragen nach der Verbundenheit mit dem Herkunftsland bzw. mit Deutschland bestimmt werden. Allerdings treten bei Türkinnen und anderen Migrantinnengruppen kaum signifikante Unterschiede der Geburtenhäufigkeit in Abhängigkeit von der Verbundenheit mit dem Herkunftsland auf (Tab. 1). Die Analyse in Abhängigkeit von der Verbundenheit mit

⁴ Frauen ohne Partner kommen äußerst selten vor (Türkinnen: 3 Fälle, andere: 14 Fälle), weshalb diese von der Analyse ausgenommen wurden.

⁵ Sprachkenntnisse und die (Nicht-)Verbundenheit zum Befragungszeitpunkt können Hinweise für verfestigte Defizite in der identifikativen Integration trotz einer eventuell vollzogenen strukturellen Integration (Bildung, Erwerbstätigkeit) geben, die mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits zum Zeitpunkt der Geburt von Kindern bestanden haben (Schmid/Kohls 2011).



Deutschland zeigt klarere Zusammenhänge. So haben türkischen Frauen mit „starker“ bis „sehr starker“ Verbundenheit deutlich weniger Kinder als Frauen mit „mittlerer“ und „geringer“ Verbundenheit mit Deutschland bekommen (Tab. 1), was auch anderweitig bereits nachgewiesen werden konnte (Nauck 2007).

Bei der Analyse des Einflusses der (sprachlich-kulturellen) Integration auf das generative Verhalten zeigt sich ebenfalls, dass Sprachkenntnisse des Herkunftslandes keinen eindeutigen Einfluss auf das generative Verhalten von Migrantinnen ausüben. Bessere deutsche Sprachkenntnisse dagegen verringern die Geburtenhäufigkeit von Migrantinnen. So weisen türkische Migrantinnen mit „sehr guten“ deutschen Sprachkenntnissen mit 2,4 Geburten je Frau eine um 35 % geringere endgültige Kinderzahl als Türiinnen mit „mittelmäßigen“ bis „geringen“ Deutschkenntnissen (3,7 Geburten je Frau) auf.

Zusätzlich wurden mittels multipler linearer Regression die dargestellten Einflussfaktoren des generativen Verhaltens gleichzeitig einer Analyse unterworfen, womit (möglicherweise die Analysen verzerrende) Zusammenhänge zwischen einzelnen Determinanten kontrolliert werden konnten.

In der Gesamtschau zeigt sich, dass bei Türiinnen vor allem der Faktor „Kinder im Ausland geboren“ einen stark fertilitätserhöhenden Einfluss auf die Gesamtfertilität ausübt. Der bei den anderen Migrantinnengruppen zu beobachtende fertilitätssenkende Einfluss des Lebens mit deutschem Partner konnte bei Türiinnen nicht bestätigt werden. Auch die Bildung sowie die selbsteingestufte Religiosität zeigen keine signifikanten Effekte. Identifikative Merkmale besitzen bei Frauen aus der Türkei keinen signifikanten Einfluss, dennoch zeigt sich bei sehr guten deutschen Sprachkenntnissen tendenziell, dass die Gesamtfertilität zurückgeht (vgl. auch Schmid/Kohls 2011: 152ff.).

• **GGS**

Mit Hilfe des Generation and Gender Survey (GGS) wird das generative Verhalten türkischer Frauen der Geburtsjahrgänge 1966 und älter anhand der Ereignisse Erstgeburt, Erstheirat und Zuwanderung nach Deutschland im Lebensverlauf analysiert. Diese Ereignisse können in verschiedener Reihenfolge auftreten. In Tabelle 2 wird dargestellt, a) wie häufig eine bestimmte Reihenfolge bei türkischen Migrantinnen vollzogen wurde und b) welches durchschnittliche Alter die Frauen bei dem jeweiligen Ereignis hatten.

Auf Basis bisheriger Erkenntnisse ist eine vergleichsweise strikte Einhaltung der Lebensphasen Ausbildung, Eheschließung, Kohabitation und Geburt des ersten Kindes bei Türiinnen zu erwarten (Nauck 1997: 181). Auch Analysen mittels GGS-Daten zeigen abweichend von Verläufen bei deutschen Frauen ohne Migrationshintergrund strengere Abfolgen von Eheschließung und Kohabitation (Naderi 2008). Ein Zusammenschluss vor Ehe findet kaum statt, auch nicht in jüngeren Kohorten.

Es ist festzustellen, dass etwa 29 % der Türiinnen als verheiratete Mütter nach Deutschland zugewandert sind. Sie haben im Durchschnitt mit 20 Jahren geheiratet, mit 23 Jahren die Geburt ihres ersten Kindes realisiert und dürften überwiegend im Rahmen des Familiennachzuges nach Deutschland gekommen sein. Bei dieser Personengruppe sind hinsichtlich des generativen Verhaltens vor allem die Normen, Werte und Einstellungen des Herkunftslandes ausschlaggebend.

Erfolgt dagegen die Migration zuerst, ist ein ca. 3 Jahre höheres Erstheirats- und Erstgebäralter festzustellen. Dieser Altersabstand beruht auf der (alters-)aufschiebenden Wirkung von Migration. Der Großteil der Befragten, die in vergleichsweise jungem Alter nach Deutschland zuwanderten (Migration-Erstheirat-Erstgeburt: 23 %), dürfte im Rahmen

Tab. 2: Durchschnittsalter bei Erstheirat, Erstgeburt und Migration nach der Reihenfolge im Lebensverlauf, türkische Frauen, GGS

Reihenfolge	Anteil (in %)	Durchschnittliches Alter (in Jahren) bei		
		Migration	Erstheirat	Erstgeburt
Erstheirat – Erstgeburt – Migration	28,9	31,8	20,1	23,0
Migration – Erstheirat – Erstgeburt	22,8	15,0	22,8	25,9
Erstheirat – Migration – Erstgeburt	14,6	23,9	20,4	30,7
Erstheirat & Migration – Erstgeburt	13,2	21,8	21,8	23,9
Sonstige Konstellationen	20,5			

Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten der GGS-Zusatzerhebung türkischer Staatsbürger in Deutschland (2006), n=409 (ungewichtet).



des Kindernachzugs migriert sein. Diese weisen folglich auch zumeist eine vergleichsweise hohe Aufenthaltsdauer auf und wurden zunehmend mit den generativen Normen, Werten und Einstellungen des Ziellandes konfrontiert.

In 13 % der Fälle fanden die Erstheirat und Migration annähernd zum gleichen Zeitpunkt statt, woraufhin in Deutschland relativ schnell eine Erstgeburt erfolgte. Diese Gruppe von Migrantinnen weist ein Erstgebäralter von etwa 24 Jahre auf, das lediglich um ca. 1 Jahr über dem der Frauen liegt, die ihr erstes Kind bereits im Herkunftsland bekamen. Hier ist davon auszugehen, dass die generativen Normen und Werte in der Türkei mit einhergehender durchschnittlich früher Erstgeburt ohne wesentliche Einschränkungen nachwirken und lediglich ein geringer aufschiebender Effekt in Folge der Migration wirksam ist. Diese Gruppe dürfte darüber hinaus als besonders familien- und kinderorientiert gelten und unabhängig vom aktuellen Wohnsitz eine durchschnittlich frühere Tendenz zur Erstheirat und Erstgeburt aufweisen. Das zeigt sich auch am geringen Abstand zwischen Erstheirat und Erstgeburt von etwa 2 Jahren, der bei türkischen Frauen, die bereits im Herkunftsland ein Kind gebären, mit drei Jahren sogar höher ist.

Außerdem waren rund 15 % der Türiinnen bei ihrer Migration verheiratet, aber noch kinderlos. Das durchschnittliche Erstgebäralter dieser Gruppe ist mit 30,7 Jahren außerordentlich hoch. Die hohe Standardabweichung beim Erstgebäralter (11,6 Jahre) weist allerdings auf eine besonders große Heterogenität innerhalb der betrachteten Gruppe hin, weshalb diese nicht näher betrachtet wird. Die Kategorie „sonstige Konstellationen“ beinhaltet weitere Kombinationen, die jeweils geringe Fallzahlen aufweisen und daher auch nicht näher analysiert werden können.

Fazit

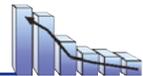
Bisherige Studien kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass zugewanderte Frauen die zumeist höhere Geburtenhäufigkeit des Herkunftslandes in Deutschland nicht beibehalten. Dies wurde auch in der vorliegenden Studie für türkische Migrantinnen anhand Auswertungen mit RAM 2006/07 bestätigt. Deskriptive Analysen mittels GGS bestätigen, dass türkische Migrantinnen ihr erstes Kind in Deutschland später realisieren als es für diese Frauen im Herkunftsland zu erwarten gewesen wäre. Diese Befunde legen nahe, dass nach Deutschland zugewanderte türkische Frauen zum einen durch herkunftslandspezifische und zum anderen durch aufnahmelandsspezifische Vorstellungen und Ver-

haltensweisen hinsichtlich des generativen Verhaltens geprägt sind.

Allerdings deuten die Analysen daraufhin, dass das generative Verhalten von Migrantinnen in Deutschland von Anpassungsprozessen an die Normen und Werte des „Niedrig-Fertilitäts-Landes“ Deutschland geprägt ist. Daher ist zu erwarten, dass auch türkischstämmige Migrantinnen, die ursprünglich mit einer vergleichsweise hohen gewünschten Zahl von Kindern nach Deutschland zuwanderten, mit zunehmender Aufenthaltsdauer und damit einhergehenden Anpassungsprozessen die Realisierung dieser Kinderwünsche nicht im gleichen Umfang wie und später als im Herkunftsland umsetzen. Was das Timing des Familienbildungsprozesses insgesamt angeht, so zeigen türkische Frauen nach wie vor Präferenzen dafür, zeitlich die Eheschließung vor die Geburt des ersten Kindes zu legen.

Literatur

- Babka von Gostomski, Christian (2008): Türkische, griechische, italienische und polnische Personen sowie Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien in Deutschland. Erste Ergebnisse der Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Babka von Gostomski, Christian (2010): Fortschritte der Integration: Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (2012): Migrationsbericht 2010. Nürnberg, Berlin: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bundesministerium des Innern.
- BZGA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) (2010): Frauen leben – Familienplanung und Migration im Lebenslauf, Zusammenfassung. Bonn: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.
- Dinkel, Reiner H. (1990): Der Einfluss von Wanderungen auf die langfristige Bevölkerungsdynamik. In: Acta Demographica, 1, 47-62.
- Dorbritz, Jürgen (2011): Kinderzahlen bei Frauen mit und ohne Migrationshintergrund im Kontext von Lebensformen und Bildung. In: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Bevölkerungsforschung aktuell 1, 7-12.
- Ette, Andreas; Hullen, Gert; Leven, Ingo; Ruckdeschel, Kerstin (2007): Generation and Gender Survey. Dokumentation der Befragung von türkischen Migranten in Deutsch-



- land. In: *Materialien zur Bevölkerungswissenschaft*, 121b. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Haug, Sonja (2002): Familie, soziales Kapital und soziale Integration. Zur Erklärung ethnischer Unterschiede in Partnerwahl und generativem Verhalten bei jungen Erwachsenen deutscher, italienischer und türkischer Abstammung. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 27(4), 393-425.
- Höhn, Charlotte; Mammey, Ulrich; Wendt, Hartmut (1990): Bericht 1990 zur demographischen Lage: Trends in beiden Teilen Deutschlands und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 16, 135-205.
- Kohls, Martin (2007): Mobilität der Jugend in globaler Perspektive. In: Villanyi, Dirk; Witte, Matthias; Sander, Uwe (Hrsg.): *Globale Jugend und Jugendkulturen – Aufwachsen im Zeitalter der Globalisierung*. Weinheim: Juventa-Verlag, 113-126.
- Kohls, Martin (2008): Migration und der Einfluss auf die Bevölkerungsstruktur. In: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 31(2), 237-249.
- Kohls, Martin (2012): *Demographie von Migranten in Deutschland*. Frankfurt/Main: Peter Lang.
- Kreyenfeld, Michaela; Mika, Tatjana (2006): Analysemöglichkeiten der Biografiedaten des „Scientific Use Files VVL 2004“ im Bereich Fertilität und Familie. In: *Deutsche Rentenversicherung*, Bad Homburg: WDV, 9-10, 583-608.
- Mayer, Jochen; Riphahn, Regina T. (2000): Fertility assimilation of immigrants: Evidence from count data models. In: *Journal of Population Economics*, 13, 241-261.
- Milewski, Nadja (2007): First child of immigrant workers and their descendants in West Germany: Interrelation of events, disruption, or adaption? In: *Demographic Research*, 17(29), 859-896.
- Milewski, Nadja (2010): *Fertility of Immigrants and Their Descendants in West Germany - An Event-history Approach*. Dissertation. Rostock.
- Naderi, Robert (2008): Ehen und nichteheliche Lebensgemeinschaften im Lebensverlauf von Deutschen und türkischen Staatsbürgern in Deutschland. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 33(3-4), 433-447.
- Nauck, Bernhard (1987): Individuelle und kontextuelle Faktoren der Kinderzahl in türkischen Migrantenfamilien. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 13(3), 319-344.
- Nauck, Bernhard (1997): Sozialer Wandel, Migration und Familienbildung bei türkischen Frauen. In: Nauck, Bernhard; Schönplüg, Ute (Hg.): *Familien in verschiedenen Kulturen*, Stuttgart: Enke, 162-199.
- Nauck, Bernhard (2007): Migrantenfamilien in Deutschland. Familiärer Wandel zwischen Situationsanpassung, Akkulturation, Segregation und Remigration. In: *Zeitschrift für Familienforschung*, 19(1), 34-54.
- Ruckdeschel, Kerstin; Ette, Andreas; Hullen, Gert; Leven, Ingo (2006): *Generation and Gender Survey*. Dokumentation der ersten Welle der Hauptbefragung in Deutschland. In: *Materialien zur Bevölkerungswissenschaft*, 121, Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Schmid, Susanne; Kohls, Martin (2008): Sind die FDZ-RV Daten für eine Analyse des generativen Verhaltens von Migrantinnen geeignet? In: *Deutsche Rentenversicherung Bund (Hrsg.): DRV-Schriften*, 55: 121-143.
- Schmid, Susanne; Kohls, Martin (2009): Reproductive behaviour of migrant women in Germany: Data, patterns and determinants. In: *Vienna Yearbook of Population Research*: 39-61.
- Schmid, Susanne; Kohls, Martin (2010): Fertility of female immigrants in Germany. In: Salzmann, T., Edmonston, B. & Raymer, J. (Hrsg.): *Demographic Aspects of Migration*. VS Verlag: Wiesbaden, S. 179-208.
- Schmid, Susanne; Kohls, Martin (2011): *Generatives Verhalten und Migration. Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Schwarz, Karl (1996): Die Kinderzahl der Ausländer und ihre Bedeutung für die Bevölkerungsentwicklung in den alten Bundesländern. In: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 21(1), 57-67.
- Sobotka, Tomas (2008): Overview Chapter 7: The rising importance of migrants for childbearing in Europe. In: *Demographic Research*, 19: 225-248.
- Statistisches Bundesamt (2008): *Geburten in Deutschland*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2009): *Mikrozensus 2008, Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2012a): *Fachserie 1, Reihe 2, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung 2011*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2012b): *Fachserie 1, Reihe 2.2., Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus 2011*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Yavuz, Sutay (2009): *Fertility decline in Turkey from the 1980s onwards: Pattern by main language groups*. Dissertation. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.



Aktuelles

Das BiB wird 40 Jahre – Festveranstaltung am 21. Juni 2013 in Wiesbaden

In diesem Jahr feiert das BiB das vierzigste Jahr seines Bestehens. Aus diesem Anlass findet am Freitag, den 21. Juni 2013 eine Festveranstaltung mit Experten und Expertinnen aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft im Kurhaus Wiesbaden statt. Im Mittelpunkt des Dialogs soll das Zusammenspiel von wissenschaftlicher Forschung und politischen

Konzepten zu den Themen Familiengründung und Fertilität, Migration sowie Alterung der Gesellschaft stehen. Weitere Informationen zur Veranstaltung folgen im Mai-Heft von „Bevölkerungsforschung Aktuell“ sowie demnächst auf der Homepage www.bib-demografie.de

„Soziale Ungleichheit und demografischer Wandel“ – Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demografie (DGD) vom 6. bis 8. März 2013

Unter dem Motto „Soziale Ungleichheit und demografischer Wandel“ präsentierten Wissenschaftler/innen unterschiedlicher Disziplinen bei der Jahrestagung der DGD vor gut 200 Teilnehmern eine Vielfalt an demografischen Themen, die von den sozialen Determinanten der Gesundheit und der Lebenserwartung über die Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer/innen sowie die regionalen Besonderheiten bis hin zur Pflege reichten. Dabei war dem alten und neuen Präsidenten der DGD, Prof. Dr. Tilman Mayer, die Wahrnehmung der bevölkerungswissenschaftlichen Themen durch die Politik ein besonderes Anliegen, wie er in seiner Eröffnungsrede betonte. Dazu begrüßte

er die Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Cornelia Quennet-Thielen, die sich in ihrem Beitrag mit dem Thema „Bildung im demografischen Wandel“ beschäftigte.

Der alte Präsident ist auch der neue: Ergebnisse der Vorstandswahlen bei der Jahrestagung

Im Rahmen der Tagung wurden darüber hinaus die Vorstandsmitglieder neu gewählt. Dabei blieb zumindest an der Führungsspitze der DGD alles beim Alten. So wurde Prof. Dr. Tilman Mayer bei den Vorstandswahlen mit 81 % der abgegebenen Stimmen wieder zum Präsidenten gewählt. Ebenfalls im Amt bleibt auch der bisherige Geschäftsführer, Stefan Fuchs. In den Vorstand wurden Dr. Jürgen Dorbritz (BiB), Prof. Dr. Sonja Haug (Universität Regensburg), Dr. Steffen Maretzke (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)), Dr. Rembrandt Scholz (Max-Planck-Institut für demografische Forschung) sowie Bettina Sommer (Statistisches Bundesamt) gewählt.

Das BiB stellt sich vor: „Comparative Population Studies“ und das Demografieportal des Bundes und Länder präsentieren sich auf der Jahrestagung

Das BiB präsentierte einen Stand mit Informationen zum wissenschaftlichen „Flaggschiff“ des Instituts, der Zeitschrift „Comparative Population Studies CPoS“ sowie dem seit Ende 2012 eingerichteten Demografieportal des Bundes und der Länder (www.demografie-portal.de), das vom BiB redaktionell gepflegt und laufend aktualisiert wird. Amelie Franke und Thomas Skora standen hier den interessierten Be-



Die Aushängeschilder des BiB vor Ort: Thomas Skora vom „Demografieportal“ des BiB und die CPoS-Redakteurin Amelie Franke beantworteten während der Jahrestagung alle Fragen zum Portal sowie zur wissenschaftlichen Zeitschrift „Comparative Population Studies“.



suchen zu Fragen rund um die Arbeit des BiB Rede und Antwort.

Die Inhalte der Sessions: Sozialstruktur und demografischer Wandel

Mit der Session zum Thema "Sozialstruktur und demografischer Wandel" startete die dreitägige Veranstaltung mit insgesamt elf verschiedenen Themenblöcken. Hier beschäftigte sich **Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld** (Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock) mit der „Sozialstruktur nichtehelicher Elternschaft“, wobei sie untersuchte, in welchem Ausmaß die Wahrscheinlichkeit in einer nichtehelichen Familie zu leben, vom Bildungsniveau der Frauen und ihrer Partner abhängt. Bisherige Studien hatten die Gruppe der ledigen Mütter fast ausschließlich aus der Perspektive der sozialstrukturellen Merkmale der Frauen und nicht ihrer Partner untersucht.

Welche Folgen der Bevölkerungsrückgang in Deutschland für die Infrastruktur hat, analysierte **Prof. Dr. Claudia Neu** (Fachhochschule Niederrhein), in ihrem Beitrag zum Thema "Infrastruktureller Rückzug und sozialstrukturelle Lichtungen". Sie wies auf die sozialstrukturellen und politischen Folgen der De-Infrastrukturalisierung besonders der ländlichen Räume hin, in denen zudem auch die aktive Mittelschicht verlorengeht.

Im Anschluss daran beschäftigte sich **Prof. Dr. Eva Barlösius** (Leibniz-Universität Hannover) auch mit der Veränderung von Bevölkerungs- und Sozialstrukturen, allerdings unter einem ganz anderen Aspekt: mit der bildlichen Darstellung von Bevölkerungsstrukturen, meist in Form einer Pyramide. Sie betonte, dass Pyramiden-Bilder, wie sie auch in den Medien gerne verwendet werden, demografische und

soziale Strukturen nicht nur veranschaulichten, sondern dass sie zugleich auch interpretieren und bewerten, wobei diese Interpretationen in den Bildern selbst nicht eigens ausgewiesen sind, sondern es entstehe daraus ein symbolischer Überschuss der Bilder.

Dimensionen des demografischen Wandels und sozialer Ungleichheiten

Im Mittelpunkt der zweiten Session standen Beiträge, die sich dem Zusammenhang zwischen dem demografischen Wandel und sozialen Ungleichheiten widmeten. Schon der erste Vortrag von **Haodong Qi** (Lund University, Schweden) befasste sich mit dem dynamischen ökonomischen Lebensverlauf über die Zeit und Kohorten am Beispiel der Gehälterverteilung in Abhängigkeit vom Alter in Schweden zwischen 1985 und 2010. Die Analysen zeigten, dass ältere Beschäftigte beständig höhere Löhne als Jüngere bekamen.

Die Rolle der Gehaltsunterschiede in Deutschland zwischen Migranten und Deutschen stand im Fokus von **Ellen von den Driesch** (RWI Essen). Sie verglich auf der Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) die Einkommen von Immigranten der ersten und zweiten Generation in Deutschland mit denen von Deutschen und zeigte, dass die Immigranten der ersten Generation niedrigere Einkommen aufwiesen als die der zweiten Generation. Zudem haben Immigranten deutlich weniger Erfolge auf dem Arbeitsmarkt als Deutsche, wobei hier vor allem die Kenntnis der deutschen Sprache ein wichtiger Faktor für den Zugang zum Arbeitsmarkt darstellt.

Am Beispiel Portugals zeigten **Lidia Tome** und **Filipe Ribeiro** (University of Évora, Portugal) den demografischen Wandel eines südeuropäischen Landes, das seit Anfang 1980 zu den Ländern mit Niedrigstfertilität zu zählen ist und das seitdem im europäischen Vergleich eine negative Evolution bei der Periodenfertilität erlebt hat. Gleichzeitig ist auch hier wie in anderen europäischen Ländern die weibliche und männliche Lebenserwartung zwischen 1981 und 2009 angestiegen, so dass auch hier die Alterung der Bevölkerung zunehmen wird, wie sie an unterschiedlichen Szenarios zur künftigen Bevölkerungsentwicklung darstellten.

Ausbildungs- und berufsbedingte Mobilität: Ursachen und Folgen

Unter der Leitung des Direktors des BiB, **Prof. Dr. Norbert F. Schneider**, befasste sich die dritte Session mit dem Thema Migration und Mobilität. Zunächst stellte **Dr. Holger**



Berufsbedingte Mobilität und die Folgen: Der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, leitete die Session zum Thema Migration und Mobilität.



Seibert (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg) vor dem Hintergrund des bisher weitgehend unerforschten Mobilitätsverhaltens von ausländischen Jugendlichen die Frage, ob sich unter den Ausländern eine höhere Ausbildungsmobilität erwarten ließe, da sie aufgrund ihrer niedrigeren Schulabschlüsse und angespannten Ausbildungsmarktreaktionen ihre Suche nach einem Ausbildungsplatz auch auf andere Regionen ausweiten müssten. Umgekehrt sind sie häufiger in Berufen zu finden, die zwar häufig über Bedarf, dafür aber relativ flächendeckend angeboten werden, so dass sie regional weniger mobil sein müssten.

Mobilität spielt darüber hinaus auch für Erwerbstätige eine zunehmend wichtigere Rolle, wie dazu **Dr. Heiko Rüger** (BiB) in seinem Vortrag betonte. Neuere Zahlen zeigten, dass im Durchschnitt rund jeder fünfte Erwerbstätige in den Ländern Deutschland, Frankreich, Spanien, Belgien, Polen und der Schweiz entweder in Form von Pendelmobilität oder in Form von Umzugsmobilität für den Beruf hochgradig mobil ist, wobei die Gründe hierfür vielfältig seien, betonte Dr. Rüger. Neben dem strukturellen Wandel auf dem Arbeitsmarkt spielten hierbei auch tiefgreifende soziale Veränderungen innerhalb von Partnerschaften und Familien eine wesentliche Rolle. Vor diesem Hintergrund stellte er auf der Basis von Daten der europäischen vergleichenden Studie „Job Mobilities and Family Lives“ die Frage, inwieweit die Mobilitätsbereitschaft, das räumliche Bewegungsvermögen und das tatsächliche Mobilitätsverhalten sozial strukturiert sind. Ist berufsbezogene Mobilität (nach wie vor) ein Vehikel für den sozialen Aufstieg und die Vermeidung unliebsamer Mobilität ein Ausweis für hohe gesellschaftliche Positionen?

Schließlich kann sich Mobilität auch negativ auf die Partnerschaftsstabilität auswirken. Dies gelte nach der Ansicht von **Dr. Stefanie Kley** (Universität Hamburg) insbesondere dann, wenn Frauen lange Wege zwischen Wohn- und Arbeitsort zurücklegen müssten. Sie untersuchte solche „Risikopaare“, indem Zusammenhänge des Fernpendelns von Frauen mit verschiedenen Erwerbs- und Haushaltsmerkmalen analysiert wurden.



Berufliche Mobilität als Vehikel für den sozialen Aufstieg? Dr. Heiko Rüger stellte in seinem Vortrag die Frage, inwieweit das berufliche Mobilitätsverhalten sozial strukturiert ist.

Lebenserwartung in Deutschland, im internationalen Vergleich und die Folgen

Die Lebenserwartung in Deutschland steigt weiter an, wie die Statistiker in regelmäßigen Abständen vermelden. Vor der Wiedervereinigung gab es allerdings zwei unterschiedliche Lebenserwartungen in West- und Ostdeutschland, wie **Robert Beise** (MPI Rostock) im Rahmen der vierten Session zu Mortalität und Lebenserwartung zeigte. Mittlerweile hat sich die Lebenserwartung angeglichen. Vor diesem Hintergrund beschrieb er die Besonderheiten der Entwicklung der Lebenserwartung in beiden Teilen Deutschlands und diskutierte mög-

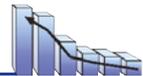
liche Ursachen.

Zum Anstieg der Lebenserwartung im internationalen Vergleich hat insbesondere auch die gesunkene Lebenserwartung der Höchstaltrigen beigetragen, wie **Prof. Dr. Roland Rau** (Universität Rostock) demonstrierte. Mithilfe statistischer Methoden schätzte er in seinem Vortrag neben der weiteren Entwicklung der Sterberaten auch deren Verbesserungsrate. Er betonte, dass diese besonders dazu geeignet seien, die Dynamik der Mortalitätsveränderungen aufzuzeigen.

Mit den Folgen der steigenden Lebenserwartung sowie einer Zunahme von Demenz in Deutschland, insbesondere bei den Hochbetagten, befasste sich **Prof. Dr. Gabriele Doblhammer-Reiter** (Universität Rostock). Sie untersuchte die räumliche Verteilung der Demenzdiagnosen und konstatierte im Alter 60 ähnliche räumliche Muster wie in der Restlebenserwartung, der Pflegebedürftigkeit sowie dem Anteil an Lebensjahren ohne Pflegebedarf an verbleibender Restlebenserwartung. Diese Konsistenz der räumlichen Muster lasse den Schluss zu, dass in Deutschland hohe Lebenserwartung sowohl mit guter körperlicher als auch kognitiver Gesundheit einhergehe, resümierte Frau Doblhammer-Reiter.

Soziale Ungleichheit der Gesundheit – Ausmaß und Entwicklung

Die Themen der fünften Session „Soziale Unsicherheit der Gesundheit – Ausmaß und Entwicklung“ beinhalteten vor al-



lem den engen Zusammenhang zwischen der sozialen und gesundheitlichen Lage und daraus resultierenden Folgen und Konsequenzen. So gab zunächst **Dr. Thomas Lampert** (Robert-Koch-Institut Berlin) einen Überblick über Ausmaß und Entwicklung gesundheitlicher Ungleichheit und stellte die Frage, ob sich die oftmals dargestellte Auseinanderentwicklung der Lebensverhältnisse auch in der Gesundheit und Lebenserwartung widerspiegelt.

Worin liegen die Ursachen für gesundheitliche Ungleichheit? Zur Beantwortung dieser Frage stellte **Prof. Dr. Nico Dragano** (Centre for Health and Society, Medizinische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf) grundlegende Befunde zur Ausprägung und medizinischen Wirkungsweise der wichtigsten sozialen Einflussfaktoren, wie zum Beispiel Umweltbelastungen oder schlechten Arbeits- oder Wohnbedingungen, auf die Gesundheit vor. Dabei ging er davon aus, dass sich in den verschiedenen Entwicklungsphasen des Menschen unterschiedliche gesundheitliche Risiken manifestieren mit jeweils spezifischen gesundheitlichen Folgen.

Welche (politischen) Lösungen für sozial bedingte Ungleichheiten der Gesundheit gibt es? **Prof. Dr. David Klemperer** (Hochschule Regensburg) verwies dazu auf Lösungskonzepte, die an den sozialen Determinanten von Gesundheit ansetzen, wobei der Beitrag aller Politikbereiche für die Gesundheit zu berücksichtigen sei. Erfahrungen aus England, das als eines der ersten Länder Erkenntnisse mit einer „health-in-all-policies“-Strategie gesammelt hat, zeigten, dass es einer sozialen Bewegung bedürfe und die Politiker über Wahlen ein Mandat erhalten müssten, um die notwendigen weitreichenden Reformen in allen Politikfeldern in Angriff nehmen zu können.

Anpassungen und Trennungen von Partnerschaften

Einige das Zusammenleben in Partnerschaften beeinflussende Faktoren bildeten den Schwerpunkt der sechsten Session zum Thema Familiendemografie. Zunächst betrachteten **Dr. Oliver Arranz-Becker** und **Dr. Daniel Lois** (beide Technische Universität Chemnitz) Prozesse in Partnerschaften, die zu einer Ähnlichkeit in freizeitbezogenen Lebensstilen in Partnerschaften beitragen und unter welchen Bedingungen sich die Partner über die Zeit anpassen, indem sie zunehmend mehr Freizeitaktivitäten gemeinsam unternehmen. Dazu testeten sie, inwieweit sich dadurch das Trennungsrisiko der Partner reduzierte.

Wie sich das Trennungs- und Scheidungsrisiko mit steigendem Lebensalter verändert analysierte **Dr. Ingmar**

Rapp (Universität Heidelberg). Mit den Veränderungen älter werdender Paare in den Lebensumständen, zum Beispiel durch den Auszug der Kinder, dem Übergang in den Ruhestand und eventuell auch einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes könnte auch das Trennungs- und Scheidungsrisiko ansteigen. Er beleuchtete dazu in seinem Vortrag die Altersabhängigkeit des Trennungsrisikos und ging dabei auch auf die einzelnen Faktoren ein, die sich auf eine Trennung auswirken könnten.

Familienformen, Produktivität Älterer und Großelternschaft

Welche Faktoren wirken sich auf die Einstellungen zu Familienformen zwischen den Generationen aus? Dieser Frage gingen **Dr. Valeria Bordone** und **Dr. Vegard Skirbekk** (beide IASA Wien) in der siebten Session zum Thema „Demografischer Wandel, Kohortenwandel und Produktivität“ nach. Die Analyse von Daten der „Netherlands Kinship Study“ zeigte demnach, dass die Einstellung der Kinder zur Vielfalt der Familienformen deutlich aufgeschlossener war, je toleranter auch die Einstellungen der Eltern zu den Familienformen waren. Dabei spielte bei der Übereinstimmung zwischen Eltern und Kindern neben der sozialen Mobilität auch die Familiengröße eine wichtige Rolle: Wenn in der Familie mehr Kinder lebten, gab es eine größere Differenz zwischen den Einstellungen der Eltern und der der Kinder zu Familienformen. Den höchsten Grad an Übereinstimmung bei den Einstellungen gab es allerdings in der Beziehung zwischen Mutter und Tochter.

In einem weiteren Beitrag betrachtete **Laura Romeu Gordo** (Deutsches Zentrum für Altersfragen Berlin) die Debatte über die Zunahme der Beschäftigung von Arbeitnehmern über das Rentenalter hinaus. Dabei wies sie darauf hin, dass das negative Image älterer Mitarbeiter, die lange Zeit als unproduktiv und zu teuer betrachtet wurden, sich mittlerweile gewandelt habe und nun vor allem die Potenziale älterer Mitarbeiter im Fokus stehen, wozu auch die Forschung ihren Teil beigetragen habe.

Infolge der gestiegenen Lebenserwartung gehen Ältere nicht nur länger arbeiten, sondern sie werden auch aufgrund aufgeschobener Elternschaft auch später Großeltern, wie **Lars Dommermuth** (Statistics Norway) am Beispiel Norwegens auf der Basis von Bevölkerungsdaten zeigte. Demnach steigt das Medianalter sowohl der Männer als auch der Frauen bei der Großelternschaft in den 1940 geborenen Kohorten an. Wann man Großeltern wird, entscheidet sich auch am



Bildungsniveau, da Frauen mit einem niedrigeren Bildungsniveau früher Mütter werden als jene mit höherer Bildung. Demzufolge variiere dann auch das Alter bei Eintritt in die Großelternschaft.

Herausforderungen und Handlungsfelder nachhaltiger Demografiepolitik in Deutschland und Frankreich

Ein Plädoyer für eine ressortübergreifende und mehrbenenorientierte Demografiepolitik lieferte der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, **Prof. Dr. Michael Hüther**, in der achten Session zum Thema „Demografiepolitik“. Er kritisierte vor dem Hintergrund der Vielschichtigkeit des demografischen Wandels die Ressortbeschränkung des demografischen Diskurses etwa auf die Bildungs-, Familien- und Arbeitsmarktpolitik, aber auch das bürgerschaftliche Engagement. Zudem laden die sozialen Sicherungssysteme dazu ein, die Generationen stets im Miteinander zu sehen, aber nicht die Folgen eines längeren Lebens für den Einzelnen. Dies gelte es zu überwinden und dafür zu sorgen, dass die beiden Perspektiven des demografischen Wandels – zum einen das lange Leben, zum anderen die Alterung, Schrumpfung und Diversität – in einer umfassenden Strategie von Bund, Ländern und Kommunen unter Einbindung der Bürgergesellschaft gestaltet werden müssten.

Ergänzend dazu blickte **Martina Lizarazo** (Universität Bonn) auf den Bevölkerungsdiskurs in Frankreich und konstatierte, dass sich in Frankreich schon frühzeitig ein bevölkerungspolitischer Diskurs und ein ausgeprägtes demografisches Problembewusstsein innerhalb der Gesellschaft herausgebildet hatte. Dabei liege die französische Besonderheit im Bereich „Demografie“ in der engen Verknüpfung von Bevölkerungswissenschaft und der politischen Praxis.

Aber auch in Deutschland fand in der Familienpolitik seit 2002/2003 ein Paradigmenwechsel statt, wie **Stefan Fuchs** (Universität Bonn) in seinem Vortrag zu den Potenzialen und Zielkonflikten einer „nachhaltigen Familienpolitik“ ausführte. So zähle zum Leitbild einer neuen Politik die kontinuierliche Erwerbstätigkeit beider Elternteile, die durch den Ausbau einer umfassenden Ganztagsbetreuung von Kindern spätestens ab dem zweiten Lebensjahr ermöglicht werden sollte. Somit zähle zu den Zielen einer neuen Familienpolitik die Erhöhung des Umfangs der Müttererwerbstätigkeit und damit auch eine Anhebung der durchschnittlichen Geburtenrate auf 1,7 Kinder je Frau. Dieser Zusammenhang zwischen Frauenerwerbsquote und Geburtenrate wurde anhand neuer

OECD- und Eurostat-Daten überprüft, wobei das besondere Augenmerk auf den Umfang der Frauenerwerbstätigkeit gerichtet wurde, woraus sich dann Rückschlüsse auf die Chancen einer nachhaltigen Familienpolitik mit einem pronatalistischen Ziel ergaben.

Alterung, Ökonomie und fiskalische Nachhaltigkeit

Welche Effekte hat die Kinderbetreuung für die Familienstruktur? Auf der Basis eines empirischen Modells zeigten **Prof. Dr. Stefan Bauernschuster** und **Prof. Dr. Rainald Borck** (beide Universität Potsdam) in der neunten Session zum Thema „Alterung, Ökonomie und fiskalische Nachhaltigkeit“, dass der Anreiz die Kinder betreuen zu lassen für verheiratete Frauen geringer ist als für alleinerziehende Mütter.

Im zweiten Beitrag der Session widmete sich **Dr. Matthias Weiss** (Max-Planck-Institut München) der Frage, wie sich alternde Erwerbstätige auf das ökonomische Wachstum auswirken. Seine Analysen stützen hierbei nicht die These, dass ältere Arbeitnehmer weniger produktiv seien als jüngere; vielmehr lasse sich bei den über 60-Jährigen kein Rückgang ihrer Produktivität feststellen. Zudem zeige sich aus den Untersuchungen, dass altersgemischte Belegschaften bei heterogenen Aufgaben profitabler arbeiten und so zur Produktivität beitragen.

Die Folgen der Alterung für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen betrachtete **Prof. Dr. Martin Werding** (Ruhr-Universität Bochum). Seinen Analysen zufolge werden die Konsequenzen der Alterung für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme eine enorme Herausforderung darstellen, was es schwer machen werde, die öffentlichen Finanzen im Ganzen auf einen nachhaltigen Pfad zu führen. Anhand von Simulationen machte er deutlich, dass der Umfang der Nachhaltigkeitslücke bei der gegenwärtigen Konstruktion der deutschen sozialen Sicherungssysteme beträchtlich sein werde.

Demografischer Wandel als sozialer Sprengstoff? – Podiumsdiskussion

In der abschließenden Podiumsdiskussion, die von Prof. Mayer moderiert wurde, diskutierten **Dr. Scholz**, **Gabriele Sturm** (BBSR), **Prof. Dr. Rolf G. Heinze** (Universität Bochum), **Wolfgang Gründinger** (Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen) und **Wibke Rösler** (Humboldt-Universität Berlin) die Frage, inwieweit der demografische Wandel und die soziale Ungleichheit sozialen Sprengstoff für die Gesellschaft darstellten. Dabei zeigte sich einmal mehr



die Komplexität und Vielschichtigkeit der Problemlagen. So wirkten sich zum einen ökonomische Entwicklungen wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder Zeitverträge und zum anderen eine berufliche Überforderung in der Rush hour des Lebens ebenso auf die demografische Lage und die sozialen Sicherungssysteme aus wie eine unzureichende Sozialisation in den Familien und Schulen. Insgesamt zeigten sich die Probleme in Deutschland regional mit unterschiedlicher Ausprägung. So gebe es bisher in Deutschland nur eine schwache Differenzierung im Vergleich zu anderen Ländern, die aber anwachsen werde. Es gelte daher, so die einhellige Meinung, die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren, zum Beispiel auch mit einer Arbeitszeit über die derzeit gültige Rente mit 67 hinaus.

Allianz-Nachwuchspreis für Demografie an fünf junge Wissenschaftler überreicht

Zusätzlich zu den wissenschaftlichen Sessions wurden fünf junge Wissenschaftler am Rande der Jahrestagung mit dem Allianz-Nachwuchspreis für Demografie ausgezeichnet. **Dr. Martin Kohls** vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhielt dabei für seine Promotion an der Universität Bielefeld zum Thema Demografie von Migranten in Deutschland den Hauptpreis. Er zeigte in seiner Arbeit, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund deutlich schneller zunehmen wird als bisher vermutet.

Der Diplom-Soziologe **Felix Trop** wurde für seine Diplomarbeit zu „Geschlechterspezifischen Differenzen in der Alterspflege ausgezeichnet und die Diplom-Soziologin **Dr. Ina Berninger** (in Abwesenheit) für ihre Promotion an der Universität Köln zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Desweiteren wurde der Diplom-Ingenieur **Philip Timpe** für seine an der Technischen Universität Dortmund durchgeführte Arbeit zu „Wechselwirkungen von Energieverbrauch und demografischem Wandel“ mit einem Preis bedacht, ebenso wie der Politologe und Soziologe **Dr. Christian Rademacher** zu seinem Thema „Wie erfolgreich bewältigen deutsche Kommunen den demografischen Wandel.“

In seiner Laudatio betonte der Demografieexperte der Allianz, **Prof. Dr. Volker Deville**, der zusammen mit der Vizepräsidentin der DGD, **Prof. Dr. Sonja Haug**, die Auszeichnungen überreichte, dass die Nachwuchswissenschaftler mit den von ihnen gewählten Themen wie zum Beispiel Migration, Altenpflege oder Energieverbrauch gezeigt hätten, dass der demografische Wandel unweigerlich mit den Zukunftsaussichten junger Menschen verknüpft sei. Somit gelte der Allianz-Preis auch weiterhin als Ansporn für junge Wissenschaftler, substantielle Beiträge zu den drängenden Fragen des Wandels beizusteuern, betonte Prof. Deville.

.....
Bernhard Gückel, BiB

BiB wird Mitherausgeber beim Newsletter „Demografische Forschung Aus Erster Hand“ ab März 2013

Mit der ersten Ausgabe des Jahres 2013 wird sich das BiB am Newsletter „Demografische Forschung Aus Erster Hand“ mit eigenen Beiträgen beteiligen. Die Publikation wird vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung (Rostock) in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Wiesbaden), dem Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Wien) und dem Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels herausgegeben. Damit beteiligen sich nun alle wichtigen deutschsprachigen Demografieinstitute an dem Newsletter.



Mit der Veröffentlichung wollen die Herausgeber – Prof. James Vaupel (Rostock), Prof. Wolfgang Lutz (Wien), Prof. Gabriele Doblhammer-Reiter (Rostock) und Prof. Norbert F. Schneider (Wiesbaden) – den Dialog zwischen Forschung und Öffentlichkeit intensivieren. Der Newsletter wendet sich vor allem an Journalisten, Politiker und Interessierte aus benachbarten Arbeitsgebieten. Vorgestellt werden für Deutschland und/oder Österreich relevante Studien, die bereits ein Review-Verfahren durchlaufen haben. In erster Linie werden dabei Untersuchungen, die an einer der drei beteiligten Einrichtungen erarbeitet wurden, berücksichtigt. Der Infoletter erscheint viermal jährlich und ist sowohl in elektro-

.....



nischer Form als auch als Druckversion erhältlich. Der Bezug ist kostenlos.

Die erste gemeinsam gestaltete Ausgabe erscheint Ende März 2013. Darin untersucht der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, zusammen mit Robert Naderi und Silvia Ruppenthal, ob und inwieweit Ost-West-Differenzierungen in der Familienforschung zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung noch sinnvoll sind.

Mit der Entwicklung der Bevölkerungszahlen in Pakistan in Verbindung mit dem Bildungsniveau der Bevölkerung beschäftigt sich Anne Goujon im zweiten Beitrag. Ihre Modellrechnungen zeigen, dass die Bevölkerung Pakistans bis zum Jahr 2050 auf etwa 300 Millionen angewachsen sein wird, wobei dann die Zahl der Menschen ohne Ausbildung noch bei 11 Prozent liegen wird. Ohne stärkere Investitionen in die Bildung werde das Land seine wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten daher nicht nutzen können, resümiert sie. Ob der Wohnort die Kinderzahl bestimmt, hat Sebastian Klüsener zusammen mit Johannes Huinink und

Stuart Basten anhand der räumlichen Unterschiede in der subnationalen Fertilitätsentwicklung in Österreich, Deutschland und der Schweiz untersucht. Ihre Analyse zeigt, dass es im Jahr 1900 durchaus noch einen Unterschied für die Familiengründung machte, ob eine Frau in Berlin oder in Niederbayern lebte, da die Großstädterin im Schnitt mit 2,7 Kindern rechnen konnte, während die Frau in Süddeutschland mehr als doppelt so viele Kinder zur Welt brachte.

Die demnächst erscheinende Ausgabe kann ebenso wie die bereits erschienenen Newsletter auf der Homepage heruntergeladen werden. Hier besteht auch die Möglichkeit, den Newsletter zu abonnieren.

Bernhard Gückel, BiB



Das BiB in den Medien

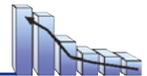
„Jeder Dritte ist beruflich quasi zwangsmobilisiert“ – Der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, im Interview mit der „Zeit“ vom 21. März 2013 und der „Berliner Morgenpost“ vom 10. Februar 2013 zu den Folgen und Konsequenzen beruflicher Mobilität

Jeden Morgen das gleiche Bild – volle Bahnsteige und Autoschlangen, die sich im Schneckentempo in die Metropolen schleichen mit genervten Arbeitnehmern, die schon vor der Arbeit hohem Stress ausgesetzt sind – und das hat Folgen für die Gesundheit, wie der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, in einer großangelegten Studie in sechs europäischen Ländern erforscht hat. Galt Mobilität lange Zeit als der Inbegriff von Freiheit und Unabhängigkeit, so rücken seit einiger Zeit zunehmend die Risiken in den Blick, wie er im Gespräch mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ betonte. So sei jeder Dritte beruflich „quasi zwangsmobilisiert“. Dagegen könne man durchaus etwas tun, erläuterte er im Interview mit der „Berliner Morgenpost“.

Die Folgen des beruflich bedingten Pendelns seien gravierend. Dabei wüchsen insbesondere in den Bereichen Ge-

sundheit, soziale Integration und beim Familienstatus die Risiken. Insbesondere Tagespendler mit einem Arbeitsweg von mehr als zwei Stunden hin und zurück hätten ein erhöhtes Gesundheitsrisiko, wobei das Pendeln alleine nicht krank mache, aber die Risiken seien erhöht, warnte Prof. Schneider. Dabei halte sich der Stress so lange noch in Grenzen, wie die Pendler noch das Gefühl der Kontrolle über die Zeit haben. Gebe es aber einen Stau oder Zugverspätungen, so komme es zu typischen Situationen mit Kontrollverlust und damit zu enormen Stressspitzen. Dies äußere sich medizinisch zunächst einmal unspezifisch mit Verspannungen, Rückenschmerzen, Schlafstörungen und Kopfschmerzen.

Auch für das soziale Leben wirke sich die Pendlerei ungünstig aus, da Wochenendpendler im Prinzip in zwei Welten lebten und in beiden Bereichen nicht zu 100 Prozent integriert seien. Diese Auswirkungen würden sowohl von staatlicher als auch gesellschaftlicher Seite unterschätzt.



Das Familienleben leide ebenfalls unter der Situation, da es auch hier Stoff für Konfliktpotenzial gebe, wie beispielsweise die Freizeitgestaltung am Wochenende: Der Mobile sehne sich nach Ruhe, während der Nicht-Mobile eine aktive Freizeitgestaltung wünsche. Was bestimmte regionale Trends angehe, so lasse sich anhand der neuesten Zahlen sagen, dass sich die bisherige Ost-West-Wanderung zu einer Land-Stadt-Wanderung entwickelt, analysierte der Familiensoziologe. Das bedeute, dass die Menschen aus den östlichen Kreisen in der Regel nicht weit weg ziehen, sondern ins nächstgelegene Zentrum innerhalb Ostdeutschlands. Hier seien vor allem die jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren umzugsmobil, Frauen allerdings stärker als Männer.

In Europa lasse sich dagegen eine gewisse Sesshaftigkeit nachweisen, da vier von fünf Europäern in der Region lebten in der sie auch aufgewachsen sind. Hier werde auf steigende Mobilitätsansprüche durch Pendeln reagiert. Infolge der besseren Infrastruktur werde es eben immer leichter auch über weite Distanzen zu pendeln, wobei sich bei den Fernpendlern die Dauer des Pendelns über die letzten Jahrzeh-

te gar nicht so sehr vergrößert habe; eine Zunahme gab es dagegen bei den in der gleichen Zeit zurückgelegten Distanzen. Wie die erhöhten Risiken des Pendelns gesenkt werden könnten, hänge mit der grundsätzlichen Frage zusammen, ob Mobilität die Lösung unserer Probleme darstelle. Hier warnte er davor, Mobilität bedenkenlos zu verklären, da es angesichts der Risiken eher um die Frage gehen sollte, wie viel Mobilität wir eigentlich brauchen und wie viel dem Einzelnen überhaupt zumutbar sei.

Der Umgang mit der beruflichen Mobilität könne nur dann gut funktionieren, wenn der Betroffene eine positive Haltung zu seiner Situation habe, dem Ganzen einen Sinn gebe und die Zeit sinnvoll nutzen könne. Dabei spiele auch der Arbeitgeber eine große Rolle, da er durch Gleitzeit, mobiles Arbeiten und andere Modelle zur Entspannung der Lage beitragen könne, betonte Prof. Schneider im Interview mit der „Berliner Morgenpost“.

.....
Bernhard Gückel, BiB

Welche Ziele hat Familienpolitik eigentlich? – Dr. Martin Bujard zu den Herausforderungen und Ergebnissen der Familienpolitik im „Inforadio rbb“ am 16. Februar 2013

Trotz familienpolitischer Reformen bleibt die Geburtenrate in Deutschland konstant niedrig. Dabei hat sich die Familienpolitik um Wahljahr 2013 zu einem der wichtigsten Themen entwickelt, wie auch die aktuelle Debatte um finanzielle familienpolitische Leistungen und ihren Einfluss auf die Geburtenrate gezeigt hat. Hinzu kommt, dass in Ländern wie Frankreich die Familienpolitik sichtbarere Erfolge vorzuweisen hat als in Deutschland. Woran liegt das? Welche Hindernisse beeinflussen junge Paare in der Umsetzung ihres Kinderwunsches und was kann die Politik überhaupt leisten? Vor dem Hintergrund dieser Diskussion stellte sich der Politologe Dr. Martin Bujard aus dem BiB im Interview des Inforadios rbb am 16. Februar 2013 in der Sendung „zwölfzweiundzwanzig“ den Fragen des Moderators Ingo Kahle.

Familienpolitik ist im Wahljahr 2013 eines der zentralen Themen und zugleich eines der letzten ideologischen Schlachtfelder, wie die aktuelle Diskussion in Politik und Me-

dien zeige, so die Anmoderation von Ingo Kahle. Dabei wird als ein Indikator für eine erfolgreiche Familienpolitik immer wieder der Blick auf die Geburtenrate gelenkt, was nach Meinung von Dr. Bujard vor allem an den Medien liege, die die Familienpolitik zu stark an der Geburtenrate messen würden; die Politik sei hier wesentlich vorsichtiger, was zum einen an der Art der Wirkung von Familienpolitik und zum anderen in den historischen Erfahrungen begründet liege. Generell zeige sich, dass in Ländern, die eine faschistische Vergangenheit hätten, die Geburtenrate niedriger sei, was vor allem an der historisch gewachsenen Ablehnung der Menschen gegen die Einflussnahme des Staats auf ihre Lebensgestaltung liege. Das sei auch nicht seine Aufgabe, sondern für Dr. Bujard müsse das primäre Ziel das kindliche Wohlbefinden sein und die Wahlfreiheit für die Menschen herzustellen, wie sie ihr Leben gestalten wollten und ob sie Kinder möchten oder nicht. Familienpolitik sollte sich damit um die Menschen drehen und nicht um die gewünschten gesellschaftlichen Effekte; die stellten sich dann schon von selbst ein.



Die eigentliche Ursache des Geburtenrückgangs in den OECD-Ländern liege aus seiner Sicht in erster Linie in den veränderten gesellschaftlichen Strukturen, was dazu führe, dass viele junge Menschen mit Kinderwunsch diesen aber nicht umsetzen. Hinzu komme, dass die Frauen besser ausgebildet seien und sich vermehrt beruflich orientiert haben, besonders in den akademischen Berufen. Die Frauen treffen auf gesellschaftliche Strukturen, die weitgehend noch immer auf dem klassischen Brotverdienermodell basierten. Diese Herausforderung sei etwa in den nordischen Ländern mit ihrer aktiven Gleichstellungspolitik weitaus besser gemeistert worden. Es sei in diesem Zusammenhang wichtig, immer wieder zu betonen, dass familienpolitische Maßnahmen nicht kurzfristig und auch nicht singular wirkten, sondern nur in einem Zusammenspiel unterschiedlicher Maßnahmen, betonte Dr. Bujard. Ein Beispiel hierfür sei das Elterngeld, das einen Wandel beim Väterverhalten beschleunigt hat. So sei der Anteil der Väter, die Elternmonate in Anspruch nehmen, mittlerweile auf 27 % angestiegen. Insgesamt verfolge Familienpolitik nicht ein einziges Ziel, sondern viele unterschiedliche, wie zum Beispiel die Bekämpfung der Armut, Förderung der Kinder, Zeit für Eltern, Gleichstellung sowie Anstieg von Müttererwerbstätigkeit und Geburten. Es sei hier sehr schwierig, die unterschiedlichen Interessen gleichzeitig zufrieden zu stellen. Im Mittelpunkt der familienpolitischen Maßnahmen müsse daher ein Dreiklang aus Zeit, Infrastruktur und Geld stehen, wobei es beim Faktor Zeit vor allem darum gehe, die „Rush hour des Lebens“ gerade der jüngeren Menschen zu entzerren. Es gehe manchmal eben nicht immer alles zur gleichen Zeit, so Dr. Bujard.

Beim Faktor Geld müsse die aktuelle Diskussion über die Wirkungen der finanziellen Leistungen der Familienförderung in Höhe von 200 Milliarden Euro seiner Meinung zu-rechtgerückt werden. Hier gebe es ein Missverständnis in der Öffentlichkeit, da die in den Medien genannte Summe keine reine Geburten- oder Familienförderung darstelle, sondern hier der größte Baustein die Witwenrenten seien, die mit dem, was in der Öffentlichkeit als Familienpolitik verstanden wird, rein gar nichts zu tun hätten. Es gehe hier auch um die Frage, was unter Familienpolitik eigentlich zu verstehen sei. So definiere beispielsweise die OECD dieses Politikfeld etwas enger und komme danach auf Ausgaben von 3% des Bruttoinlandsprodukts für Deutschland. Nach dieser Definition sind die familienpolitischen Ausgaben nicht einmal halb so groß.

Lässt sich mit Geld die Geburtenrate beeinflussen? Schließlich zeigt das Beispiel Frankreich, dass es nicht zuletzt auch durch finanzielle Förderung hier mehr Familien mit drei oder mehr Kindern als in Deutschland gibt. Für Dr. Bujard ist dieser Zusammenhang für Deutschland allerdings nicht so ohne weiteres gegeben, da hier auch andere Faktoren eine Rolle spielen, wie zum Beispiel die gesellschaftliche Anerkennung von Mehr-Kind-Familien, die in Frankreich weitaus höher liege. Hinzu wirft der Moderator die Frage auf, mit welchen familienpolitischen Fördermitteln Familien sinnvoll gestärkt würden, wie die aktuelle Debatte um das Ehegattensplitting zeige, das zu einer Zeit eingeführt wurde, als die klassische Brotverdienerfamilie noch gelebt wurde. Heute gebe es eine andere Situation, weil sich die Lebensentwürfe und -formen völlig verändert hätten und daher eine Anpassung der Maßnahmen an die geänderte Entwicklung notwendig sei. Dr. Bujard betonte, das Splitting unterstütze die traditionelle Arbeitsteilung in der Familie und wirke sich negativ für die Frauen aus, die etwa in Teilzeit sich etwas hinzuverdienen wollten. Insgesamt spiele aber das Steuersystem nicht die entscheidende Rolle bei der Frage der Berufstätigkeit der Frauen, sondern vor allem Kinderbetreuung, betriebliche Möglichkeiten sowie Teilzeitangebote und damit die Frage, wie sich Berufe in Teilzeit umsetzen lassen – zumal es von Seiten der Frauen unterschiedliche Vorstellungen von Teilzeitarbeit gebe.

Insgesamt sei es Aufgabe der Politik, dem seit Jahrzehnten andauernden und weiter voranschreitenden gesellschaftlichen Wandel mit einem adäquaten familienpolitischen Modell entgegenzutreten, in dem die Menschen bei der Wahl ihres Lebenslaufs tatsächlich Wahlfreiheit haben, und somit am Ende auch Effekte auf die Geburtenrate und die Frauenerwerbstätigkeit erkennbar werden. Es bedürfe einer „großen Erzählung“, die die gesellschaftlichen Kräfte (und auch die Generationen) zusammenhalte. Derzeit ist solch eine große gemeinsame Erzählung zumindest was die Kommunikation angehe, noch nicht erkennbar; was allerdings die einzelnen Reformen angehe, wurde schon zum Beispiel bei Kinderbetreuung und Elterngeld ein Weg in diese Richtung eingeschlagen. Gegenwärtig werde noch viel über Details und ideologisch diskutiert, während sich viele Menschen eine Orientierung in der Familienpolitik – ganz im Sinne einer großen Erzählung – wünschen, prognostizierte der Politologe.

Bernhard Gückel, BiB



Literatur von BiB-Mitarbeiter/innen

Jürgen Dorbritz:

„Warum werden in Deutschland so wenige Kinder geboren?“ In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, Jg. 61, 4/2012: 503-516

Der Beitrag beschäftigt sich mit den Ursachen für das kontinuierlich niedrige Geburtenniveau in Deutschland. Im Mittelpunkt der Analyse steht die Frage, wie sich dieser Geburtenrückgang vollzogen hat, welche sozialstrukturellen und regionalen Spezifika aufgetreten sind, inwieweit die deutsche Familienpolitik Einfluss auf die familiendemografischen Trends genommen hat und welche zukünftigen Trends erwartbar sind. Dabei sind insbesondere die West-Ost-Unterschiede mit einer hohen Kinderlosigkeit im Westen und einer weiten Verbreitung der Ein- und Zweikindfamilie im Osten charakteristisch für die Entwicklung. Zudem ist im Westen der Zusammenhang zwischen Ehe und Elternschaft stärker ausgeprägt als im Osten, wo wiederum nichteheliche Lebensformen mehr Kinder als im Westen haben. Beiden Regionen gemein ist eine Deinstitutionalisierung von Ehe und Familie, die sich auf jeweils spezifische Art äußert. Auffällig an der deutschen Fertilitätssituation ist zudem die hohe Kinderlosigkeit unter den westdeutschen Frauen, insbesondere bei den Hochqualifizierten.

Um einen Wandel zum Anstieg des Geburtenniveaus zu erreichen, hat die deutsche Familienpolitik einen Paradigmenwandel eingeleitet, der noch am Anfang steht. Voraussetzung für eine nachhaltige Änderung der Fertilitätsmuster



ist sowohl ein struktureller als auch ein kultureller Wandel, der nur längerfristig und nicht auf der Basis einzelner Maßnahmen zu erreichen ist.

Jürgen Dorbritz:

„Möglichkeiten und Grenzen der Familienpolitik“. In: Politische Studien, Jg. 64, 01/2013: 49-63.

Themenheft: Wie gehen wir mit dem demografischen Wandel um? Hanns Seidel Stiftung, München 2013

Die zentrale Herausforderung des demografischen Wandels in Deutschland liegt im Altern der Bevölkerung und der Bewältigung der damit verbundenen Folgen. Dabei wird die Alterung im Wesentlichen durch die Geburtenentwicklung und die Lebenserwartung aber auch durch die Zu- und Abwanderungen sowie die gegebene Altersstruktur der Bevölkerung geprägt. Vor diesem Hintergrund untersucht der Artikel, welche Möglichkeiten die Familienpolitik hat, diese Entwicklung zu steuern und wo sie an ihre Grenzen stößt. Für eine langfristige, demografisch erfolgreiche Familienpolitik muss demnach der eingeschlagene Weg eines ganzheitlichen Politikansatzes fortgeführt werden, d.h. ein Politikmix aus Geld-, Zeit- und Infrastrukturpolitik. Dabei gilt es zu beachten, dass die Qualität familienpolitischer Leistungen nicht sofort wahrgenommen wird, sondern es müssen erst „gesellschaftliche Erfahrungen“ darüber entstehen.



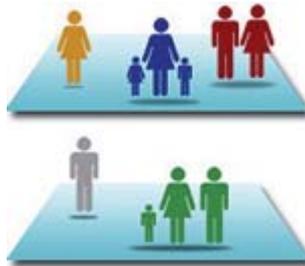
Bernhard Gückel, BiB



BiB Online

Neue Rubrik zum Thema Familien und Lebensformen mit aktuellen Zahlen

Im Hinblick auf Familie und Lebensformen hat sich in den letzten Jahrzehnten ein enormer Wandel vollzogen. So hat sich die Vormachtstellung der traditionellen Familienform Ehepaar mit Kindern aufgelöst und nichteheliche Lebensformen haben an Bedeutung gewonnen. Vor diesem Hintergrund präsentiert das BiB in der Rubrik „Zahlen und Fakten“ Abbildungen, Definitionen und Tabellen zum Thema Familien und Lebensformen mit aktuellen Daten rund um die Bereiche Familienstand, Lebensformen jüngerer und älterer Menschen, Ehepaare,



nichteheliche Lebensgemeinschaften, Alleinerziehende, Alleinstehende und Alleinlebende sowie zu der Situation von Kindern.

Grundlagen für die in diesem Bereich dargestellten Fakten sind vor allem die Ergebnisse des Mikrozensus, wobei es sich hierbei in der Regel um Auswertungen nach dem Lebensformenkonzept handelt. Das Zusammenleben mit Kindern wird differenziert in Hinsicht auf minderjährige und erwachsene Kinder.

Bernhard Gückel, BiB



Die aktuellen Daten unter



http://www.bib-demografie.de/DE/ZahlenundFakten/12/familien_und_lebensformen_node.html

Vorträge und Forschungsaktivitäten

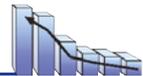
Dr. Jürgen Dorbritz: (Keine) Lust auf Kinder?

Beim Treffen der AG Familie und Werte des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt präsentierte **Dr. Jürgen Dorbritz** in Magdeburg am 26.02.2013 zentrale Ergebnisse und Trends der aktuellen BiB-Broschüre „(keine) Lust auf Kinder?“ – Geburtenentwicklung in Deutschland. Im Mittelpunkt seines Vortrags standen dabei differenzielle Fertilitätsanalysen im Hinblick auf Ost-West-Unterschiede, die Struktur der Lebensformen, den Einfluss der Bildung, den Migrationshintergrund sowie die Dimensionen der Kinderlosigkeit und die kulturellen Unterschiede bei den Einstellungen in Ost- und Westdeutschland. Darüber hinaus betrachtete er die Situation bei der Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung in Deutschland und Frankreich und wagte einen Blick in die künftige Geburtenentwicklung. Aufgrund der Ausgangslage im früheren Bundesgebiet, die durch eine hohe Kinderlosigkeit bei voll-erwerbstätigen Frauen gekennzeichnet (insbesondere bei den Hochqualifizierten) ist, muss seiner Ansicht die entscheidende familienpolitische Botschaft lauten: wenn es nicht gelinge, den Zusammenhang von weiblicher Erwerbssituation und Kinderlosigkeit aufzulösen, gebe es hier keine Chancen auf einen künftigen Geburtenanstieg. Ein Anstieg des Geburtenniveaus sei am ehesten in Ostdeutschland zu erwarten, da es hier günstigere Bedin-

gungen zur Vereinbarung von Familie und Beruf gebe, die zudem mit vereinbarkeitsorientierten Einstellungen verbunden seien, die zur Annahme des Angebots der außerhäuslichen Kinderbetreuung führten. Daraus lasse sich die höhere Frauenerwerbstätigkeit und die geringere Kinderlosigkeit erklären, konstatierte der Bevölkerungswissenschaftler.

Podiumsdiskussion zum „Wert der Väter“ am 6. Februar 2013 in Frankfurt mit Dr. Martin Bujard

Wie bringen sich Väter heute in die Familie ein im Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie? Welchen Wert haben sie für die Familie vor dem Hintergrund einer Gesellschaft im Druck zwischen Karriere, Sorgearbeit und Väterlosigkeit? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion zum „Wert der Väter“ des Frankfurter Domkreises Kirche und Wissenschaft in Zusammenarbeit mit den katholischen Familienbildungsstätten Frankfurt am 6. Februar 2013, an der auch **Dr. Martin Bujard** aus dem BiB teilnahm. Daneben standen vor gut 90 Besuchern die Familienwissenschaftlerin **Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe** (Universität Giessen), der Familienrechtler **Prof. Dr. jur. Ludwig Salgo** (Universität Frankfurt) sowie der Männer- und Gesundheitsforscher **Dr. Matthias Stiehler** (Dresden) dem Publikum zur Position der Väter Rede und Antwort.



In der lebhaft geführten Diskussion über die Situation von Vätern zwischen Beruf und Familie zeigte sich zum einen ein nach wie vor traditionelles Väterbild in dem Sinne, dass Väter heute noch genauso die Ernährer der Familie darstellen und genau soviel arbeiten wie noch vor 40 Jahren. Zum anderen hat sich aber auch einiges verändert, da Väter sich mittlerweile stärker an der Erziehung beteiligen und ebenso wie die Frauen vor dem Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stehen – besonders in der Rush-hour des Lebens.

Dabei herrschte unter den Diskutanten die übereinstimmende Meinung vor, dass das Elterngeld eine wichtige Funktion habe, wobei Prof. Salgo eine noch stärkere Gleichberechtigung beider Geschlechter einforderte, die über das Elterngeld hinausgehen müsse. Es müsse selbstverständlich werden, dass die Väter ihre Vätermonate nehmen, betonte er. Dr. Stiehler kritisierte vor allem den Druck, dem Männer ausgesetzt seien, da sie die besseren Mütter sein müssten. Männer seien nun einmal anders und er könne nur davor warnen, dass sie versuchten, die Frauen zu imitieren. Was den Stellenwert der Kinder angeht, zitierte Frau Dr. Meier-Gräwe in diesem Zusammenhang eine Studie, die nach den Prioritäten der Männer in ihrem Leben fragte. Demnach spielten Kinder hier keine große Rolle. Wichtiger seien Karriere, eine romantische Beziehung und viel Freizeit. Sie plädierte daher für eine weitere Stärkung der Gleichberechtigung durch entsprechende Maßnahmen der Politik.

Eine entscheidende Frage in der Diskussion wurde schließlich aus der Mitte des Publikums gestellt: Wie lässt sich der Wert von Vätern definieren? Dr. Bujard nannte 5 Merkmale: den Ernährer, das Vorbild, den Gefährten, den Erzieher und ein Freund, mit dem man Spaß haben könne, wobei Dr. Salgo darauf hinwies, dass diese Zuschreibungen nicht geschlechtsspezifisch seien, sondern so auch für die Mütter Gültigkeit hätten.

Insgesamt hat sich das Vaterbild gewandelt resümierte Dr. Bujard: So nehmen die Väter in der Familie eine wichtige Rolle ein – nicht nur als Ernährer sondern zunehmend als Vater, der sich bei Fürsorge und Erziehung einbringt. Dies stelle einen erheblichen Wert dar.

Robert Naderi: Partnerschaftserfahrungen vor der Ehe

Haben unterschiedliche Partnerschaftserfahrungen vor der Heirat Einfluss auf die Fertilität von verheirateten Pa-

ren? Warum entscheiden sich verheiratete Paare zur Elternschaft und andere nicht?

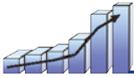
Mit diesen Fragen befasste sich **Robert Naderi** bei der Konferenz *Giornate di Studio sulla Popolazione 2013* (Bevölkerungstage 2013 der SIS AISP) am 6. Februar 2013 an der Universität Bozen in Brixen. Dabei interessierten ihn auf der Basis von Daten der ersten Welle des *Generations and Gender Survey* (GGS) vor allem die Beziehungsbiografien von verheirateten Befragten mit Kindern im Vergleich zu denen, die dauerhaft kinderlos blieben sowie der Einfluss der Biografien auf die Kinderzahl im deutsch-italienischen Vergleich. Dabei zeigten sich Unterschiede zwischen den Ländern: So führte in Italien voreheliches Zusammenleben zu einem etwas höheren Risiko dauerhaft kinderlos zu bleiben. In Deutschland hingegen hatten Abschnitte unverheirateten Zusammenlebens einen positiven Einfluss auf die Kinderzahl in der Ehe. Dies treffe so für Italien nicht zu, betonte Naderi. Darüber hinaus führten Beziehungserfahrungen vor der Heirat zu einem höheren Alter der Frauen bei der Erstgeburt, in Italien noch deutlicher als in Deutschland. Die Analysen zeigten, dass die Beziehungsbiografien vor der Ehe bis zu einem gewissen Grad in beiden Ländern einen Einfluss hätten, auch was die Zahl der Kinder betreffe. Alles in allem gebe es zwischen beiden Ländern mehr Ähnlichkeiten (etwa beim Alter des weiblichen Partners und dem Einfluss der sozioökonomischen Variablen auf das Alter bei der Erstgeburt) als Unterschiede (wie die Biografien der beiden Partner) resümierte der Soziologe.

Dr. Andreas Mergenthaler:

Wohnumfeld und Gesundheit älterer Menschen

Auf der diesjährigen Frühjahrstagung der Sektion „Alter(n) und Gesellschaft“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vom 1. bis 2. März 2013 in Köln hielt **Dr. Andreas Mergenthaler** einen Vortrag mit dem Titel: „Der Einfluss informeller Arbeiten auf die Gesundheit in der zweiten Lebenshälfte: Welche Rolle spielt das nachbarschaftliche Wohnumfeld?“. Der Vortrag stellte die Ergebnisse des SPATIAL-Projektes („Die Bedeutung des Sozialraumes für die gesundheitlichen Effekte des freiwilligen Engagements älterer Menschen“) dar, das 2012 am BiB und – im Rahmen eines Gastforscheraufenthalts – am Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) durchgeführt wurde.

Hintergrund: Der gesundheitsfördernde Einfluss informeller Arbeiten, d.h. auf freiwilliger Basis ohne Entgelt er-



brachte Tätigkeiten, wurde in zahlreichen Studien beobachtet. In diesen Beiträgen spielen nachbarschaftliche Kontexte, in welche diese Tätigkeiten eingebettet sind, eine bislang wenig beachtete Rolle. Die vorliegende Studie knüpft an diese Forschungslücke an und untersucht, wie der gesundheitliche Effekt informeller Arbeiten in der zweiten Lebenshälfte durch soziale und demographische Merkmale des Wohnumfeldes im Sinne eines indirekten Mehrebeneneffekts beeinflusst wird.

Daten und Methode: Zur Untersuchung der Fragestellung wurde eine Panelstichprobe des Deutschen Alterssurveys (DEAS) von 1.741 Befragten verwendet, die zum Zeitpunkt der Erstbefragung im Jahre 2002 40 Jahre und älter waren. Die Individualdaten des DEAS wurden durch Kontextdaten der microm Mikromarketing-Systeme und Consult GmbH auf der Ebene von Straßenabschnitten (durchschnittlich 70 Haushalte) ergänzt. Zur statistischen Analyse der vermuteten Zusammenhänge wurden mehrere Random-Coefficient Modelle mit individuellen und sozialräumlichen Kovariaten und deren Interaktionen geschätzt.

Ergebnisse: Ein gesundheitsfördernder Einfluss auf die subjektive Gesundheit wird zwar für nachbarschaftliche Hilfeleistungen beobachtet (Schätzer: 0,21; 95 %-KI: 0,01 bis 0,40), nicht aber für ehrenamtliches Engagement. Die gesundheitlichen Effekte dieser beiden Formen informeller Arbeiten unterscheiden sich nicht in Abhängigkeit des nachbarschaftlichen Wohnumfeldes. Vielmehr zeigen sowohl individuelle sozioökonomische Ressourcen als auch der Grad der Deprivation des Wohnumfeldes unabhängige Zusammenhänge mit der subjektiven Gesundheit. Für depressive Symptomatiken werden inkonsistente Einflüsse informeller Arbeiten beobachtet. Hier zeigen sich vor allem protektive Effekte des Partnerschaftsstatus (Schätzer für Personen, die sich zum Zeitpunkt der Befragung in einer Partnerschaft befinden: -1,22; 95 %-KI: -1,83 bis -0,60) sowie einer hohen formalen Bildung.

Schlussfolgerung: Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass der gesundheitliche Effekt informeller Arbeiten in der Altersgruppe der 40-Jährigen und Älteren nicht durch soziale und demographische Merkmale des nachbarschaftlichen Wohnumfeldes moderiert wird. Vielmehr beeinflussen individuelle und sozialräumliche Merkmale die subjektive und mentale Gesundheit in der zweiten Lebenshälfte weitgehend unabhängig voneinander, wobei die stärkeren Einflüsse von den individuellen soziodemographischen Merkmalen und Ressourcen (z.B. materielle Wohlfahrt, Bildung) ausgehen.

Dr. Andreas Mergenthaler: 7. Workshop der deutschen Panelsurveys in Basel vom 01.02.2013

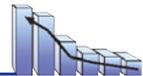
Am 01.02.2013 nahm **Dr. Andreas Mergenthaler** am 7. Workshop der deutschen Panelsurveys teil. Die Veranstaltung organisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des TREE-Projektes („Transitionen von der Erstausbildung ins Erwerbsleben“) am soziologischen Institut der Universität Basel. Die Referentinnen und Referenten stellten u.a. ein seit 2012 von der GESIS durchgeführtes Mixed-Mode Omnibus Access Panel, einen Erfahrungsbericht zur Rekrutierung der Teilnehmer für das German Internet Panel, eine Aktualisierung des „SOEP-Info“ sowie Maßnahmen zu Monitoring und Interventionen der Feldarbeit im PASS-Projekt („Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“) des IAB vor. Ein Schwerpunkt der Ausführungen lag auf dem Nationalen Bildungspanel (NEPS). In diesem Zusammenhang wurden ein Programm zur Metadaten-Organisation und -Recherche, Ansätze zur Edition und Kodierung von Längsschnittdaten, Herausforderungen bei der Realisierung von Multi-Kohorten-Designs sowie der Einfluss von Kompetenztests auf Attrition und Selektivität vorgestellt. Der 8. Workshop der deutschen Panelsurveys ist im Sommer 2013 in Bielefeld geplant.

Dr. Andreas Mergenthaler: Workshop zur Vorbereitung der vierten Welle des Deutschen Freiwilligen-surveys 2014

Dr. Mergenthaler besuchte als Referent und Vertreter des Forschungsschwerpunktes 3 des BiB den Workshop zur Vorbereitung der vierten Welle des Deutschen Freiwilligen-surveys. Das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA) richtete die Veranstaltung aus, die vom 14. bis 15. März 2013 in Berlin stattfand.

Sein Vortrag beschäftigte sich mit der Frage, welchen Einfluss das Wohnumfeld auf die gesundheitlichen Wirkungen von Freiwilligenarbeit in der zweiten Lebenshälfte nimmt. Hierzu präsentierte er Ergebnisse statistischer Auswertungen des Deutschen Alterssurveys (DEAS), dem sozioökonomische und demografische Daten der Microm Mikromarketing und Consumer GmbH auf der Ebene von Straßenabschnitten zugespielt wurden. Die Ergebnisse deuten auf einen unabhängigen Effekt personaler Ressourcen und sozioökonomischer Merkmale des Wohnumfeldes auf die Gesundheit älterer Menschen hin.

Der Vortrag war Teil des Themenschwerpunktes „Lokale Strukturen freiwilligen Engagements“, den die Teilnehmer/innen am 15. März diskutierten. Am Vortrag beschäftigten



sich die Teilnehmer/-innen des Workshops mit Aspekten der Qualifizierung und der Monetarisierung in der Freiwilligenarbeit und deren Konzeptionalisierung im Freiwilligensurvey. In diesem Zusammenhang wurde z.B. die Frage diskutiert, wie der Freiwilligensurvey die Qualifizierungsbedarfe und Lernerfahrungen unterschiedlicher Altersgruppen besser abbilden könne. Der Trend zur Monetarisierung des freiwilligen Engagements wirft die Frage auf, wie sich solche Tätigkeiten von Erwerbsarbeit abgrenzen lassen. Ein Ziel des Freiwilligensurveys soll es daher sein, das Kontinuum zwischen unbezahlter Freiwilligenarbeit und bezahlter Erwerbsarbeit abzubilden. Um solche neuen Aspekte in der vierten Welle zu berücksichtigen, planen die Verantwortlichen am DZA, die Befragungsdauer des Freiwilligensurveys von 20 auf 25 Minuten auszuweiten. Der Start der Feldphase ist im ersten Quartal 2014 geplant. Insgesamt sollen rund 25.000 Personen der deutschen Wohnbevölkerung ab 14 Jahren zu freiwilligem Engagement befragt werden.

Frank Swiaczny: Demografischer Wandel und die Arbeitswelt

Mit dem demografischen Wandel in Deutschland und seinen Auswirkungen auf die Arbeitswelt befasste sich **Frank Swiaczny** im Rahmen des Grundkurses Sozialmedizin/Rehabilitationswesen der Sozialmedizinischen Akademie Baden-Württemberg in Bad Mergentheim am 24. Januar 2013. Ausgehend von theoretischen Überlegungen zum demografischen Übergang präsentierte er aktuelle Ergebnisse zu den Trends und Vorausberechnungen in Bezug auf Fertilität, Mortalität und die Bevölkerungsbilanz. Daran anknüpfend richtete er den Fokus auf die demografische Lage am Arbeitsmarkt in Deutschland und zeigte am Beispiel des Pflegebereichs, dass es hier bis zum Jahr 2025 insofern zu einem Ungleichgewicht kommen könne, als die Nachfrage nach Pflegekräften das Angebot deutlich zu übersteigen drohe. Vor diesem Hintergrund gewinne die Diskussion um das ehrenamtliche Engagement erheblich an Bedeutung, betonte er. Hier

gebe es aber, trotz positiver Beispiele in den letzten Jahren, berechtigte Zweifel, ob bürgerschaftliches Engagement die Hoffnungen erfüllen kann, die im Hinblick auf die Konsequenzen des demografischen Wandels in das künftige Potenzial des Ehrenamtes gesetzt werden. Ein Problem sei dabei, dass durch die sich abzeichnende Alterung und Schrumpfung das demografische Potenzial für bürgerschaftliches Engagement gerade dort, wo die Tragfähigkeit der Infrastruktur am stärksten zurückgehe (zum Beispiel in Ostdeutschland), in Zukunft am geringsten sein werde.

Frank Swiaczny: Demografischer Wandel und Globalisierung

Bei einem weiteren Vortrag im Rahmen der Veranstaltung zu Zukunftsperspektiven für Deutschland und Europa der Hanns-Seidel-Stiftung am 26. Januar 2013 in München zeigte **Frank Swiaczny** Trends und Perspektiven des demografischen Wandels in einer globalisierten Welt auf. Neben den Ursachen und Folgen des demografischen Wandels in Deutschland und der Welt betrachtete er hier vor allem die Herausforderungen und Chancen des Wandels sowie die Steuerungsmöglichkeiten der Politik am Beispiel der Bereiche Ehrenamt und Migrationspolitik. Darüber hinaus untersuchte er die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die globale Nachhaltigkeit insbesondere mit Blick auf die Verteilungsgerechtigkeit zwischen armen und reichen Staaten. Schließlich sei es offensichtlich, dass bei gleichbleibenden Produktions- und Konsummustern und gleichzeitig wachsender Weltbevölkerung die verfügbaren Ressourcen auf mehr Menschen verteilt bzw. mehr Ressourcen eingesetzt werden müssten und ein stetig wachsendes Konsumniveau in Deutschland unter diesen Bedingungen kein Vorbild für eine nachhaltige globale Zukunft darstellen könne, betonte der Geograph.

.....
Bernhard Gückel, BiB



Comparative Population Studies Aktuell



open access journal of the
federal institute for population research

Neue Beiträge bei CPOS Februar/März 2013

Neues Themenheft von CPOS zu „Empirischen Analysen mit dem Deutschen Beziehungs- und Familienpanel (pairfam)“ auf der Homepage erschienen

Auf der Internetseite der Zeitschrift „Comparative Population Studies“ (CPOS) ist die neue Ausgabe 3-4/2012 erschienen und zum Download verfügbar. Das Themenheft, herausgegeben von Prof. Johannes Huinink, beschäftigt sich unter anderem mit Aspekten der Qualität und Entwicklung von Paarbeziehungen, mit dem Zusammenhang zwischen der Intention zur Familiengründung, deren Realisierung und räumlicher Mobilität sowie mit der sozialen Beziehung zwischen Großeltern und ihren Enkeln.

Darüber hinaus wurden zwei neue Beiträge veröffentlicht:

Stefanie Kley:

Migration bei Arbeitslosigkeit und Arbeitsloskeitsrisiko: Eine Fallstudie temporärer und regionaler Effekte

In dem Artikel wird ein ausgearbeitetes Modell zu Migrationsentscheidungen und Migrationsverhalten verwendet, um den Einfluss individuell erlebter Arbeitslosigkeit und Arbeitsloskeitsrisiken zu analysieren.

Die Analyse zeigt, dass ein wahrgenommenes Arbeitsloskeitsrisiko in der deprivierten Stadt tatsächlich die Entscheidung zugunsten eines Wohnortwechsels forciert, wohingegen Personen, die bereits arbeitslos sind, einen Wohnortwechsel nicht häufiger in Betracht ziehen oder planen als Beschäftigte. Nichtsdestotrotz können Paarbeziehung oder Familie am Wohnort den Effekt eines wahrgenommenen Arbeitsloskeitsrisikos auf die Entscheidung zugunsten eines Wegzugs deutlich verringern. Wenn es darum geht, Migrationspläne in die Tat umzusetzen, zeigt sich, dass dies Arbeitslosen in der deprivierten Stadt deutlich seltener gelingt als Arbeitslosen, die in der prosperierenden Stadt leben. Die Analyse legt

nahe, dass dies hauptsächlich in einer räumlichen Konzentration sozialer Netzwerke am Wohnort begründet ist.

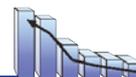
Matthias Pollmann-Schult:

Elternschaft und Lebenszufriedenheit in Deutschland

Der vorliegende Beitrag untersucht den Zusammenhang zwischen Elternschaft und Lebenszufriedenheit. Im Zentrum des Interesses steht die Frage, inwiefern die elterliche Lebenszufriedenheit durch individuelle und familiäre Kontextfaktoren beeinflusst wird. Grundlage der empirischen Untersuchung sind die Daten der ersten Welle des Beziehungs- und Familienpanels (pairfam). Insgesamt zeigen die durchgeführten Querschnittsanalysen, dass Eltern zwar eine verringerte Zufriedenheit mit ihrer Freizeit, ihren sozialen Kontakten und ihrer Partnerschaft verzeichnen, jedoch mit ihrem Leben allgemein zufriedener sind als kinderlose Personen.

Eine erhöhte Lebenszufriedenheit wird insbesondere in den ersten Jahren nach der Geburt eines Kindes beobachtet. Die Zufriedenheit der Eltern ist jedoch von verschiedenen Kontextfaktoren abhängig. Eine vergleichsweise hohe Lebenszufriedenheit berichten Eltern in den mittleren und höheren Einkommenslagen, wohingegen bei einkommensschwachen Personen ein nur geringer Zusammenhang zwischen der Elternschaft und der Lebenszufriedenheit beobachtet wird. Ferner variiert die Lebenszufriedenheit von Müttern, aber nicht die der Väter mit ihrem Erwerbsstatus. So berichten lediglich nichterwerbstätige und teilzeitbeschäftigte Mütter eine höhere Lebenszufriedenheit als kinderlose Frauen. Schließlich verzeichnen Väter, bei denen die Familiengründung vermutlich ungeplant erfolgte, kein höheres Zufriedenheitsniveau als Männer ohne Kinder.

.....
(Texte: Die AutorInnen)



Personalien

Stine Waibel unterstützt seit dem 01. Februar 2013 das Wissenschaftlerteam des BIB im Forschungsbereich 2 „Räumliche Mobilität im Lebensverlauf“, Forschungsschwerpunkt 2 „Berufsbedingte räumliche Mobilität – Ursachen und Konsequenzen“. Sie hat einen Bacheloreabschluss in Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Konstanz und einen Masterabschluss in Politikwissenschaften der Frei-

en Universität Berlin. Nach dem Studium arbeitete sie unter anderem am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) in der Abteilung Migration, Integration und Transnationalisierung und beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration (SVR) und Migration.

Veranstaltungen

4. Europäischer Fachkongress Familienforschung zum Thema „Zukunft der Familie – Anforderungen an Familienpolitik und Familienwissenschaft“ am 6. bis 8. Juni 2013 in Bamberg



Wie wird sich in Europa die Familie weiterentwickeln vor dem Hintergrund einer Zunahme der Vielfalt an Lebensformen? Wie haben sich die Rahmenbedingungen für das familiäre Zusammenleben geändert und wie wird sich die Familienwissenschaft künftig entwickeln? Diese und andere Fragen stehen im Fokus des 4. Europäischen Fachkongresses für Familienforschung, der vom 6. bis 8. Juni 2013 in Bamberg stattfindet.

Zentraler Gedanke des 4. Europäischen Fachkongresses für Familienforschung ist die europaweite Vernetzung der Fa-

milienforschung. In diesem Sinne wird der Kongress auch in einer gemeinsamen Kooperation vom Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg, dem Österreichischen Institut für Familienforschung und dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung organisiert und veranstaltet.

WWW Programm und Infos unter

<http://www.familyscience.eu/de/veranstalter/?S=ohne>

Internationale Konferenz der European Association for Population Studies: „Changing families and fertility choice“ vom 6. bis 07. Juni 2013 in Oslo

Vom 06. bis 07. Juni 2013 findet in Oslo eine internationale Konferenz zum Thema „Changing families and fertility choices“ statt. Die Konferenz möchte aus nationaler und internationaler Perspektive einen Blick auf die Faktoren, die die Fertilitätsentwicklung in den westlichen Gesellschaften antreiben, werfen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung der European Association for Population Studies stehen dabei Themen wie unter anderem die Fertilitätsintentionen, das Fertilitätsverhal-

ten und der Einfluss der Lebensformen sowie der Effekt von Familienpolitik auf die Fertilitätsentwicklung.

WWW Programm und Infos unter

<http://www.eaps.nl/index.php?q=news/related-activities/changing-families-and-fertility-choices-oslo>



Buch im Blickpunkt

**Michael Hüther; Gerhard Naegele (Hrsg.):
Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder.
Springer VS Verlag Wiesbaden 2013**

Der demografische Wandel und seine Auswirkungen ist in den letzten Jahren immer stärker in den Fokus der Politik gerückt, wengleich die bisher vorherrschende Sichtweise den politischen Handlungsbe- reich insbesondere auf die Sozial- und die Bildungs- politik verengt hat. Die Autoren dieses Bandes plädieren nun für eine politikfeldübergreifende The- matisierung und Aufnahme der Befunde, Fragen, Probleme und des Handlungsbedarfs, indem das Feld Demografiepolitik als Querschnittspoli- tik betrachtet wird. Dazu versuchen die Beiträge jeweils aus unterschiedlichen Disziplinen eine Demografiepolitik zu begründen und anwendungsorientierte Handlungsperspektiven aufzuzeigen.

Demografiepolitik – warum und wie?

Dabei steht zunächst im ersten großen The- menblock die politische Begründung für eine ressortübergreifende und mehrerebenenorien- tierte Demografiepolitik im Mittelpunkt, wobei der Bundesminister des Inneren, **Hans-Peter Friedrich** einen kurzen Überblick über die De- mografiestrategie der Bundesregierung gibt. Im Blickpunkt stehen hier die Handlungsfelder Familie, Arbeitswelt, selbst- bestimmtes Leben im Alter, regionale Dimensionen, Bildung und Ausbildung sowie der Erhalt der Handlungsfähigkeit des Staates. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Katharina Schröder** stützt in ihrem Beitrag die Grundannahme des Bandes, dass Demografiepolitik Ge- sellschaftspolitik sein muss mit einer demografiepolitischen Strategie, denn die zentrale Frage lautet, wie wir es schaffen können, den Zusammenhalt in einer sich grundlegend verän- dernden Gesellschaft zu wahren, insbesondere was die Ge- nerationen betrifft.

Der Beitrag von **Rolf G. Heinze** greift die Argumente auf und weist zugleich darauf hin, dass die Politik erst seit kurzem das Feld der Demografie entdeckt hat. Er merkt al- lerdings an, dass es noch offen sei, ob es sich dabei tatsäch-

lich um einen Politikwandel oder nur um symbolische Poli- tik handelt. Dass es lange Zeit in Deutschland ein gewisses Desinteresse am Thema demografischer Wandel gab, liegt vor allem in der Abschottung und Fragmentierung des po- litisch-administrativen Systems begründet, die überwunden werden muss. Der Autor plädiert für eine sozialinvestive und nachhaltige integrierende, sektorübergreifende Strategie in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik mit dem Staat als zen- traler Steuerungsinstanz.



Fakten und Trends

Mit den Fakten und Trends der demogra- fischen Herausforderung befassen sich die Beiträge des zweiten Teils. So gibt **Chri- stoph M. Schmidt** einen aktuellen Über- blick über demografische Megatrends in Deutschland im Zusammenhang mit deren ökonomischen Implikationen. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie sich das kollektive demografische Altern auf die Vermögens-, Güter- und Absatzmärkte sowie das Wachs- tum, das Wohlstandsniveau und die Situa- tion der öffentlichen und Sozialhaushalte

auswirken wird. Gleichzeitig werden im Beitrag auch Gegen- steuerungspotenziale untersucht, indem relevante Rahmen- bedingungen verändert werden, z.B. die Steigerung des Ar- beitsvolumens durch die Anhebung der Altersgrenzen bzw. Bildungsreformen.

Die zu erwartenden mikro- und makroökonomischen Im- plikationen des demografischen Wandels bestätigen einen ressortübergreifenden Ansatz, wie **Axel Börsch-Supan** in seinem Beitrag zeigt. Demnach liegt ein besonderes Gefähr- dungspotenzial in den Interaktionen zwischen Finanzkrise, Schuldenkrise und dem Altern und Schrumpfen der Bevölke- rung. So wird der demografische Wandel einen tiefliegenden mikro- wie makroökonomischen Strukturwandel hervorru- fen, der alle wichtigen Märkte beeinflussen wird. Dabei sind vor allem Länder mit einer stark und schnell alternden Be- völkerung betroffen.



Dass es bei der Diskussion um Alterung und Schrumpfung nicht nur um Belastungen geht, zeigen **Hans-Peter Klös** und **Gerhard Naegele** in ihrem Artikel. Sie fragen nämlich nach möglichen Entlastungen in wichtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Teilbereichen und sehen die Alterung als Chance und Aufforderung für die bessere Nutzung und Förderung von altersspezifischen Ressourcen und Potenzialen.

Jürgen Dorbritz und **Norbert F. Schneider** präsentieren neue familiendemografische Trends und untersuchen die daraus resultierenden Herausforderungen für die Demografiepolitik, wobei sie besonders die Rolle der Familie im Prozess der demografischen Alterung betrachten. Dabei richten sie den Blick auch auf die Frage, wie eine Trendwende bei der Geburtenentwicklung erreicht werden kann. Sie sehen es als nicht ausreichend an, auf einzelne politische Steuerungsmaßnahmen zu setzen, sondern es bedarf konzentrierter und strategisch ausgerichteter Anstrengungen, die nicht vorrangig auf materielle Transfers und Infrastrukturmaßnahmen setzen, sondern die Verbesserung der sozialen Position von Eltern und die kulturelle Veränderung von Elternrollen zum Ziel haben.

Dass die Generationenbeziehungen innerhalb der Familien heute besser sind als ihr Ruf betont **Harald Kühnemann**. Daraus ergibt sich für ihn eine notwendige Korrektur gängiger Klischees und für die Demografiepolitik die Aufgabe, potenzielle „Störfaktoren“ auf die Generationenbeziehungen früh zu erkennen und zu beseitigen.

Der Einzelne in der alternden Gesellschaft

Im dritten Themenblock steht unter dem Titel „Vorleistungsverpflichtungen einer Demografiepolitik: Der Einzelne und die Gesellschaft“ die Verantwortung der Älteren bei der Bewältigung des demografischen Wandels im Mittelpunkt, wobei sie durch förderliche Rahmenbedingungen und Ermöglichungsstrukturen unterstützt werden sollen. Dies gilt beispielsweise für das „lebenslange Lernen“, was zunehmend aus gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Sicht an Bedeutung gewinnen wird, wie **Jutta Reich-Claasen** und **Rudolf Tippelt** in ihrem Beitrag betonen. Sie zeigen die Bedeutung einer auf den gesamten Lebenslauf bezogenen Bildungspolitik und die jeweilige institutionelle Verankerung sowie finanzielle Förderung in alternden Gesellschaften, die in Deutschland im internationalen Vergleich von ihnen als unterentwickelt betrachtet werden.

Die Konsequenzen des demografischen Wandels für das strategische Personalmanagement beleuchten **Christiane Flüter-Hoffmann** und **Mirko Sporket**. Aufgrund eines schrumpfenden und alternden Erwerbspersonenpotenzials warnen sie vor neuen Unsicherheiten für Organisationen und Unternehmen, die darauf mit einer maßgeschneiderten Personalentwicklung und professioneller Personalarbeit reagieren müssten. Dies gelte insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe.

Damit auch im Alter noch die Beschäftigungsfähigkeit und Teilhabe gesichert bleibt, bedarf es nach Ansicht von **Ulla Walter** und **Daniel Reuter** zentraler gesundheitspolitischer Strategien, etwa durch betriebliche Gesundheitsförderung und die Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren. Sie fordern eine abgestimmte Präventionspolitik, die eingerahmt wird durch einen konsequent koordinierten gesamtstrategisch ausgerichteten Prozess, der die Themenfelder ministerienübergreifend zusammenführt.

Für **Gerhard Naegele** ist eine neue Sicht auf Krankheit im Alter notwendig. In seinem Beitrag fordert er eine Anpassung der gesundheitlichen Versorgungssysteme an demografisch bedingte Veränderungen in der Morbiditätsstruktur der Bevölkerung. Umgesetzt werden soll diese durch lebenslaufbezogene Konzepte, vor allem bei Gesundheitsförderung und Prävention, und für gesundheitsbezogene soziale Ungleichheiten. Es gilt Anreize zu setzen, etwa über die Vergütung und evidenzbasierte Standards mit einer integrierten Versorgung. Dazu muss die Pflegeversicherung weiterentwickelt und ein neues Pflegeverständnis gestaltet werden. Insgesamt müssen neue Akteurs- und Politikkonstellationen jenseits der medizinischen Versorgung hergestellt werden.

Der demografische Wandel wird in der Forschung meist auf nationaler Ebene analysiert, dabei wird er sich auch besonders deutlich auf der lokalen Ebene, also bei den Kommunen, zeigen, wie **Jörg Bogumil**, **Sascha Gerber** und **Maren Schickentanz** zeigen. Sie fragen, welche Probleme sich aus dem Wandel auf lokaler Ebene ergeben und welche Handlungs- und Einflussmöglichkeiten Kommunalpolitik und -verwaltung hier besitzen. Sie plädieren für eine Demografiegestaltung mittels eines integrativen Stadtplanungskonzepts, das dialogorientiert möglichst viele Akteure miteinander vernetzt und auch vor inter- und intrakommunalen Kooperationen nicht zurückschreckt. Angesichts des demografischen Wandels sollten auch in der kommunalen Personalpolitik intelligente Instrumente zur optimalen Verwendung und Weiterentwicklung des vorhandenen Personals eingebaut wer-



den und der veränderte Nachfragebedarf einer alternden Gesellschaft an kommunale Angebote auch in der Verwaltung beachtet werden.

Chancen und Herausforderungen von Demografiepolitik

Mit welchen Politikkonzepten lässt sich nun der demografische Wandel steuern? Diese Frage steht im Mittelpunkt des vierten Themenblocks unter der Überschrift „Demografiepolitik und gesellschaftliche Öffnung: Chancen und Herausforderungen“. Für **Hilmar Schneider** ist dabei die „Stellschraube Arbeitszeit“ der am stärksten unterschätzte Ansatzpunkt, um den Folgen des demografischen Wandels begegnen zu können. Er kritisiert vor allem den Rückgang des Arbeitszeitvolumens in Deutschland und zeigt, dass der bevorstehende dramatische Rückgang der Erwerbsbevölkerung rechnerisch mehr als ausgeglichen wäre, wenn alle Erwerbstätige im statistischen Durchschnitt Vollzeit arbeiten würden. Dabei werde das Erwerbsverhalten maßgeblich auch durch das Steuer- und Transfersystem mit seinen starken Teilzeitanreizen beeinflusst. Als Konsequenz daraus fordert der Autor eine „gründliche Beseitigung“ dieser Anreize und einen systematischen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kinder und für pflegebedürftige Erwachsene und zwar möglichst in einem absehbaren Zeitraum.

Das Problem des zunehmenden Fachkräftemangels könnte nach Ansicht von **Ute Klammer** vor allem durch eine Gleichstellungspolitik gelöst werden, die auf die Verbesserung der Erwerbschancen von Frauen abzielt. Sie zeigt, dass das vorhandene Arbeitskräftepotenzial von Frauen bei weitem nicht ausgeschöpft ist. Für sie ist Frauenerwerbstätigkeit ein Baustein neben anderen zur Lösung des Problems, da damit der Fachkräftemangel alleine zwar nicht gelöst wird, weil im Zuge des Bevölkerungsrückgangs auch das weibliche Erwerbspersonenpotenzial sinkt.

Lassen sich die Folgen des Wandels durch Zuwanderung abmildern? Diese Frage stellt **Thomas Straubhaar** und konstatiert, dass Migration den demografischen Wandel wenn schon nicht aufhalten, dann aber wenigstens die Folgen zu einem wesentlichen Teil abmildern kann. Daher fordert er eine Integrationspolitik, die als Teil einer ganzheitlichen, mehrebenenorientierten Demografiepolitik zu

verstehen ist. Eine effektive Integrationspolitik muss auf der demografiepolitischen Agenda ganz oben stehen, betont der Autor.

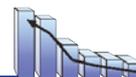
Mit dem Altwerden in einer mediatisierten Gesellschaft befasst sich **Caja Thimm**. Dabei zeigt sie, dass das Medium Internet vor allem in der nachrückenden Kohorte Älterer steigende Nutzerzahlen vorzuweisen hat und die Akzeptanz dieses Mediums insbesondere bei jüngeren Älteren zugenommen hat. Die Chancen, die die neuen Medien im Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels bieten, liegen dabei vor allem in der Förderung der selbstständigen Lebensführung und der Unterstützung der Lebensqualität im Falle von Krankheit und Pflege. Daher gilt es, die aktive Partizipation älterer Menschen an diesen Medien zu fördern.

Für die erfolgreiche Gestaltung des demografischen Wandels bedarf es auch des bürgerschaftlichen Engagements und neuer Beteiligungsformen argumentiert **Thomas Klie** in seinem Beitrag. Demnach werden zivilgesellschaftliche Potenziale immer bedeutsamer, um im Sinne einer Eigenaktivierung zu einem aktiven Altern beizutragen, wobei besonders die Potenziale und Ressourcen der Älteren speziell im Fokus stehen müssen. Er entwickelt dazu das Konzept einer Zivilgesellschaft, die Handlungsspielräume eröffnet und Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel liefern soll.

Was tun? Zur Ausgestaltung von Demografiepolitik

Der durchgängige Befund aller Beiträge dieses Bandes wird im Schlussteil von **Michael Hüther** und **Gerhard Naegele** wieder aufgenommen. „Was notwendig ist“, ist aus ihrer Perspektive, Demografiepolitik als eigenständiges ressortübergreifendes und die föderalen Ebenen umfassendes Politikfeld mit eindeutigen Zielformulierungen zu etablieren, die den Handlungsraum und den Gestaltungsanspruch deutlich machen. Sie werben daher für die Etablierung eines Demografieministeriums, um die notwendigen politischen Weichenstellungen realisieren und effizient steuern zu können, gerade auch im Hinblick auf die föderale Struktur in Deutschland.

.....
Bernhard Gückel, BiB



Aktuelle Literatur kurz vorgestellt

**Claudia Vogel; Andreas Motel-Klingebiel (Hrsg.):
Altern im sozialen Wandel:
Die Rückkehr der Altersarmut? Springer VS Verlag
Wiesbaden 2012**

Der künftig drohende Anstieg der Altersarmut steht spätestens seit dem Paradigmenwechsel in der Alterssicherung auf der Agenda. Gleichzeitig verfügten die älteren Menschen im Durchschnitt nie zuvor über solch umfangreichen materiellen Wohlstand wie heute. „Die Alten“ gerieten so als Profiteure des vormaligen Ausbaus sozialstaatlicher Sicherung in den Fokus der Debatten um die Generationengerechtigkeit. Armut im Alter wurde kaum thematisiert und gilt zu Beginn des 21. Jahrhunderts weithin als überwunden. Allerdings ist die Armutsbetroffenheit etwa alleinstehender älterer Frauen nach wie vor hoch und die sich verändernden Erwerbs- und Familienbiografien wirken sich ebenfalls auf die Alterssicherung und Lebenssituation im Alter aus. Ist also mit einer Rückkehr der Altersarmut zu rechnen? Und welche soziologischen, alter(n)swissenschaftlichen und sozialpolitischen Implikationen haben die Diagnosen, insbesondere für die künftige Entwicklung der Lebensphase Alter und die Anforderungen an die Sozialpolitik? Diese Fragen versucht der vorliegende Band zu beantworten. (Verlagstext)



**Harald Kohler; Josef Schmid:
Der demografische Wandel als europäische Herausforderung. Lösungen durch sozialen Dialog.
Reihe Wirtschafts- und Sozialpolitik, Band 8.
Nomos Verlag 2012**

Sinkende Geburtenraten und eine steigende Lebensdauer führen zu Veränderungen in den Altersstrukturen der Erwerbsbevölkerung in den EU-Staaten. Gegen diese sich abzeichnende Problematik wird politisch seitens der EU und ihrer Mitgliedsstaaten gesteuert. Eine Form der politischen Intervention ist etwa die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die auf die unmittelbaren Auswirkungen des demografischen Wandels und die Struktur der Erwerbspersonen in den Unternehmen zielt.



Im Band wird der demografische Wandel in drei Rubriken betrachtet: das Europäische Sozialmodell und die Situation von Älteren; der demografische Wandel, Rentensysteme und Reformen in EU-Staaten sowie Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsfähigkeit (älterer Arbeitnehmer). Die Beiträge sind sowohl wissenschaftlich als auch praxisorientiert und weisen zum Teil eine komparative Perspektive auf, indem die Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kroatien, Slowakei und Spanien in die Betrachtung einbezogen werden. (Verlagstext)

Impressum



Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – 34. Jahrgang

Schriftleitung: Prof. Dr. Norbert F. Schneider

Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 75 22 35

E-Mail: post@bib.bund.de

Internet: www.bib-demografie.de

ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0220137

„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden. Anmeldungen bitte an bib-bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BiB (www.bib-demografie.de). – Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 2/2013 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung). Belegexemplar erbeten.